

14. Dezember 2023

Sicherheitsbericht

An: Mark Burkhard

Betrifft: Projekt Polizei.Plus

Inhaltsverzeichnis

Abstract	3
A. Einleitung und Ausgangslage	4
1. Mission und Limitation im Spannungsfeld	4
2. Auftrag und systematische Einbettung	5
3. Gesetzliche Veränderungen	5
4. Ländervergleich (Schweiz, Deutschland, Schweden, Niederlande, Belgien, Frankreich und USA)	7
5. Polizeidichte und Häufigkeit von Straftaten	23
6. Grundversorgung	26
7. Crime Survey	27
8. Gesellschaftliche Komponenten	28
8.1. Demografische Aspekte	29
8.2. Trendverändernde Ereignisse	30
8.3. Wachsende Extremismus-Tendenzen / Reichsbürger / Staatsleugner	30
8.4. Ethnische Aspekte	32
8.5. 24-Stunden-Gesellschaft und Konfliktregulierung	33
B. Kriminalitätsphänomene und Entwicklungen	36
9. Entwicklung der Fallzahlen allgemein und in der Allgemeinen Ermittlung (AED)	36
10. Entwicklungen in den Bereichen Vermögensdelikte und Cybercrime	39
10.1. Entwicklungen im Bereich der Vermögensdelikte	39
10.2. Entwicklungen im Bereich der Cyberdelikte	42
11. Strukturkriminalität, kriminelle Organisationen, organisierte Kriminalität	47
11.1. Definition Strukturkriminalität und Phänomene	48

11.2.	Menschenhandel und Menschensmuggel	53
11.3.	Entwicklungen im Bereich der Gewaltdelikte	57
11.4.	Entwicklungen im Bereich Betäubungsmitteldelikte	59
11.5.	Entwicklungen im Bereich Wirtschaftskriminalität	62
12.	Entwicklungen im Bereich der Delikte gegen die sexuelle Integrität	63
13.	Entwicklungen im Bereich der häuslichen Gewalt	64
14.	Entwicklungen im Bereich der Jugendkriminalität	66
15.	Entwicklungen im Bereich Verkehr	68
15.1.	Verkehrsentwicklung	68
15.2.	Verkehrssicherheit	69
15.3.	Verkehrserziehung und -prävention	71
15.4.	Trendfahrzeuge	71
15.5.	Fahrzeugtechnik	71
15.6.	Automatisierung des Verkehrs	72
15.7.	Überprüfung Bauprojekte	72
16.	Entwicklungen im Bereich Tier und Umwelt	73
16.1.	Tierschutz	73
16.2.	Umweltschutz	74
C.	Administration und Aufgabenerledigung	76
17.	Zunehmende Komplexität der Fälle	76
17.1.	Anzahl Beschuldigte pro Fall	76
17.2.	Entwicklung der Untersuchungshaffälle	78
17.3.	Aufwand aufgrund des Mengenanstiegs der auszuwertenden Daten aus digitalen Komponenten	79
18.	Zunahme des materiellrechtlich begründeten und administrativen Aufwands	80
19.	Verzichtsplanung / Rückstellungen / Priorisierung	81
D.	Fazit	82
20.	Zusammenfassende Problemstellungen	82
21.	Stellenbedarf	83
	Abkürzungsverzeichnis	85
	Literaturverzeichnis	88
	Internet-Quellen	89
	Abbildungsverzeichnis	92

Abstract

Im Kanton Basel-Landschaft hat sich die Kriminalität in den Jahren 2018 – 2022 verändert. Ein Vergleich mit dem Ausland und der übrigen Schweiz zeigt, dass sich die im Ausland festgestellten Kriminalitätsentwicklungen in der Schweiz und im Kanton Basel-Landschaft ebenfalls abzeichnen und die Polizeibehörden zunehmend beschäftigen. Aktuell muss im Kanton Basel-Landschaft die zwölfthöchste Kriminalitätsbelastung mit der neuntiefsten Polizeidichte bewältigt werden. Vergleicht man die durchschnittliche schweizerische Polizeidichte mit derjenigen des Kantons Basel-Landschaft, so zeigt sich, dass die Polizei Basel-Landschaft um rund 167 Mitarbeitende (167 FTE) zuwachsen müsste, um den gesamtschweizerischen Durchschnitt zu erreichen.

Sowohl die Anzahl der Beschuldigten als auch die der Fälle und Einsätze haben im Kanton Basel-Landschaft zugenommen. Neben den ansteigenden Fallzahlen und der zunehmenden Komplexität der Fälle ist ein relevanter administrativer Aufwand augenscheinlich. Aufgrund der stetig steigenden Anforderungen an die Gerichtsverwertbarkeit im Rahmen des polizeilichen Ermittlungsverfahrens muss jede einzelne Handlung detailliert und dementsprechend aufwendig dokumentiert werden. Dies hat zwangsläufig zur Folge, dass die Polizei Basel-Landschaft zunehmend weniger proaktiv tätig sein kann, was sich insbesondere durch eine verminderte Präsenz im öffentlichen Raum manifestiert. Eine damit einhergehende Verzichtsplanung (vor allem im Bereich der Holkriminalität und der Prävention), Rückstellungen und Priorisierungen verunmöglichen die effiziente und rechtsstaatlich gebotene polizeiliche Aufgabenerfüllung im Bereich der bürgernahen Polizei, Prävention und der Kriminalitätsbekämpfung nahezu.

In verschiedenen Bereichen der Strukturkriminalität ist davon auszugehen, dass bestehende und neue Phänomene und Straftaten die Funktionsfähigkeit der Wirtschaftsordnung, der inneren Sicherheit sowie der öffentlichen Ordnung beeinträchtigen werden. Vor allem im Cyber-Bereich führen neue Anwendungen und technische Innovationen zu einer sehr starken Mehrbelastung, welche sich auf den Ermittlungsbereich auswirkt. Haben sich kriminelle Strukturen erst einmal mehr oder weniger unbehelligt etabliert, wird deren effiziente Bekämpfung, wenn überhaupt, nur noch unter erschwerten Bedingungen und mit immensem Aufwand möglich. Die gegenwärtigen Entwicklungen werden sich auf die Sicherheitslage im Kanton Basel-Landschaft nicht nur auswirken, sondern es ist sogar mit einer negativen Zuspitzung der Situation zu rechnen. Die bereits heute die Sicherheitslage verschlechternden Entwicklungstendenzen werden sich fortsetzen und akzentuieren.

Die bereits bestehenden und die neuen Kriminalitätsfelder werden tiefgreifende Anpassungen der benötigten Kompetenzen und Handlungsfertigkeiten in der Polizeiarbeit nach sich ziehen. Selbstredend wird auch ein entsprechender Aus- und Weiterbildungsaufwand vonnöten sein, um diesen Entwicklungen im Sinne der Rechtsstaatlichkeit und des polizeilichen Auftrags gerecht zu werden. Aber auch heute nicht oder nur marginal behandelte Themenbereiche, wie beispielsweise Widerhandlungen gegen das Umweltschutzrecht, dürften in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Entwicklung eine grössere Relevanz erfahren.

Um diesen Problemen entgegenzuwirken und die Sicherheit im Kanton Basel-Landschaft gewährleisten zu können, ist eine adäquate Aufstockung des Polizeibestandes um 116.5 neue Stellen notwendig. Dieser Aufwuchs sollte mit 15 Stellen pro Jahr realisierbar und somit im Jahr 2032 abgeschlossen sein. Kann der Aufwuchs nicht oder nur reduziert erfolgen, werden weitere Verzichtsplanungen, Rückstellungen und Priorisierungen unabdingbar sein, was sich direkt, aber auch indirekt über die Belastung der Mitarbeitenden und die Verschlechterung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung und auf die Verschlechterung der Sicherheitslage auswirken wird. Der Mission der Polizei Basel-Landschaft könnte nicht mehr nachgelebt werden.

A. Einleitung und Ausgangslage

1. Mission und Limitation im Spannungsfeld

Die Polizei Basel-Landschaft wird zunehmend mit vielschichtigen und komplexen straf- und strafprozessrechtlichen Aufgaben, gesellschaftlichen Problemstellungen, politischen Anforderungen und einer hohen Erwartungshaltung der Einwohnerinnen und Einwohner bezüglich ihres Sicherheitsbedürfnisses konfrontiert. Andererseits bremsen finanzpolitische Rahmenbedingungen und daraus resultierende quantitative Limitierungen die polizeilichen Leistungskapazitäten und führen zu Überbelastungsproblemen innerhalb des Korps.

Die Polizei Basel-Landschaft richtet ihr Handeln nach folgenden Grundsätzen aus (Mission), welche als oberste Maxime gelten:

Sicherheit fürs Baselbiet

- Der Auftrag der Polizei Basel-Landschaft ist es, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen.
- In enger Zusammenarbeit mit ihr (der Bevölkerung) und unseren Partnerorganisationen wehren wir Gefahren ab, verhindern, bekämpfen und klären Straftaten auf und intervenieren bei Notfällen sowie sicherheitsrelevanten Ereignissen.
- Dabei halten wir uns an hohe ethische Werte, informieren proaktiv und transparent.
- Mit unserer Arbeit leisten wir einen wichtigen Beitrag für das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität in unserem Kanton.

Es zeigt sich ein klares Auseinanderdriften zwischen den in der Mission statuierten Zielen und der eingangs geschilderten Limitierungsproblematik. Die Polizeileitung hat daher seit mehreren Jahren zwangsläufig strategische Priorisierungen vorgenommen. Diese vermögen dieses Dilemma nicht in befriedigendem Mass zu lösen.

Die einzelnen genannten Problemfelder der Mehrbelastung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Nicht vollständig umgesetzte gerichtspolizeiliche Verfahren gemäss Strafprozessordnung nach der Revision 2011
- Stetig zunehmende Formalisierungsanforderungen der Gerichte
- Deliktsverlagerungen in den Cyberraum
- Zunehmende Komplexität in vielen Arbeitsbereichen
- Zunehmende Vielfalt neu eingeführter, notwendiger Applikationen

Zusätzlich zeigt sich, dass die Polizei weitere Themenbereiche bearbeiten müsste, für welche keine oder nur ungenügend Stellen vorhanden sind, so zum Beispiel die Organisierte Kriminalität, Opfer- und Kinderbefragungen, Umwelt- und Tierschutzdelikte, Gewaltschutz, Prüm Plus¹, PICSEL oder IT-Prävention, aber auch die Ursachenermittlung bei Arbeits- und Chemieunfällen.

¹ Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Prümer Zusammenarbeit), des Eurodac-Protokolls zwischen der Schweiz und der EU, des Abkommens mit den Vereinigten Staaten über die Verhinderung und Bekämpfung schwerer Straftaten sowie zu deren Umsetzung (Anpassung des Strafgesetzbuchs, des DNA-Profil-Gesetzes, des Asylgesetzes und des Ausländer- und Integrationsgesetzes) und über einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung des Programms Prüm Plus (admin.ch) und 21.027 | Prümer Abkommen. Genehmigung des Eurodac-Protokolls zwischen der Schweiz und der EU und des Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika sowie deren Umsetzung | Amtliches

Zusätzlich ist auch dem Bereich der klassischen Holkriminalität, in welchem die Ermittlungen in der Regel nicht auf Hinweisen Dritter beruhen, sondern direkt von der polizeilichen Initiative abhängen, die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Die Polizei muss dazu aktiv nach Delikten suchen, weil es keine Opfer gibt (z.B. beim Drogenhandel), Opfer z.B. aus Furcht vor Repressalien häufig auf eine Anzeigeerstattung verzichten (z.B. beim Menschenhandel) oder das Anzeigeverhalten szenentypisch beeinflusst wird (z.B. in Jugendszenen oder in bestimmten Ausländergruppierungen). In diesem Bereich wird eine Strafverfolgung erst durch Abklärungen der Polizei in Eigeninitiative möglich.

2. Auftrag und systematische Einbettung

Um die vorgenannten Themenfelder auszuleuchten, erging folgender Projektauftrag:

«Es soll eine strategische Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen polizeilichen Aufgaben und ihrer Erledigungsmodalitäten erstellt werden, welche die jeweils massgeblichen Einflussfaktoren berücksichtigt.

Insbesondere sollen die entsprechenden spezifischen ressourcenbedingten Problemkreise mit Blick auf die gegenwärtige und zu erwartende Sicherheitslage aufgeführt, evaluiert, priorisiert und in einem Bericht dargelegt werden.

Namentlich soll aber auch ganz klar aufgezeigt werden, welche Leistungen nicht erbracht werden können, wenn keine zusätzlichen Stellen gesprochen werden, wobei auch prospektive Überlegungen thematisiert werden sollen».

3. Gesetzliche Veränderungen

Das rechtliche Umfeld ist für die Polizei prägend. Aufgrund des Legalitätsprinzips sind der Auftrag und das Handeln der Polizei primär durch das Gesetz bestimmt. Die Strategie und einzelne strategische Zielsetzungen haben sich demzufolge auf den gesetzlichen Auftrag zu stützen. Das auf kommunaler, kantonaler, interkantonaler, nationaler und internationaler Ebene festgelegte Polizeirecht ist einem enormen Wandel unterworfen. Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union (EU) ist, haben viele europäische Gesetze – aufgrund der engen Verbindung zwischen der Schweiz und der EU – einen massgeblichen Einfluss. Mit der Unterzeichnung des Schengener Abkommens stimmte die Schweiz beispielsweise der Inkraftsetzung des gesamten bisherigen Schengen-Besitzstands (Schengen-Acquis) zu. Neben internationalen Verträgen haben auch bundesrechtliche Änderungen spürbare Auswirkungen auf die Polizei. Durch die Inkraftsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) und der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (JStPO; SR 312.1) per 1. Januar 2011 haben sich die Regelungsdichte und die formaljuristischen Anforderungen an die Polizei und der administrative Aufwand deutlich erhöht.

Folgende Gesetzesänderungen sind in der Bemessungsperiode 2018 – 2022 in Kraft getreten und hatten zusätzlich einen erheblichen Mehraufwand bzw. die Erfüllung neuer Aufgaben durch die Polizei zur Folge:

Bulletin | Das Schweizer Parlament. Im AFP 23 – 26 wurden je eine Stelle für Prüm Plus und PICSEL gesprochen, jedoch dürften nach dem Sachstand nach Inkrafttreten weitere Stellen nötig werden.

Änderung	Konsequenz
Epidemiengesetz (EpG; SR 818.101), Covid-19-Gesetz (SR 818.102)	Umsetzung und Kontrolle Covid-Massnahmen
Polizeigesetz (PolG; SGS 700)	Neue Befugnisse durch Revision vom 01.07.2021 (bspw. Wegweisung Gaffer, polizeiliche Schutzmassnahmen Stalking, Standortermittlung, Überwachung Fernmeldeverkehr)
Informations- und Datenschutzgesetz (IDG; SGS 162)	Umsetzung EU-Richtlinie zum Datenschutz führte zur Erweiterung der datenschutzrechtlichen Vorgaben und zur Ernennung einer internen Stelle, welche für die Datenschutzberatung zuständig ist
Kantonales Bedrohungsmanagement (§ 47d ff. PolG)	Übernahme und Ausbau KBM (Gewaltschutz)
Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten «PMT» (Art. 23e ff. BWIS; SR 120)	KBM (Gewaltschutz) als zuständige kantonale Stelle betr. Durchsetzung und Vollzugskontrolle (mit Unterstützung AJV)
LAFIS-Verordnung (SGS 700.21)	Einführung Lage- und Führungsinformationssystem LAFIS

Abbildung 1: Gesetzliche Veränderungen 2018 – 2022.

Folgende Gesetzesänderungen bzw. staatsvertragliche Verpflichtungen werden in absehbarer Zeit in Kraft treten und einen erheblichen Mehraufwand bzw. die Erfüllung neuer Aufgaben durch die Polizei nach sich ziehen:

Änderung	Konsequenz
Prüm Plus (Prümer Abkommen / Eurodac-Protokoll / PCSC-Abkommen)	Internationaler Informationsaustausch unter Polizeibehörden (DNA-Profile, Fingerabdrücke, Fahrzeugdaten)
Interkantonaler Datenaustausch	Schaffung eines Konkordats zwecks Datenaustausch zwischen kantonalen Polizeibehörden
Strafregistergesetz (StReg; SR 330)	Zugriff auf Strafregister durch kantonale Waffenbüros ab 23.01.2023 (Art. 48); aktive Mitteilung an Waffenbüro bei neuen Strafregistereinträgen von Waffenbesitzern (Art. 63; Zunahme von Abklärungen betreffend Waffenfähigkeit von Waffenbesitzern anzunehmen)
Schweizerisch-deutscher Polizeivertrag (SR 0.360.136.1)	Inkrafttreten der revidierten Version führt zu erweiterten Befugnissen in der polizeilichen Zusammenarbeit
Revision Polizeigesetz	Neue Befugnisse durch geplante Revision
Teilrevision StPO	Änderung des Siegelungsverfahrens, Anordnung der Blut- und Urinuntersuchung durch Polizei möglich, Erweiterung der Möglichkeit zur Erstellung eines DNA-Profiles
Teilrevision StGB	Änderung des Sexualstrafrechts, neuer Tatbestand zum Identitätsmissbrauch
Schengen Evaluierung	Ggf. werden ein oder mehrere Polizeiangehörige für den Expertenpool, welcher die Einhaltung der Vorschriften in anderen Schengenstaaten überprüft, zur Verfügung gestellt

Abbildung 2: Übersicht künftige Änderungen der Gesetzeslage und staatsvertragliche Verpflichtungen.

4. Ländervergleich (Schweiz, Deutschland, Schweden, Niederlande, Belgien, Frankreich und USA)

Der internationale Vergleich von Kriminalitätsphänomenen bezieht sich auf die Darstellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden in den verschiedenen Ländern, in denen sich Clankriminalität entwickelt hat. Neben Einzeltätern und kleinen Gruppen von Kriminellen macht auch die organisierte Kriminalität an den Landesgrenzen nicht Halt. Die im Ausland festgestellten Kriminalitätsentwicklungen haben sich in der Schweiz und im Kanton Basel-Landschaft bereits festgesetzt. Vor dieser Ausgangslage ist davon auszugehen, dass sich die ausländischen Entwicklungen inskünftig in der Schweiz und in den Kanton Basel-Landschaft weiter ausbreiten werden.

Die unten beschriebenen Erfahrungen aus dem Ausland zeigen ein konstantes, hier vereinfacht wiedergegebenes Muster: Kriminelle Organisationen entstehen in ihren Herkunftsländern im jeweils unterschiedlichen sozialhistorischen Kontext, namentlich dann, wenn staatliche Institutionen wie Regierungen und die Polizei vorwiegend aufgrund ökonomischer Krisen, politischen Umstürzen oder sozialen Unruhen nur noch einen geringen Einfluss haben. Vergleichbar mit legal in der Wirtschaft tätigen Unternehmen streben auch kriminelle Organisationen nach neuen Märkten und monetärer Optimierung und expandieren ins Ausland. Dieser Schritt geht von aussen betrachtet unauffällig vonstatten, sodass die kriminellen Organisationen ungehindert ihre Netzwerke entwickeln und ausbauen können. Besteht dann im Ausland ein vager Verdacht auf das mögliche Vorhandensein krimineller Organisation, wirken sich die Furcht vor Stigmatisierung gewisser Völkergruppen und dem damit verbundenen politischen Druck dahingehend aus, dass in Verkennung der Tatsachen keine oder nur eine sehr eingeschränkte Repression erfolgt. Wenn sich die kriminellen Strukturen dann zu einem späteren Zeitpunkt erkennbar manifestieren, können sie, wenn überhaupt, nur noch mit enormem personellem und finanziellem Aufwand bekämpft werden. Es gilt demnach für den Kanton Basel-Landschaft, zeitnah zu reagieren und in die Repression zu investieren, um die oben beschriebene Strukturentwicklung möglichst effizient zu bekämpfen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die organisierte Kriminalität eine grosse Bedrohung für die europäischen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen darstellt. Ihre häufigsten kriminellen Aktivitäten sind Drogenhandel, (Cyber-)Betrugsdelikte, weitere organisierte Eigentumskriminalität (Einbruch, Diebstahl, Raub, Kfz-Kriminalität), Schleuserkriminalität und Menschenhandel. Dementsprechend wurden vom Rat der Europäischen Union für den EMPACT²-Zyklus 2022-2025 die Prioritäten innerhalb des EU-Raums festgelegt.³ Die international agierende Clankriminalität als wachsendes Phänomen im Kriminalitätsraum Europa wirkt sich auch in der Schweiz erheblich aus, weswegen die EMPACT-Ziele zu deren Bekämpfung für die Schweiz ebenfalls als gültig erklärt worden sind.⁴

Grob lassen sich in der Schweiz im OK-Bereich folgende Organisationen und Gruppen unterscheiden:

Kriminelle Organisationen mafïöser Art italienischer Herkunft:

Von den italienischen Mafias geht aktuell in der Schweiz eine erhebliche Gefährdung aus. Ihre Mitglieder sind in der Schweiz zum Teil schon über mehrere Generationen hinweg aktiv und das in verschiedenen Deliktbereichen. Mit dieser langjährigen und grossen Präsenz, familiären Bindun-

² European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats, online im Internet: [EMPACT fighting crime together \(europa.eu\)](https://empact.eu) (Stand 03.10.2023).

³ Data Consilium Europa, online im Internet, Stand 03.10.2023, [pdf \(europa.eu\)](#).

⁴ Strategie Kriminalitätsbekämpfung 2020-2023 (admin.ch), online im Internet, Stand 03.10.2023.

gen in der Schweiz sowie der sprachlichen Nähe lassen sich die mögliche Infiltration in die Verwaltung und die Wirtschaft erklären. Die italienischen Mafias stellen damit eine Gefährdung der rechtsstaatlichen Institutionen und des Schweizer Finanzplatzes dar.

Kriminelle Gruppierungen südosteuropäischer Herkunft:

Es gibt in der Schweiz eine grosse Diaspora aus dem Balkan. Damit hat auch die Gefährdung durch kriminelle Gruppierungen südosteuropäischer Herkunft in der Schweiz in den letzten zwanzig Jahren zugenommen. Diese Gruppierungen dominieren bestimmte Kriminalitätsformen wie den Drogen- und Menschenhandel. Sie zeichnen sich durch eine grosse Gewaltbereitschaft und einen hohen Organisationsgrad aus.

Kriminelle Gruppierungen aus den GUS-Staaten:

Die besondere Gefährdung durch kriminelle Gruppierungen aus den GUS-Staaten für die Schweiz rührt u.a. daher, dass deren Mitglieder über ein hohes wirtschaftliches Gewicht und teilweise politischen Rückhalt in ihren Herkunftsstaaten verfügen. Sie sind in Deliktsbereichen aktiv, für welche die Schweiz aufgrund des attraktiven Finanzplatzes besonders anfällig ist (z.B. Geldwäscherei) bzw. welche die Funktion des Staates und seiner Behörden unmittelbar tangieren (z.B. Korruption). Aus der grossen Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes für die Machtelite der GUS-Staaten ergeben sich auch aussenpolitische Risiken.

Terrorbedrohung Schweiz:

Die Terrorbedrohung in der Schweiz ist nach wie vor erhöht. Die Polizei verschärft angesichts des aktuellen Nahostkonflikts die entsprechenden Sicherheitsdispositive. Weiterhin ist die Terrorgefahr hauptsächlich durch den «Islamischen Staat» und seine Unterstützer und Sympathisanten geprägt. Die Bedrohung durch die «Al-Qaïda» besteht fort. Die Schweiz gehört zur westlichen, von Dschihadisten als islamfeindlich eingestufteten Welt und stellt damit aus deren Sicht ein legitimes Ziel für Terroranschläge dar. Primär stehen jedoch andere Länder als Ziel für Terrorattacken im Fokus. Anschläge mit geringem logistischem Aufwand, ausgeführt von Einzeltätern oder Kleingruppen, stellen aktuell für die Schweiz die wahrscheinlichste Bedrohung dar. Als Täter kommen in der Schweiz hauptsächlich radikalisierte Personen in Frage, die von der dschihadistischen Propaganda und durch Kontakte im persönlichen Umfeld inspiriert worden sind, aber nicht zwingend in direktem Kontakt mit einer dschihadistischen Gruppierung oder Organisation stehen. Ebenso dürften Rückkehrende aus Kriegsgebieten potenziell als gefährlich einzustufen sein. Die von islamistischen Extremisten ausgehende Terrorgefahr spielt aktuell die bedeutendste Rolle in der Schweiz.

Vor diesem Hintergrund interessieren die Lage und die Bekämpfungsstrategien verschiedener mit der Schweiz vergleichbarer Länder und den USA.

Deutschland⁵⁶

- **Facts/Zusammenfassung:** Nichtdeutsche Staatsangehörige stehen an der Spitze der meisten untersuchten organisierten Verbrecherguppen in Deutschland und sind an fast allen kriminellen Märkten im Lande beteiligt.⁷ Häufig sind diese Gruppen durch familiäre und ethnische Bindungen geprägt. Der Handel mit illegalen Drogen ist nach wie vor ein zentrales Betätigungsfeld für bestimmte nichtdeutsche Clans, vor allem der internationale Handel mit Kokain und Marihuana. Direkte Verbindungen zu den südamerikanischen Produktionsstätten sind ebenso dokumentiert wie die Beteiligung an der Finanzierung, dem Transport oder dem Vertrieb von Drogen. Auch italienische Mafiagruppen sind in dem Land stark vertreten, wo sie vor allem im Drogenhandel und in der Geldwäsche tätig sind. Zu diesem Zweck ist es ihnen gelungen, die legale Wirtschaft in Deutschland zu unterwandern.

Daneben existieren aber auch Gruppen von organisierter Kriminalität, die von Deutschen geführt werden und ausschliesslich aus deutschen Mitgliedern bestehen. Namentlich identifiziert sind die Outlaw Motorcycle Criminal Groups (OMCGs). In vielen Städten ist das für die kriminellen Märkte relevante Territorium unter konkurrierenden mafiösen Gruppen aufgeteilt, von denen die meisten an mehreren kriminellen Märkten beteiligt sind. Es wird berichtet, dass sich OMCGs an Erpressungen im Zusammenhang mit dem Angebot privater Sicherheitsdienste für Unternehmen, insbesondere im Nachtleben, beteiligen. OMCGs gehören zu den Gruppen mit der höchsten Prävalenz physischer Gewalt, die sowohl gegen konkurrierende Gruppen als auch gegen andere Opfer eingesetzt wird.

- **Mehr Verfahren:** Wie das vom Bundeskriminalamt (BKA) erstellte Lagebild zeigt, ist die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen kriminelle Banden in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um rund 17 Prozent auf 696 Verfahren angestiegen. Hauptgrund für diese Entwicklung sind Informationen, die aus der 2020 entschlüsselten geheimen Kommunikation von Verbrechern stammen, vor allem über den Anbieter Encrochat. Der Polizei in den Niederlanden und Frankreich war es 2020 gelungen, mehr als 20 Millionen geheimer Nachrichten abzuschöpfen. In der Folge wurden auch in Deutschland zahlreiche Drogenhändler verurteilt.
- **Mehr Waffen:** Eine weitere Entwicklung, die der Polizei Sorgen macht, ist die immer stärkere Bewaffnung der Mitglieder von OK-Gruppierungen. Lag der Anteil der bewaffneten Tatverdächtigen 2020 noch bei rund 6,4 Prozent, so wurde 2021 bei 7,5 Prozent der Verdächtigen eine Waffe sichergestellt. Auch bei Durchsuchungen von mutmasslichen Mitgliedern der inzwischen verbotenen rockerähnlichen Gruppierung „United Tribuns“ waren zahlreiche Waffen beschlagnahmt worden.
- **Grössere Brutalität:** Um „Schuldner“ einzuschüchtern und sich gegenüber rivalisierenden Verbrecherbanden zu behaupten, greifen Angehörige von OK-Gruppierungen zunehmend zu drastischen Methoden.
- **Mehr finanzieller Schaden:** Den durch OK-Gruppierungen im vergangenen Jahr verursachten finanziellen Schaden gibt das Bundeskriminalamt mit 2,2 Milliarden Euro an. Zum Vergleich: Im Vorjahr lag die Summe bei rund 837 Millionen Euro. Ein Grund ist die hohe Zahl

⁵ In den meisten Vergleichsstaaten resultieren die Zahlenwerte – soweit sie überhaupt erhältlich zu machen sind - aus dem Jahr 2021, allenfalls aus 2022.

⁶ BKA - Lagebilder, online im Internet, Stand 03.10.2023.

⁷ Blutsbande – Clans in Berlin: Parallelgesellschaft - ZDFmediathek, [lagebild-clankriminalitaet-berlin-2022.pdf](#).

von Betrugsdelikten. Dass diese stark zugenommen haben, zeigt laut BKA, wie schnell manche Verbrecherbanden auf neue Tatgelegenheiten reagieren. So hat sich die Zahl der Verfahren 2021 im Vergleich zum Jahr davor verdreifacht.

- **Mafia-Gruppen:** Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der Tatverdächtigen, die verschiedenen italienischen Gruppierungen zugeordnet werden. Im vergangenen Jahr ermittelte die Polizei hier 319 Verdächtige.
- **Clankriminalität:** Mehr als 70 Prozent der 34 Ermittlungsverfahren in diesem Bereich konzentrierten sich auf die Bundesländer Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen. Dort hätten sich „kriminelle Strukturen der Clankriminalität in besonderer Weise verfestigt“, heisst es in dem Lagebild, das die Situation im Jahr 2021 abbildet. Aus Furcht vor einer Stigmatisierung zugewanderter kurdisch-libanesischer Grossfamilien hatte die Politik jahrzehntelang weggeschaut. Die Folge war, dass sich die kriminellen Zweige dieser Clans in Essen und anderen Ruhrstädten ungehindert breitmachen konnten. Hinzu kommt, dass beispielsweise in Essen die syrische Community auf 25'000 Migranten angewachsen ist. Das sind schätzungsweise 10'000 Personen mehr, als die Mitglieder der kurdisch-arabischer Clans ausmachen. Es gibt Anzeichen dafür, dass syrische Grossfamilien den alteingesessenen Clans den Rang ablaufen wollen, was sich auch in der zunehmenden Anzahl von durch syrische Staatsangehörige begangenen Straftaten manifestiere.

Wichtige Elemente der Bekämpfung seien eine hohe Polizeipräsenz an bestimmten Brennpunkten. Daher hat NRW aufgrund der Clan-Hotspots eine «Besondere Aufbauorganisation» (BAO) eingerichtet, um die kriminellen Clan-Zweige, die insbesondere die ärmeren nördlichen Viertel terrorisierten, durch ein ganzes Massnahmenpaket zurückzudrängen. Neben verdeckten Ermittlungen geht die Polizei konzentriert gegen Clan-Lokale, Shisha-Bars oder Betriebe vor, die illegale Gewinne erwirtschaften und führt vermehrt Verkehrskontrollen oder Razzien zusammen mit der Zoll- und Steuerfahndung durch.⁸

- **Polizeidichte:** Die Polizeidichte in Deutschland variiert je nach Bundesland und Region. Die Polizeikräfte in Deutschland sind aufgeteilt in Landespolizeien, Bundespolizei und in einigen Fällen auch kommunale Polizeien. Im Jahr 2021 ergibt dies eine grobe Schätzung von etwa 3.85 Polizeibeamten pro 1'000 Einwohner in Deutschland.⁹

Schweden

- **Facts/Zusammenfassung:** Auch in Schweden sind kriminelle Netze aktiv, wobei die Polizei von mehr als 200 aktiven Gruppen mit etwa 5'000 Mitgliedern ausgeht. Berichten zufolge wird diese Zahl in den kommenden Jahren noch steigen. Lose Netzwerke operieren in grösseren Städten, haben aber auch begonnen, in ländliche Gebiete und kleinere Städte vorzudringen. Sie sind sehr gewaltbereit, was zu einem erhöhten Risiko für die Sicherheitsdienste geführt hat. So gibt es Gebiete, die die Polizei nicht ohne besondere Vorbereitungen und

⁸ [Comparison of Criminalities between Netherlands and Germany - The Organized Crime Index \(ocindex.net\)](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

⁹ Um die Polizeidichte zu berechnen, teilt man die Anzahl der Polizeibeamten durch die Bevölkerung und multipliziert das Ergebnis mit 1'000, um die Anzahl der Polizeibeamten pro 1'000 Einwohner zu erhalten. Im Jahr 2021 ergibt dies eine grobe Schätzung von etwa 3,85 Polizeibeamten pro 1'000 Einwohner in Deutschland.

verstärkte Sicherheitspräsenz betreten kann. Gelegentlich wird auch über Korruption in zentralen Regierungseinrichtungen wie der Migrationsbehörde berichtet, und es wird vermutet, dass diese mit der organisierten Kriminalität in Verbindung steht, wobei es der syrischen Mafia Berichten zufolge gelungen sein soll, bestimmte Regierungsstrukturen zu infiltrieren.

- **Clankriminalität:** Die meisten Gruppen der organisierten Kriminalität in Schweden werden von ausländischen Akteuren dominiert, vor allem aus den Balkanländern und dem Nahen Osten. Die Problemviertel der grossen schwedischen Metropolen werden durch kurdisch-libanesischen Clans beherrscht. Die Gewalt durch die etwa 40 bekannten Grossfamilien hat den einst so friedlichen, liberalen Vorzeigestaat in eine schwere Sicherheitskrise gestürzt. Die Clans sind am Waffen- und Drogenhandel sowie am Menschenhandel und Schmuggel beteiligt. Ausländische kriminelle Gruppen, die vor allem in Osteuropa ansässig sind, reisen auch nach Schweden ein, um Einbrüche zu begehen, und organisierte Roma-Kriminalitätsgruppen operieren zunehmend im Lande. Die in Schweden ansässigen kriminellen Gruppen sind auf die Zusammenarbeit mit dem Ausland angewiesen, vor allem auf transnationalen Märkten wie dem Drogenhandel.
- **Mafia-Gruppen:** Auch mafiaähnliche Strukturen sind im Land aktiv. Motorradbanden sind zwar nicht mehr so stark vertreten wie in den 1990er Jahren, sind aber immer noch Teil der schwedischen Schattenwirtschaft, haben ihre Aktivitäten aber auf risikoärmere Unternehmungen wie Finanzkriminalität verlagert. Die bekannteste Mafia-Organisation des Landes ist die syrische Mafia, die ihren Sitz im Süden von Stockholm hat. Die Gruppe hat weniger Mitglieder - 75 bis 100 Personen - und stützt sich auf Familienbanden und eine ethnisch-religiöse Identität.

Kleinere Strassenbanden und andere familienbasierte Gruppen spielen heute ebenfalls eine zentrale Rolle in der schwedischen Landschaft der organisierten Kriminalität. Letztere sind schlecht organisiert und verfügen nicht über eine starke Hierarchie und Loyalität. Einige von ihnen haben jedoch versucht, sich zu formalisieren und ein stärkeres Zugehörigkeits- und Identitätsgefühl zu entwickeln. Das Hauptaugenmerk dieser Gruppen liegt auf dem Drogenhandel.

- **Gewaltwelle im Clan-Milieu:** Die schwedische Gewaltwelle im Clan-Milieu nimmt stetig zu. Auch dort gilt die Familienehre als eisernes Gesetz, Konflikte löst man untereinander, die Staatsmacht bleibt aussen vor oder wird bekämpft. In Schweden sterben jedes Jahr mehr Menschen durch Schusswaffen als im Rest Europas. 2018 kam eine europäische Vergleichsstudie zu dem Schluss, dass das Todesrisiko durch eine Schusswaffe für 15- bis 29-jährige Männer in Deutschland zehnmal niedriger ist als in Schweden. Von 2018 bis 2022 registrierten die Behörden mehr als 2500 Schiessereien; dabei kamen knapp 200 Menschen ums Leben. Bei Tätern wie Opfern handelt es sich meist um Gang- und Clanmitglieder: junge Männer, die in den sozialen Brennpunkten aufwachsen und alles anstellen, um nach 'oben' zu gelangen. Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Sozialleistungsbetrug und blutige Revierkämpfe stehen auf der Agenda. Es war zu beobachten, dass die Clans oftmals jugendliche Mitglieder als Killerkommandos ausschicken, denn das schwedische Gesetz sieht für Täter unter 21 Jahren massiv mildere Strafen vor. Manche Viertel mutierten aus diesen Gründen zu «No-Go-Areas».
- **Internationale Zusammenarbeit der Clans:** Viele der kurdisch-arabischen Clans in Schweden unterhalten Ableger im Ruhrgebiet. Und so stellte die Essener Polizei im Sommer 2021 an der Grenze fest, dass etliche Milieu-Größen ihren „Brüdern“ in Göteborg zur Hilfe eilen wollten. Nach Erkenntnissen anderer Sicherheitsbehörden an Rhein und Ruhr arbeiten die Familien in Schweden und im Ruhrpott etwa beim Drogenhandel eng zusammen.

Es gibt auch Hinweise auf Geldwäsche, so etwa bei der Grosssippe Ali-Khan. Während diese in Skandinavien als vorherrschend gilt, zählt die NRW-Gruppierung im Lagebild des Landeskriminalamts NRW nicht zu den Top-5 unter den 112 gelisteten arabisch-türkischen Clans. Gelsenkirchen firmiert als Ali-Khan-Hochburg. Hier führen die Ermittler etwa 60 Mitglieder in ihrem Register, ein grösserer Teil füllte bereits Strafakten. Ferner rechnen Insider eine grosse Diskothek in der Essener City der Familie zu. Abseits der legalen Geschäfte verfolgen kriminelle Zweige andere Ziele.

Ein schwedisch-deutsches Joint Venture förderte in einem anderen Fall zutage, dass Schmuggler Routen ausfindig gemacht wurden, um Drogenlieferungen von den Seehäfen in Belgien und den Niederlanden über die Ruhrschiene an die schwedischen Abnehmer zu transportieren.

- **Bekämpfung der Clankriminalität:** An diesem Punkt stehen die Schweden noch am Anfang. Zum einen fehlen den Sicherheitsbehörden die Ressourcen. Nur 20.000 Polizisten schützen die gut zehn Millionen Einwohner. Zum Vergleich: Allein für die 18 Millionen Einwohner an Rhein und Ruhr stehen doppelt so viele Polizeibeamte zur Verfügung. Dazu kommen nochmals gut 17.000 Landesbedienstete.

Zudem gilt das Wort „Clankriminalität“ in weiten Teilen der schwedischen Politik immer noch als Tabu. Dabei hatte der schwedische Vize-Polizeichef Löfving bereits im Jahr 2020 vor der zunehmenden Herrschaft zugewanderter Clans im OK-Bereich gewarnt: „Ich behaupte, dass sie eindeutig mit dem Ziel nach Schweden gekommen sind, organisiert und systematisch Kriminalität zu betreiben.“ Die Clan-Unterwelt ist als „systembedrohend“ für das ganze Land einzuordnen.

- **Polizeidichte:** Die Polizeidichte in Schweden betrug im Jahr 2021 etwa 1.92 Polizeibeamte pro 1'000 Einwohner.

Niederlande

- **Facts / Zusammenfassung:** Amsterdam präsentierte angesichts der sich seit einigen Jahren zusehends zuspitzenden Aktivität krimineller Netzwerke 2021 einen neuen Bekämpfungsplan. Die Vielfalt der Akteure bewegt sich von losen kriminellen Netzwerken bis hin zu transnationalen Gruppen. Dementsprechend wurde die Finanzierung der Polizei aufgestockt. Auch bei den Strafverfolgungsbehörden hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Niederlande sowohl ein Zielland als auch ein Produktions- und Transitland für illegale Märkte sind. Auch wurde der Prävention vermehrte Wichtigkeit zuerkannt. Junge Männer aus Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit, häufig aber nicht ausschliesslich Migranten, werden aufgrund ihrer desolaten Lebenssituation oft durch die Banden in ihre kriminellen Aktivitäten eingebunden.
- **Clan-Kriminalität:** Die meisten organisierten Verbrechen werden von losen kriminellen Netzwerken betrieben, die durch ethnische Zugehörigkeit, familiäre und freundschaftliche Verbindungen miteinander verbunden sind. Keine dieser Gruppierungen geht jedoch über sich teilweise überschneidende Ad-hoc-Geschäftsbeziehungen hinaus, die sich auf bereits bestehende soziale Netzwerke stützen. Die kriminellen Netze sind in den Strassenhandel mit Drogen, Prostitution und Waffen involviert. Die Gewalt zwischen den Gruppen ist nur von mittlerem Ausmass. Die Netzwerke sind vor allem in Amsterdam, Rotterdam und Den Haag konzentriert. Bei den meisten kriminellen Akteuren in den Niederlanden handelt es sich nicht

um mafiaähnliche Organisationen, sondern um kriminelle Netzwerke ohne internen Zusammenhalt und feste Strukturen. Infolgedessen können sich die niederländischen Netze in Bezug auf Gebiet und Mitgliedschaft überschneiden.

- **Betäubungsmittelkriminalität:** Die Niederlande können als weltweit führend bei der Herstellung, dem Export und dem Konsum synthetischer Drogen angesehen werden. Sie gelten als einer der grössten, wenn nicht der grösste Hersteller von Amphetaminen und MDMA/Ecstasy in der Welt. Die Produktion wird in erster Linie von "Travellern" im Süden und von Motorradbanden kontrolliert. In den Niederlanden sind nämlich zahlreiche verbotene Motorradbanden aktiv, die mafiöse Strukturen aufweisen, in verschiedene kriminelle Märkte verwickelt sind, darunter die Herstellung und der Handel mit synthetischen Drogen, der Waffenhandel und der Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und Prostitution. Auch wenn diese Gruppen nicht offen Waffen tragen, wurden in ihren Hauptquartieren Waffen gefunden.

Ein erheblicher Teil der für die Herstellung synthetischer Drogen benötigten Laborausstattung, Rohstoffe und Chemikalien wird aus China bezogen, so dass die niederländisch-chinesische grenzüberschreitende Kriminalität ein wichtiger, aber oft übersehener Aspekt der Lieferkette für synthetische Drogen ist. Was Kokain betrifft, so sind die Niederlande einer der wichtigsten Märkte in Europa und dienen als wichtiges Einfallstor von Amerika nach Europa. Beim Kokainhandel handelt es sich hauptsächlich um Grossimporte aus Südamerika. Während Amsterdam das Epizentrum des Drogenhandels ist, spielt Utrecht ebenfalls eine Schlüsselrolle im internationalen Kokainhandel. Albanische Mafiagruppen beherrschen den Markt in den Niederlanden.

Die Niederlande sind ebenfalls für die heimische Produktion und den Export von Cannabis bekannt. Marokko ist ein wichtiges Herkunftsland für den Grossteil des in den Niederlanden verkauften Haschischs. Marokkanische Banden sind zunehmend auch an der Herstellung von Cannabis im Land beteiligt. Insgesamt ist der lokale Markt moderat und wird von Touristen dominiert. Da Cannabis toleriert wird, findet der Markt unter freiem Himmel statt und wird nicht als bedeutende Quelle lokaler Gewalt angesehen, obwohl die Lieferketten illegal und unkontrolliert sind. Der Heroinhandel ist in den Niederlanden gering bis mässig ausgeprägt, da das Land in erster Linie als Transitland fungiert. Während jedoch der lokale Heroinkonsum zurückgeht, haben der Handel, der Transit und die Produktion von Heroin zugenommen. Der Heroinmarkt trägt zu Bandenfehden und Rivalitäten bei. Obwohl Heroin nicht so weit verbreitet ist wie Kokain, sind die grossen kriminellen Netzwerke, die mit beiden Drogen handeln, weitgehend identisch.

- **Gewaltkriminalität:** Niederlandweit ist das Risiko in Heerlen am grössten, mit der organisierten Kriminalität konfrontiert zu werden. Ohnehin sind viele Kommunen im Süden der Provinz Limburg anfällig für Drogen- und Bandenkriminalität, was aus der aktuellen „Unterwelt-Karte“¹⁰ hervorgeht, die auf einer Studie zur organisierten Kriminalität in den Niederlanden basiert. Etwa 80'000 unbewachte Grenzübergänge ermöglichen es kriminellen «Travellern», unentdeckt die Grenzen zu passieren.

Die Region ist geprägt durch die dritte Generation von Arbeitslosen und grossen sozialen Problemen, die immer noch die Folge der Minenschliessungen sind. Diese Missstände machen sich auch bei der Jugendkriminalität bemerkbar. Einer von 15 jungen Menschen in

¹⁰ [Schulden, drugs, risicjongeren: deze gemeenten zijn het kwetsbaarst voor zware criminelen | RTL Nieuws](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

Heerlen hat bereits Kontakt mit der Drogenkriminalität gehabt. Zudem hat jeder achte Haushalt erhebliche Schulden. Als wichtiges Transitland für Drogen werden in den Niederlanden Milliarden von Euro im kriminellen Kreislauf ausgegeben, der damit als kriminelle Subversion zunehmend die Gesellschaft erfasst, so beispielsweise in Form von Cannabisfarmen, junge Menschen in Geldnot, die für kriminelle Jobs angeworben werden, sowie Geschäften, die nur zur Geldwäsche eröffnet werden, und damit ehrliche Unternehmer aus den Einkaufsstrassen vertreiben.

In diesem Zusammenhang ist auch der rasante Anstieg von Sprengstoffanschlägen im niederländischen Drogenmilieu zu betrachten. Bis Jahresmitte 2023 seien laut Polizeiberichten bereits 303 gegen Wohnungen und Firmengebäude gerichtete Anschläge registriert worden; im gesamten Vorjahr waren es 325. Ein Schwerpunkt ist die Hafenstadt Rotterdam. Es würden zunehmend schwerere Brandbomben und Sprengstoffe verwendet, so wie sie auch zum Aufsprengen von Geldautomaten genutzt werden. Zu den Angriffen komme es demnach, wenn Betäubungsmittel nicht zeitig bezahlt werden oder eine Lieferung verloren geht. Die Anschläge sollten niemanden töten, sondern seien als Drohung gedacht und zielten deshalb mitunter auch auf Angehörige. Zu den Anschlägen käme es auch im Zusammenhang mit der Erpressung von Gastronomiebetrieben oder um einem unliebsamen Wettbewerber zu schaden. Selbst bei Beziehungskonflikten komme es inzwischen zu Anschlägen. Die Auftraggeber würden dabei zunehmend jüngere Menschen für die Anschläge einspannen; in Rotterdam sei die Hälfte der Festgenommenen 23 Jahre alt oder jünger gewesen. Die Täter erhielten den Auftrag oft über einen Mittelsmann oder soziale Medien. Sie wüssten oft nicht, warum und auf wen sie den Anschlag verübten. Die Regierung habe inzwischen die Zahl der Städte erhöht, in denen präventiv gegen das Phänomen vorgegangen wird und Jugendliche vor den Folgen gewarnt werden, wenn sie nach der Beteiligung an einem Anschlag gefasst werden.

- **Weitere Kriminalität:** Die Niederlande sind in erster Linie ein Zielland für die Opfer des Menschenhandels, fungieren aber auch als Herkunfts- und Transitland für diesen Handel. Gemessen an der Zahl der gemeldeten Menschenhandelsopfer gehören die Niederlande zu den am stärksten betroffenen Ländern in Europa, wobei Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu den wichtigsten Herkunftsländern gehören. Sexhandel, sexuelle Ausbeutung und andere Formen der Zwangsarbeit sind in den Niederlanden weit verbreitet, und die Niederlande sind auch ein Herkunftsland für Kindersextouristen, eine Form des Sexhandels, für die Asylbewerber besonders anfällig sind. Obwohl die Zahl der Fälle von Menschenhandel während der COVID-19-Pandemie zurückgegangen ist, könnte die Zahl der Opfer zunehmen, da immer mehr Menschen in wirtschaftliche Not geraten und dadurch immer anfälliger für Ausbeutung werden.

Die Niederlande spielen auch eine Rolle als Transitland für den Menschenmenschmuggel aus Kontinentaleuropa in das Vereinigte Königreich. Die Schleusung erfolgt oft schrittweise über Drehkreuze und umfasst eher kriminelle Netzwerke als mafiöse Gruppen oder Schlägerbanden. Unter den mutmasslichen Schmugglern in den Niederlanden befinden sich sowohl niederländische als auch andere EU-Bürger, während ausländische Staatsangehörige in der Regel als Fahrer für den Transport von Migranten arbeiten. Darüber hinaus könnte die Schliessung des französischen Flüchtlingslagers in Calais und die anschliessende Verschärfung der polizeilichen Massnahmen dort zu einer verstärkten Schleusertätigkeit durch die Niederlande geführt haben.

Die Niederlande sind ein Transitland für illegale Waffen aus Belgien, Deutschland und Osteuropa und ein Herkunftsland für Schusswaffen, die für das Vereinigte Königreich bestimmt

sind. Die Niederlande sind auch ein Zielland für illegale Schusswaffen mit Ursprung in Serbien und der Slowakei. Die Einfuhr von Feuerwaffen wird in der Regel von einer relativ kleinen Gruppe von Waffenhändlern abgewickelt, die Verbindungen in Länder wie Polen, Kroatien, die Slowakei und teilweise die Antillen haben. Viele Zwischenhändler sind auch Teil grösserer krimineller Netzwerke und bilden gelegentlich Koalitionen. Der Markt ist zwar etabliert, aber weder vom Umfang noch vom Wert her gross.

- **Kriminalitätsbekämpfung:** Seit den 1990er Jahren hat die Bekämpfung der organisierten Kriminalität eigentlich bei der Regierung Priorität. Trotzdem wurden die kriminellen Netzwerke nur langsam als direkte Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit wahrgenommen. In jüngster Zeit hat die Regierung jedoch vor allem aufgrund der Sprengstoffanschläge und diverser Bedrohungslagen eine differenziertere Sichtweise der beteiligten kriminellen Akteure eingenommen und erkennt die Vielfalt der Akteure von losen kriminellen Netzwerken bis hin zu transnationalen Gruppen an. Dementsprechend wurde die Finanzierung der Polizei aufgestockt. Auch bei den Strafverfolgungsbehörden hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Niederlande - mit leichten Unterschieden je nach Substanz - sowohl ein Zielland als auch ein Produktions- und Transitland für illegale Märkte sind. Während Korruption insgesamt nicht als grosses Problem angesehen wird, sind einige Skandale bekannt geworden, in die Spitzenkräfte des öffentlichen Sektors verwickelt waren. Ausserdem wurden immer mehr Polizei- und Zollbeamte wegen Unterstützung von Drogenhändlern strafrechtlich verfolgt.
- **Polizeidichte:** Die Polizeidichte in den Niederlanden betrug im Jahr 2021 etwa 3.6 Polizeibeamte pro 1'000 Einwohner.

Belgien

- **Facts / Zusammenfassung:** Belgien ist vor allem aufgrund seiner geografischen Lage anfällig für grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Die Häfen und Flughäfen des Landes sind wichtige Transitknotenpunkte für illegale Waren. Die Grenzbehörden haben sich jedoch in den letzten Jahren bemüht, die Sicherheit in den Häfen zu erhöhen.

Die Strafverfolgungsbehörden des Landes setzen sich aus föderalen und lokalen Polizeikräften zusammen. Die föderale Polizei führt Fachoperationen auf nationaler und regionaler Ebene durch und unterstützt die lokalen Einheiten. Sie verfügt über eine Spezialeinheit, die sich mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität befasst. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Einheiten, die sich auf prioritäre Kriminalitätsmärkte wie Menschen-, Drogen- und Waffenhandel spezialisiert haben. Bei der Staatsanwaltschaft besteht eine eigene Abteilung für organisierte Kriminalität.

Der belgische Rechtsrahmen deckt alle wichtigen Kriminalitätsbereiche ab, und das belgische Strafgesetzbuch stellt jede Beteiligung an Aktivitäten der organisierten Kriminalität unter Strafe. Belgien hat das UN-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, seine drei Protokolle und das UN-Übereinkommen gegen Korruption unterzeichnet und ratifiziert. Das Land engagiert sich für die internationale und regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, unterhält ein nationales Interpol-Zentralbüro und beteiligt sich an mehreren regionalen Kooperationsgremien.

- **Clan-Kriminalität:** Eine Mischung aus mafiösen Gruppen ausländischer und inländischer Herkunft sowie lose Netzwerke sind die Hauptakteure auf den belgischen Kriminalitätsmärkten. Ausländische Akteure üben einen erheblichen Einfluss auf die Märkte der organisierten Kriminalität des Landes aus. Vor allem albanische und mehrere italienische Gruppen der or-

ganisierten Kriminalität sind in den Drogen- und Waffenhandel sowie in den Menschen- schmuggel verwickelt, häufig in Zusammenarbeit mit mafiösen türkischen Gruppen. Türki- sche Akteure sind auch an Auftragsmorden gegen türkische und kurdische Dissidenten be- teiligt. Niederländische Gruppen sind in den Drogenhandel, die Herstellung, den Import und Export von Cannabis sowie in die Herstellung und den Export von Kokain und in die Ausfuhr synthetischer Drogen verwickelt. Sie sind in Geldwäsche und Arbeitsausbeutung verwickelt. Rumänische Gruppen der organisierten Kriminalität, die auf dem belgischen Markt tätig sind, betreiben Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskräften. Darüber hinaus sind nigerianische Gruppen der organisierten Kriminalität in den Menschenschmuggel verwickelt, der häufig in Menschenhandel mündet.

Neben diesen Gruppen gibt es in Belgien zahlreiche "lose" kriminelle Netzwerke, die den Drogenhandel, den Drogenanbau und die Drogenherstellung unterstützen. Diese Netze sind relativ weit verbreitet, konzentrieren sich aber eher auf Stadtgebiete wie Brüssel und Antwer- pen oder an der niederländischen Grenze. Mafiöse, gesetzlose Biker-Gangs spielen eine wichtige Rolle bei der Kriminalität. Dazu gehören die Hells Angels, No Surrender, Diablo, MC Mongols, Satudarah MC und die Bandidos. Biker-Gangs sind in den Waffenhandel, die Her- stellung von Cannabis und synthetischen Drogen sowie in die sexuelle Ausbeutung verwi- ckelt. Abgesehen von Einzelfällen gibt es kaum Daten, die auf eine Beteiligung staatlicher Akteure an den belgischen Kriminalitätsmärkten hindeuten.

- **Betäubungsmittelkriminalität:** Belgien ist nicht nur ein Zielland, sondern auch eines der wichtigsten europäischen Transitländer für Drogen. Es ist für einen unverhältnismässig gros- sen Anteil der Kokainbeschlagnahmungen in Europa verantwortlich. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Antwerpen, der zweitgrösste Hafen Europas, sich zu einem bedeuten- den Drehkreuz des internationalen Drogenhandels und zu einem der wichtigsten Eingangshäfen für Kokain in Europa entwickelt hat. Das Kokain, das in Containern über den Hafen eingeführt wird, ist in erster Linie für die Niederlande und andere Länder in Europa bestimmt. Belgien ist ein bedeutendes Herkunfts- und Zielland sowie Transitgebiet für neue psychoak- tive Substanzen und synthetische Drogen. Es wird vermutet, dass viele der synthetischen Drogen aus China stammen, aber die Herstellung von synthetischen Drogen wie MDMA, all- gemein bekannt als Ecstasy oder Molly, Amphetaminen, Ketamin und synthetischen Can- nabinoiden nimmt in der belgisch-niederländischen Grenzregion zu. In den letzten Jahren wurden mehrere Drogenlabors und -lagerhäuser ausgehoben. Diese Produktions- und Kon- versionsanlagen werden offenbar vor allem von niederländischen Gruppen der organisierten Kriminalität betrieben, und es bestehen enge Verbindungen zwischen dem niederländischen und dem belgischen Markt für synthetische Drogen.

Belgien ist in erster Linie ein Zielland für Heroin, und die Sicherstellungen zeigen, dass der belgische Markt relativ gross zu sein scheint. Das für Belgien bestimmte Heroin gelangt über die Balkanroute, die südliche Route (über afrikanische Länder, bevor es Europa erreicht) oder die nördliche Route (über Zentralasien und Russland) in das Land. Belgien ist ein Er- zeuger-, Verbraucher- und Transitland für Cannabis, das für die Märkte in anderen europäi- schen Ländern bestimmt ist. Das meiste Cannabiskraut, das in Belgien konsumiert wird, wird entweder vor Ort angebaut oder aus Spanien, den Niederlanden und einigen nordafrikanis- chen Ländern eingeführt; Cannabisharz kommt hauptsächlich aus Marokko und wird haupt- sächlich auf dem Strassenweg durch Spanien und Frankreich transportiert. Der professio- nelle Anbau von Cannabis nimmt in Belgien zu, wobei auch kriminelle Organisationen betei- ligt sind. Kriminelle aus den Niederlanden spielen eine wichtige Rolle auf dem belgischen kri- minellen Cannabismarkt.

- **Weitere Kriminalität:** Belgien ist in erster Linie ein Ziel- und Transitland für Menschenhandel und Menschenmuggel. Der kriminelle Markt für Menschenhandel konzentriert sich auf die grösseren Städte, wie Brüssel, Antwerpen und Lüttich. In Brüssel und Antwerpen geht es bei den meisten Menschenhandelsdelikten um sexuelle Ausbeutung; in Lüttich stehen die meisten Delikte im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Arbeitskräften. In ganz Belgien gibt es einige Fälle von Zwangsbettelei und erzwungenen kriminellen Aktivitäten. Bei den Opfern handelt es sich in der Regel um Nigerianer, Marokkaner und ungarische Staatsangehörige. Die Anwerbung der Opfer des Menschenhandels beginnt in ihrem Heimatland und beinhaltet oft falsche Versprechungen, die die Opfer in finanzielle und psychologische Abhängigkeit locken.

Der belgische Markt für Menschenmuggel ist in den letzten Jahren gewachsen, und die Zahl der registrierten Straftaten hat zugenommen. Die geografische Nähe des Landes zu Deutschland, den Niederlanden und Frankreich macht es zu einem idealen Transitland. Die Opfer stammen in der Regel aus Ländern Afrikas und des Nahen Ostens. Die belgischen Menschenmuggelnetze bestehen aus grossen organisierten Netzwerken, die oft auf Verwandtschaft beruhen. Es wird vermutet, dass einige Menschenhandelsnetze auch in den Menschenmuggel verwickelt sind. In einigen Fällen bildet der Menschenmuggel die erste Phase des Menschenhandels.

- **Polizeidichte:** Die Polizeidichte in Belgien betrug im Jahr 2021 etwa 3.8 Polizeibeamten pro 1'000 Einwohner.

Frankreich

- **Facts / Zusammenfassung:** Generell fehlt den französischen Bürgern das Vertrauen in die Regierung, wie die zahlreichen Demonstrationen und Streiks gegen die Regierung seit 2015 gezeigt haben. In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen der französischen Polizei und der Bevölkerung verändert. Obwohl die Polizei nach den Terroranschlägen in Paris 2015 als vertrauenswürdig galt, kam es einige Monate danach zu einem Umschwung, nachdem zahlreiche Berichte über Polizeigewalt bei Demonstrationen gegen die Arbeitsmarktreform eingegangen waren. Seit dem Jahr 2020 hat sich das Vertrauen in die Sicherheitskräfte noch weiter verschlechtert. Im Jahr 2023 scheint der soziale Kontext zu Gewalttaten zunehmend explosiver zu sein. Das Land ist weiterhin geprägt von der Bewegung der "Gelbwesten" gegen Verarmung und soziale Ungerechtigkeit, von zwei Jahren Gesundheitseinschränkungen aufgrund der Covid-Krise und von einer galoppierenden Inflation im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, die auf die Kaufkraft drückt. Auch andere Ereignisse im Ausland schwappten auf den alten Kontinent über, wie der Tod des Afroamerikaners George Floyd, der zum Symbol für die Polizeigewalt und die Diskriminierung wurde. Wenn man sich die Zahlen der Bevölkerungsströme ansieht, sieht man, dass es viel soziale Mobilität gibt. Und wenn die Viertel verarmen, dann auch deshalb, weil die Familien, die erfolgreich sind oder ihre Lebensbedingungen verbessern, diese Viertel verlassen. Als Folge davon ist die territoriale Integrität in den Vororten der Grossstädte oft gefährdet; die Kriminalität herrscht vor.
- **Clan-Kriminalität:** Die Landschaft der organisierten Kriminalität in Frankreich wird von wenig bis gar nicht strukturierten kriminellen Netzwerken beherrscht. Die Erfassung der Aktivitäten kleiner, loser krimineller Netzwerke sowie einzelner Krimineller ist aufgrund der Verlagerung des Schwerpunkts des Landes von der organisierten Kriminalität auf den Terrorismus im Jahr 2015 schwierig. Dennoch gibt es in Frankreich kriminelle Netzwerke, die vor allem in Lille, Paris, Lyon, Grenoble, Marseille und Korsika aktiv sind. Bei diesen kriminellen Netzwerken handelt es sich um Banden aus den Vorstädten, die in den Drogenhandel (vorwiegend

Cannabis) sowie in den Waffenhandel verwickelt sind. Der französische Geheimdienst stellt fest, dass mafiöse Gruppen in Frankreich im Verborgenen agieren und oft übersehen werden, während das Ausmass ihrer Aktivitäten nicht verstanden wird. Berichten zufolge gibt es eine hohe Mafia-Infiltrationsrate im legalen Bar-, Restaurant-, Tourismus- und Gaststättengewerbe, im Baugewerbe, in der Abfallwirtschaft, bei gering qualifizierten öffentlichen und gewerblichen Dienstleistungen sowie in der Landwirtschaft. Diese Gruppen neigen zur Polykriminalität und zeichnen sich häufig durch ethnische Zugehörigkeit oder Loyalität zu einer bestimmten Stadt aus und haben oft Verbindungen zu Drogenhandelsgruppen.

In Frankreich gibt es Anzeichen für eine Zusammenarbeit zwischen ausländischen und einheimischen kriminellen Akteuren, die an der Geldwäsche beteiligt sind. Auch ausländische Mafias sind in Frankreich präsent. Einige sind der Meinung, dass neben der geografischen Nähe auch rechtliche Unzulänglichkeiten in Frankreich dazu beigetragen haben, dass die italienische Mafia in Frankreich Fuss fassen konnte. Die nigerianische Mafia kontrolliert zusammen mit osteuropäischen kriminellen Gruppen, die auch den Waffenhandel aus der Balkanregion beherrschen, den Markt für sexuelle Ausbeutung in Frankreich. Organisierte Verbrecherguppen aus Osteuropa sind auch in den Bereichen organisierte Eigentumskriminalität, sexuelle Ausbeutung, Drogenhandel und Internetbetrug aktiv. In der Zwischenzeit gibt es staatlich eingebettete Akteure, die vor allem in den Bereichen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Korruption tätig sind, wobei in den letzten 10 Jahren zahlreiche Fälle bekannt wurden. Darüber hinaus haben einige finanzpolitische Affären, die staatlich eingebettete Akteure mit kriminellen Aktivitäten verbinden, transnationale Komponenten.

- **Betäubungsmittelkriminalität:** Der illegale Drogenhandel in Frankreich wird von Cannabis dominiert. Der Markt ist in den letzten Jahren exponentiell gewachsen und wird von einigen wenigen Hauptakteuren kontrolliert. Er ist schwer zu durchschauen, da er zersplittert und grenzüberschreitend ist. Der Konsum von Marihuana über Harz hat ebenfalls zugenommen, da ältere Cannabiskonsumenten biologische und lokale Produkte suchen. Dieses Phänomen führte zu einem Anstieg der Eigenproduktion, was wiederum dazu führte, dass kriminelle Netze ihre Strukturen neu organisierten, indem sie in erster Linie Marihuana anstelle von Haschisch anboten. Der zunehmende Konsum und die Produktion von französischem und europäischem Marihuana haben jedoch nicht zu einem Rückgang des traditionellen marokkanischen Haschischmarktes geführt. Frankreich ist auch ein Transit- und Zielland für Marihuana. Cannabis aus Marokko wird über Spanien nach Frankreich transportiert und dann per Auto, Bus oder Lkw in das übrige Europa gebracht. Der Kokainmarkt ist der zweitgrösste Drogenmarkt in Frankreich, da es ein Zielland für Kokain aus Süd- und Mittelamerika ist. Es gibt zwei Haupteinfuhrrouen für Kokain: den Hafen von Le Havre im Norden des Landes und Französisch-Guayana, wo das Kokain auf der Strasse aus Surinam transportiert und dann von Einzelpersonen nach Paris geflogen oder mit der Post verschickt wird. Ausserdem ist Frankreich ein Transitland für Kokain, das in das Vereinigte Königreich oder die Niederlande transportiert wird. Angesichts der weiten Verbreitung von Kokain in Frankreich ist die Bekämpfung des Kokainhandels neben dem Cannabishandel zu einer der wichtigsten Prioritäten der Strafverfolgungsbehörden geworden.

Der Handel mit und der Konsum von Heroin nehmen in Frankreich zu. Der Rückgang der Heroinpreise hat zu einem Anstieg des Konsums geführt, der mit einem Wechsel vom injizierenden Konsum zum Schnupfen und Rauchen einhergeht. Die am Heroinhandel beteiligten französischen Netze arbeiten nicht direkt mit den grossen Produktions- und Transitländern zusammen, da die meisten kleinen Netze die Droge in den Nachbarländern kaufen. Die Drogenhändler kaufen das Heroin in Belgien oder den Niederlanden, bevor sie es im ganzen

Land weiterverteilen. Die nördlichen Departements Frankreichs sind vom illegalen Heroinhandel betroffen, da sie in der Nähe von Drogenumschlagplätzen in den Niederlanden liegen. Auch Lille ist ein wichtiger Knotenpunkt für den Heroinhandel in Frankreich.

Im Bereich der synthetischen Drogen ist Frankreich ein Transit- und Zielland für MDMA. Die Drogen werden überwiegend in Belgien, Luxemburg oder den Niederlanden hergestellt. In den letzten Jahren werden neue psychoaktive Substanzen, die hauptsächlich in Asien hergestellt werden, online gekauft und verkauft. Insgesamt ist Frankreich einer der grössten Märkte in Europa, und der Handel mit synthetischen Drogen nimmt im Land zu, insbesondere auf Festivals, wobei das Darknet und die sozialen Medien als wichtige Verkaufsplattformen dienen.

- **Weitere Kriminalität:** Frankreich ist ein Zielland für Menschenhandel, wobei die Opfer besonders von sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit, Zwangsbettelei und Sklaverei betroffen sind. Bei den Opfern handelt es sich in erster Linie um Frauen und Mädchen aus Osteuropa, Ost- und Westafrika und einigen asiatischen Ländern, die zur sexuellen Ausbeutung gehandelt werden, sowie um Männer, Frauen und Kinder, die zu häuslicher Dienstbarkeit und anderen Formen der Zwangsarbeit gezwungen werden. Der Menschenhandel in Frankreich ist in der Regel auch mit physischer und psychischer Gewalt verbunden.

Frankreich ist ein wichtiges Transit- und Zielland für den Menschenschmuggel. In Nordfrankreich, insbesondere in der Hafenstadt Ouistreham in der Normandie, haben die Schmuggelaktivitäten seit der Schliessung der Migrantenzentren in Calais zugenommen. Der Menschenschmuggel über Frankreichs Grenzen zu Italien und Spanien sowie über den Ärmelkanal zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich gibt ebenfalls Anlass zu grosser Sorge. Darüber hinaus werden Frankreichs Überseegebiete zunehmend als Einfallstore für Menschenschmuggelaktivitäten genutzt, wobei Mayotte vor der Küste Südostafrikas am stärksten betroffen ist, gefolgt von Französisch-Guayana. Die Schleusernetze versorgen die Menschen auch mit gefälschten ärztlichen Bescheinigungen und gefälschten Dokumenten. Ausserdem gibt es Überschneidungen zwischen Menschenschmuggel, Drogenhandel, Sexhandel und Waffenhandel. Seit Ende 2018 haben sich die Versuche der irregulären Migration aus Afrika, dem Nahen Osten und Südasien über den Ärmelkanal vervielfacht, da die Polizei die Entstehung von Migrantenzentren in der Nähe von Calais verhindern wollte.

Es gibt einen stetigen Strom illegaler Waffen nach Frankreich und innerhalb Frankreichs, der hauptsächlich aus Osteuropa und den USA stammt. Gezielte Waffendiebstähle machen den Grossteil der auf dem Markt befindlichen illegalen Waffen aus, die hauptsächlich von Akteuren der organisierten Kriminalität, insbesondere des Drogenhandels, gekauft werden. Manchmal werden Schusswaffen auch gegen Drogen getauscht. Im Jahr 2018 verzeichnete Frankreich EU-weit die meisten Waffendiebstähle, sowohl in Form von Gelegenheits- als auch von gezielten Diebstählen. In Frankreich ist weiterhin der besorgniserregende Trend zu beobachten, dass immer mehr Waffen ins Land kommen, insbesondere aus den Balkanländern. Die Nachrichtendienste weisen darauf hin, dass Waffen, die während der beiden Weltkriege verwendet wurden, sowie Waffen aus der Balkanregion häufig zur Finanzierung krimineller Netzwerke genutzt werden. Darüber hinaus ermöglichte der Zugang zu Kriegswaffen wie AK-47 terroristischen Gruppen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Frankreich und schürte die Gewalt in den Vorstädten, wo junge Menschen leichten Zugang zu Waffen haben. Auf dem französischen Festland werden Waffen sowohl über das Dark Web als auch über das Clearnet verkauft.

- **Polizeidichte:** Die Polizeidichte in Frankreich betrug im Jahr 2021 etwa 3.7 Polizeibeamten pro 1'000 Einwohner.

USA

- **Facts / Zusammenfassung:** In den letzten zehn Jahren waren die USA militärisch in Konflikte verwickelt, unter anderem in Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, Somalia, Libyen und Niger. Weltpolitisch bestehen Spannungen mit Nordkorea, Iran, China und Russland. Solche politischen Veränderungen und auch die Einwanderungsproblematik wirken sich auf die Kriminalitätsdynamik an der Südgrenze der USA aus. Aufgrund des föderalen Charakters des politischen Systems der USA gibt es zwischen den einzelnen Bundesstaaten grosse Unterschiede in Bezug auf die Qualität der Gesetzgebung und die rechtlichen Rahmenbedingungen für Transparenz und Offenlegung.

Der Rechtsrahmen der USA stellt organisierte kriminelle Handlungen wie Menschenmuggel, Menschenhandel, durch Zwangsarbeit hergestellte Waren, Drogenhandel und einige Umweltdelikte unter Strafe. Die Gesetze regeln die Ermittlung, Verhaftung, strafrechtliche Verfolgung, Verurteilung und Bestrafung der Täter, insbesondere im Falle des Drogenhandels, der sowohl auf Bundes- als auch auf Bundesstaatenebene strafbar ist. Allerdings gibt es in den USA kein Bundesgesetz über den Waffenhandel, der den Waffenschmuggel über die Grenzen der Bundesstaaten hinweg am meisten begünstigt.

Die USA haben weltweit die meisten inhaftierten Menschen. Vor allem in Kalifornien, aber auch in Texas gibt es eine Vielzahl von Gefängnisbanden, darunter das Texas Syndicate, Mexikanemi, Barrio Azteca und Tango Blast. Das Justizsystem scheint durch die Wahl vieler untergeordneter Richter und den politischen Charakter vieler Richterernennungen behindert zu werden. Die gemeldete Aufstockung des Budgets für die Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) könnte darauf hindeuten, dass der Bekämpfung der organisierten Kriminalität Priorität eingeräumt wird, und auch den Strafverfolgungsbehörden auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene wurden zunehmend mehr Mittel zugewiesen. Dennoch gibt es Bedenken hinsichtlich unqualifizierter Behördenleitungen, mangelhafter Bewerberauswahl, unzureichender Ausbildung und wegen eines schwindenden Vertrauens in die Strafverfolgungsbehörden.

Die weltweite Dominanz der US-Währung und die Zahl der über US-Banken abgewickelten Transaktionen schaffen eine Anfälligkeit für Geldwäsche, insbesondere in Bezug auf Betrug, Drogenhandel, Menschenmuggel, Menschenhandel und Korruption. Trotz wirksamer Massnahmen bestehen nach wie vor erhebliche Risiken in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die Eigentumsrechte der USA sind garantiert, auch wenn der Schutz uneinheitlich ist.

Die Bemühungen der Regierung zur Beseitigung des Drogenhandels haben sich in letzter Zeit auf die Prävention konzentriert und in die Behandlung und die Bereitstellung alternativer Schmerzmittel investiert.

Die USA verfügen über die am besten entwickelten Massenmedien der Welt, mit mehr als tausend Tageszeitungen, vier grossen kommerziellen Fernsehsendern und einem 24-Stunden-Nachrichtensender, der über die staatlichen Bemühungen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens berichtet. Insgesamt wurde das Medienumfeld im Laufe der Trump-Administration jedoch zweifelsohne deutlich fragiler gemacht.

- **Clan-Kriminalität:** Landesweit gibt es Tausende von aktiven Banden, deren Aktivitäten sich auf den Drogen-, Waffen- und Menschenhandel konzentrieren. Die meisten wenden Gewalt an und arbeiten mit ausländischen Drogenhandelsnetzen zusammen. Trotz eines Rückgangs der Aktivitäten sind in den USA weiterhin mafiöse Gruppen tätig, darunter fünf grosse Familiengruppen, die von der sizilianischen Mafia Cosa Nostra abstammen und die in New

York, im südlichen New Jersey und in Philadelphia eine erhebliche Kontrolle ausüben. Insgesamt verfügt die Cosa Nostra über Tausende von Mitgliedern und Verbündeten in den USA, die in illegale Geschäfte verwickelt sind, darunter Heroinhandel, Geldwäsche und Betrug im Gesundheitswesen im Rahmen des Medicare-Programms. Diese Gruppen haben in erheblichem Umfang Zugang zu Waffen und tragen diese offen bei sich. Die Outlaw Motorcycle Gangs, von denen es landesweit mehrere Hundert gibt, sind der Archetyp einer mafiösen Gruppe in den USA. Die Banden sind in hohem Masse grenzüberschreitend und vor allem im Drogenhandel tätig, insbesondere im grenzüberschreitenden Handel.

Es gibt viele ausländische Akteure, die in die organisierte Kriminalität in den USA verwickelt sind. Cyberkriminalität - vor allem Identitäts-, Finanz- und Wahlbetrug - hat ihren Ursprung oft in Osteuropa und Asien. Lateinamerikanische kriminelle Organisationen sind an den US-Drogenmärkten beteiligt (als Vermittler zwischen den Herkunftsländern und den Grosshändlern in den USA, nicht direkt auf US-Boden), ebenso wie afrikanische, asiatische, eurasische und nahöstliche kriminelle Organisationen. Auch kriminelle Organisationen aus Asien und dem Balkan sind in den Menschenschmuggel und -handel verwickelt.

- **Betäubungsmittelkriminalität:** Die US-Drogenmärkte gehören zu den grössten der Welt. Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge in den USA, und das Land ist sowohl eine Quelle als auch ein Ziel für Cannabis. Obwohl es nach Bundesrecht illegal ist, haben die einzelnen Bundesstaaten unterschiedliche Vorschriften für den Besitz, den Konsum und den Anbau. Das meiste Cannabis wird im Inland von Drogenhandelsorganisationen, aber auch von staatlich lizenzierten Anbaubetrieben entgegen den ihnen gemachten Auflagen auf illegale Weise produziert. Der illegale Markt wird mit illegalem, im Inland hergestelltem Cannabis, mit abgezweigtem, staatlich zugelassenem Cannabis aus dem Inland und mit im Ausland hergestelltem Cannabis beliefert, das hauptsächlich aus Mexiko und in geringerer Masse aus Kanada und der Karibik in die USA geschmuggelt wird.

Synthetische Opioide beherrschen den US-Markt, wobei die Gewinne meist von ausländischen Akteuren, einschliesslich mexikanischer mafiaähnlicher Gruppen, erzielt werden. Der Methamphetaminkonsum ist in den letzten Jahren in den USA sprunghaft angestiegen und stammt in erster Linie aus Mexiko, wo er eine kostengünstige, hochreine und hochpotente Alternative zu dem in den USA hergestellten Stoff darstellt. Synthetische Cannabinoide, Cathinone und Vorläuferstoffe werden hauptsächlich von chinesischen Netzwerken in die USA geschmuggelt. Illegales Fentanyl und andere synthetische Opioide sind die tödlichsten Opioide, die in den USA verwendet werden. Eine der grössten Auswirkungen auf den Markt ist die Zunahme der tödlichen Überdosierungen durch synthetische Opioide und Vergiftungen durch Psychostimulanzien. Obwohl sich die Strafverfolgungsbehörden der Bekämpfung des Marktes verschrieben haben, ist der Handel mit Fentanyl im Darknet und in den sozialen Medien weit verbreitet.

Obwohl Heroin weitgehend durch Opioide wie Fentanyl verdrängt wurde, haben die Sicherstellungen der Droge zugenommen, insbesondere an der südwestlichen Grenze, und die Vermischung von Heroin mit Fentanyl ist weit verbreitet. Auf dem US-amerikanischen Heroinmarkt wird vor allem mexikanisches Heroin gehandelt, und mafiaähnliche Gruppen kontrollieren die Schmuggelrouten über die Südwestgrenze. Der Handel trägt auch zu Territorialkämpfen zwischen Banden bei. Tausende von Todesfällen in den USA werden jährlich auf eine Überdosis Heroin zurückgeführt, die zunehmend auf die hohe Potenz und die Vermischung von Heroin oder Kokain mit Fentanyl zurückzuführen ist. Hohe Krankheitsraten sind auch auf die gemeinsame Nutzung von Spritzen zurückzuführen, und es besteht ein Zusammenhang zwischen der Opioidkrise und der steigenden Zahl von Kindern in Pflegefamilien.

Die Verfügbarkeit von Kokain hat in den letzten Jahren zugenommen, da der Kokaanbau und die Kokainproduktion in Kolumbien, der Hauptquelle für Kokain aus den USA, ein Rekordniveau erreicht haben und das Kokain grösstenteils über die südwestliche Grenze durch mexikanische Netzwerke eingeführt wird. Im Wesentlichen kontrollieren einheimische Strassenbanden den Vertrieb auf Einzelhandelsebene.

- **Weitere Kriminalität:** Die USA haben in absoluten Zahlen einen der grössten Märkte für Menschenhandel weltweit. Zwangsarbeit findet vor allem im Baugewerbe, in der Hauswirtschaft, in der Schönheitsbranche und in der Landwirtschaft statt, während der Sexualhandel vor allem in den Bereichen Begleitdienste, Pornografie und Prostitution im Freien stattfindet. Die meisten Opfer stammen aus den USA, Mexiko und den Philippinen, und die Täter sind in der Regel Mitglieder organisierter Netzwerke. Der Markt zielt auf gefährdete Gruppen ab, darunter Kinder, die sich in der Kinder- und Jugendhilfe befinden, obdachlose Jugendliche, unbegleitete Kinder ohne legalen Einwanderungsstatus, Drogenkonsumenten, lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, intersexuelle und queere Personen, Opfer mit Behinderungen, indianische Frauen und Mädchen sowie Wanderarbeiter.

Der Menschenschmuggel in die USA hat sich entlang der südwestlichen Grenze verfestigt, wobei in- und ausländische kriminelle Netze sowie staatliche Akteure beteiligt sind. Personen aus Mexiko, Honduras, Guatemala und El Salvador stehen zunehmend im Mittelpunkt mexikanischer Schmuggeloperationen in die USA, die mitunter mit Todesopfern enden. Kriminelle Organisationen beauftragen Schmugglernetzwerke, die sich durch Schmuggelkorridore bewegen. Auch korrupte Beamte auf niedriger Ebene, darunter mexikanische Polizisten, Migrationsbeamte und US-Grenzschutzbeamte, erhalten Zahlungen. Es gibt kaum Beweise dafür, dass Drogenhandelsorganisationen in den Menschenschmuggel verwickelt sind.

Die USA sind der grösste Waffenexporteur der Welt und eine Quelle und ein Ziel für schwer zu erwerbende Schusswaffen, einschliesslich Maschinengewehre. Das Recht der Zivilbevölkerung, Waffen zu tragen, ist in den USA verfassungsrechtlich geschützt, und der Waffenbesitz ist weit verbreitet. In einigen Bundesstaaten ist der legale Erwerb von Waffen relativ einfach; diese werden dann in Staaten oder Länder mit strengeren Waffengesetzen transportiert, weiterverkauft oder geschmuggelt. Trotz der liberalen Waffengesetze, die den Zugang zu Schusswaffen relativ leicht machen, gibt es in den USA einen bedeutenden Schwarzmarkt für Waffen. Darüber hinaus erfolgt der Aussenhandel und die Unterstützung der USA häufig in Form von militärischer und waffenbezogener Unterstützung, was die weltweite Verbreitung fördert. Die meisten in Mexiko beschlagnahmten und gehandelten Schusswaffen werden in den südwestlichen Grenzstaaten der USA erworben, und die USA sind auch die grösste Quelle für illegale ausländische Waffen in Brasilien. Legal und illegal aus den USA ausgeführte Waffen werden von bewaffneten Banden, Drogenhändlern und terroristischen Organisationen erworben, die damit Konflikte, Schiessereien, Selbstmorde, Tötungsdelikte sowie Drive-by-, Selbstjustiz-, unbeabsichtigte und Massenerschiessungen anheizen. Das wachsende Misstrauen gegenüber den US-Strafverfolgungsbehörden hat ebenfalls zu einem Anstieg der Waffengewalt geführt.

- **Polizeidichte:** Knapp 18.000 weitgehend voneinander unabhängige Organisationen nehmen in den USA Polizeibefugnisse wahr (Stand 2016).¹¹ Insgesamt sind in den USA mehr als 1,2 Millionen Polizisten (ohne Bundespolizeien) im Dienst.

¹¹ Aufgrund der Unübersichtlichkeit der Polizeiorganisationen waren keine neueren Zahlen erhältlich zu machen.

5. Polizeidichte und Häufigkeit von Straftaten

Das untenstehende Diagramm erlaubt einen Vergleich der Polizeidichte in den verschiedenen Kantonen.

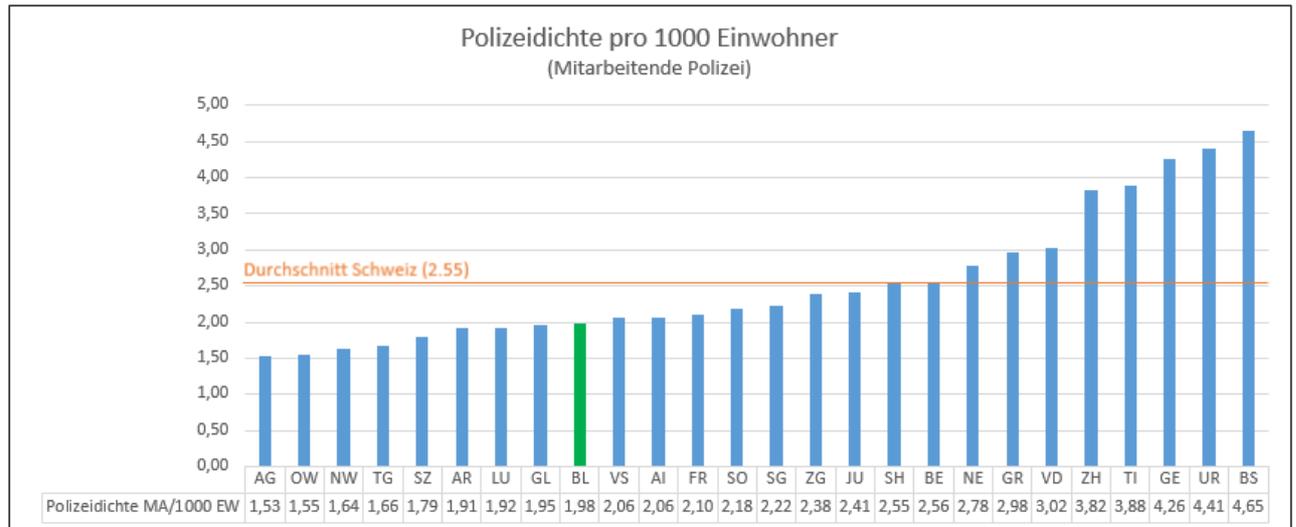


Abbildung 3: *Polizeibestand und -dichte in der Schweiz nach Kantonen am 01.01.2022.*¹²

Vergleicht man die Polizeidichte in den unter Ziff. 4 genannten Ländern mit der Schweiz, so zeigt sich folgendes Bild:

¹² Schweiz – Polizeibestand und -dichte nach Kantonen 2022 | KKPKS, online im Internet, Stand 07.12.2023.

Land ¹³	Polizeiangehörige / 1'000 Einwohner
Deutschland	3.85
Schweden	1.92
Niederlande	3.6
Belgien	3.8
Frankreich	3.7
Schweiz	2.55 (Basel-Landschaft 1.98)

Abbildung 4: Länderübersicht Polizeiangehörige / 1'000 Einwohner.

Vergleicht man die durchschnittliche Polizeidichte in der Schweiz von 2.55 mit der entsprechenden Polizeidichte im Kanton Basel-Landschaft von 1.98, so müsste die Polizeidichte im Kanton Basel-Landschaft um 0.57 Polizisten pro 1'000 Einwohner, also total um rund 167 Mitarbeitende zunehmen, damit die Polizeidichte im Kanton Basel-Landschaft dem schweizerischen Durchschnitt entspricht.

Mitarbeitende Polizei pro 1'000 Einwohner	Wert
Schweizerischer Durchschnitt	2.55
Basel-Landschaft	1.98
Unterbstand BL gegenüber Durchschnitt Schweiz	- 0.57
Die Differenz des Bestandes aller Mitarbeitende der Polizei Basel-Landschaft zum schweizerischen Durchschnitt (bei 292'000 Einwohnern/BL¹⁴) beträgt somit 167 Mitarbeitende der Polizei.	

Abbildung 5: Polizeibestand und -dichte alle Mitarbeitenden Polizei Kanton Basel-Landschaft im Vergleich zum Schweizerischen Durchschnitt.

Doch nicht nur der Polizeibestand ist für den schweizerischen Vergleich massgeblich, sondern auch die Anzahl Straftaten auf 1'000 Einwohner pro Kanton.

¹³ Die Polizeidichte in den USA kann hier aufgrund einer anderen Polizeiorganisationsstruktur nicht verglichen werden, siehe obstehende Ausführungen.

¹⁴ Schweiz – Polizeibestand und -dichte nach Kantonen 2022 | KKPKS, online im Internet, Stand 07.12.2023

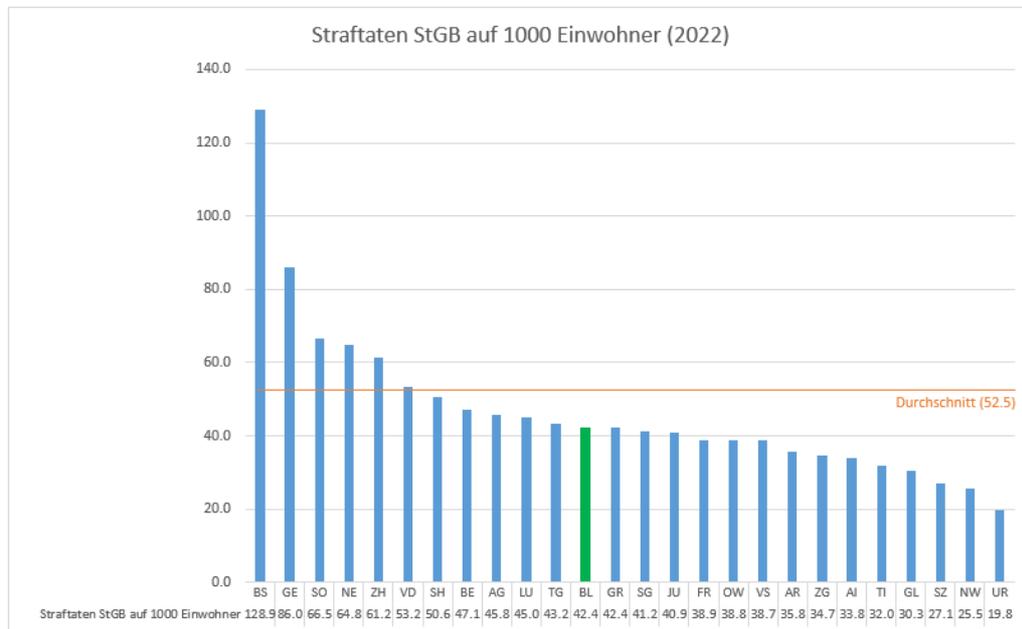


Abbildung 6: Häufigkeitszahl von Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB) in der Schweiz nach Kantonen im Jahr 2022 (Straftaten auf 1.000 Einwohner).¹⁵

Die Abbildungen 3 und 6 zeigen, dass im Kanton Baselland eine Kriminalitätsbelastung, die sich im Mittelfeld bewegt, mit der neuntiefsten Polizeidichte bewältigt werden muss. Es ist wichtig zu beachten, dass die Kriminalitätsbelastung von vielen Faktoren beeinflusst wird, wie zum Beispiel sozioökonomischen Bedingungen, demographischen Veränderungen, Bildungsniveau, politischer Stabilität und vielen anderen Faktoren. Daher ist es schwierig, eine einfache Korrelation zwischen der Polizeidichte und der Kriminalitätsbelastung herzustellen.

Zudem wurden kriminogene und kriminalprotektive soziostrukturelle Variablen (z.B. städtische, ländliche Gebiete, Bevölkerungsstruktur und Schichtung, finanzielle Aspekte etc.), geografische Einflussfaktoren (Grenzkanton, Topografie, besiedelte Fläche etc.) sowie auch interkantonale und internationale Relationen nicht mitberücksichtigt.¹⁶

Auch sagt die bloße Anzahl Straftaten noch nichts über deren Komplexität und dem damit verbundenen Strafverfolgungsaufwand aus.

Die Grafik gibt ebenfalls keine Auskunft, wie viele wichtige Aufgaben durch Mitarbeitende im Nebenamt, im Milizsystem, erledigt werden. Hinzukommen sinn- und wertvolle Dienstleistungen zugunsten des Korps, welche einen erheblichen Aufwand generieren und von Mitarbeitenden im Nebenamt erledigt werden. Das Engagement und der damit verbundene Aufwand bedingen Abwesenheiten bei den Haupttätigkeiten, die sich wiederum in einem Ressourcenmangel manifestieren.

¹⁵ Schweiz - Häufigkeit von Straftaten je Kanton 2022 | Statista, online im Internet, Stand 07.12.2023.

¹⁶ In diesem Sinne würden weiterführende Berechnungen, so auch die Bestimmung eines Mittelwerts, keinen Sinn machen.

Bei der Aufzählung der Inanspruchnahme nicht vergessen werden dürfen zudem die Einsätze im Rahmen des gesamtschweizerischen Sicherheitssystems (wie z.B. am WEF) und die Konkordats-einsätze.

6. Grundversorgung

Die polizeiliche Grundversorgung bezieht sich auf die grundlegenden Aufgaben und Funktionen der Polizei, die dazu dienen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Ziel der Grundversorgung ist es, den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung im gesamten Kanton rund um die Uhr gerecht zu werden. Die Mitarbeitenden der Polizei werden von der Bevölkerung bei verschiedensten Problemlagen und Konflikten beigezogen.

Gefordert sind eine problem- und ursachenorientierte sowie bürgernahe Polizeiarbeit, eine rasche und kompetente Reaktion bei Ereignissen und nicht zuletzt ein frühzeitiges Erkennen von Gefahren, welche die Sicherheit der Bevölkerung in irgendeiner Art und Weise gefährden könnten. Dabei kommt auch der Zusammenarbeit mit anderen Rettungsorganisationen wie Sanität oder Feuerwehr eine wesentliche Bedeutung zu. Auch der Bevölkerungsschutz des Kantons gehört diesbezüglich zu den wichtigen Partnern.

Angestrebt wird neben der Verhinderung von Straftaten aller Art vor allem auch ein hohes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Kanton Basel-Landschaft.

Zur Grundversorgung zählen sicherheits-, kriminal- und verkehrspolizeiliche Aufgaben. Polizistinnen und Polizisten werden im Alarmdienst eingesetzt, patrouillieren und sind das Erstelement vor Ort. Ihnen können Schwerpunktaufgaben zugewiesen werden. Da je länger je mehr gefordert wird, dass schnellstmöglich eine Patrouille vor Ort ist oder mehr Polizeipräsenz in den Quartieren und Dörfern gezeigt wird, ist dieser Bereich zu stärken. Brenn- und Schwerpunkten sowie dem Präventionsauftrag soll wieder verstärkt nachgegangen werden können.

Aktuell ist dies in allen Aufgabenbereichen der Grundversorgung nur noch bedingt möglich. Eine fehlende oder unzureichende polizeiliche Grundversorgung schwächt jedoch immer auch die staatliche Autorität. Die Folgen sind, dass die Polizei noch stärker als heute Prioritäten setzen muss und sich dadurch andere Kriminalitätszweige ungestört entwickeln oder auch neu etablieren können. Die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung werden aufgrund verringerter sichtbarer Präsenz im öffentlichen Raum weiter abnehmen.

Die seit längerem verzeichnete Zunahme von Delikten und die damit einhergehende Zunahme an Fallkomplexität und administrativem Abarbeitungsaufwand verstärken diesen Trend.

Zudem ist vor diesem Hintergrund davon auszugehen, dass künftig die Sicherheitsbedürfnisse vermehrt durch private Sicherheitsfirmen und Bürgerwehren wahrgenommen werden¹⁷. Sicherheit darf jedoch nicht von der Finanzkraft des einzelnen Bürgers abhängen. Der Umstand, dass sich

¹⁷ So werden beispielsweise in einigen Dörfern Bestreifungen bereits heute an private Sicherheitsunternehmen übertragen. Beispiele zu Bürgerwehren finden sich unter <https://www.luzernerzeitung.ch/basel/basel-land/burgerwehr-ahnliche-mobilisierung-anwohner-wollen-psychiatrische-wohngruppe-nicht-im-quartier-id.1500514>, «Gewerbler gründen Bürgerwehr», <https://www.bazonline.ch/svp-will-druck-auf-migrationspolitik-erhoehen-490503837304> und <https://www.bzbasel.ch/basel/baselland/autoeinbrueche-viele-autoeinbrueche-gemeinde-aesch-und-kantonspolizei-werden-jetzt-aktiv-id.2484725>, alle online im Internet, Stand 05.12.2023.

bestimmte Kreise Sicherheit kaufen können und andere nicht, hinterlässt aus rechtsstaatlicher Sicht einen unbefriedigenden Eindruck und ist nicht zu rechtfertigen.

Damit insbesondere die Präsenz im öffentlichen Raum wieder gestärkt werden kann, ist ein Ausbau der Kompetenzen (qualitativ und quantitativ) notwendig. Die Entwicklung der Zeitsaldi (Gleit- und Überzeit) 2018 bis 2022 bestätigt, dass in den operativen Bereichen die Durchschnittssaldi zugenommen haben und aufgrund der Aufgaben nur durch Verzichtsplanning kompensiert / abgebaut werden können. Der Bestand ist somit tendenziell eher zu knapp zur Sicherstellung der Grundaufgaben nach aktuellem Stand.

7. Crime Survey¹⁸

Bei der letzten Crime Survey, veröffentlicht am 18.10.2023, handelt es sich um eine repräsentative Dunkelfeldbefragung zu Opfererfahrungen, aus welcher die Anzahl der erhobenen Delikte, die Anzeigeraten und die Zufriedenheit nach einer Meldung an die Polizei für die ganze Schweiz und den Kanton Basel-Landschaft im Jahr 2022 (Einjahresprävalenz) ersichtlich wird.

Insgesamt bewegen sich die Opferraten für den Kanton Basel-Landschaft im Bereich der ganzen Schweiz: Am häufigsten betroffen ist die Bevölkerung von Betrug, Cybercrime und Fahrrad-Diebstahl. Bei den Gewaltdelikten ist die sexuelle Belästigung am häufigsten. Hervorzuheben ist die signifikant tiefere Einjahresprävalenz für Drohungen im Kanton Basel-Landschaft im Vergleich zur ganzen Schweiz. Analog zur ganzen Schweiz kommen einige Delikte, wie zum Beispiel der Autodiebstahl und der Motorrad-Diebstahl, nur sehr selten vor. Von sexueller Gewalt wurde von den Befragten im Kanton Basel-Landschaft gar nicht berichtet.

Die Anzeigeraten im Kanton Basel-Landschaft bewegen sich ebenfalls im Bereich der Raten für die ganze Schweiz. Auch hier finden sich aber substantielle Unterschiede: Während 100 % der Opfer eines Autodiebstahls einen solchen wohl aus versicherungstechnischen Gründen bei der Polizei gemeldet haben, haben dies weniger als 10 % der Opfer von sexueller Belästigung, Hate Crime oder Cybermobbing getan.

Das Vertrauen in die Polizei ist auch im Kanton Basel-Landschaft hoch, wobei sich hier – analog zu den Befragten in der gesamten Schweiz – ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern findet: Bei weiblichen Befragten ist das allgemeine Vertrauen in die Polizei höher als bei männlichen. Trotzdem fühlen sich die Befragten im Kanton Basel-Landschaft signifikant unsicherer als diejenigen in der ganzen Schweiz. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Befragten im Kanton Basel-Landschaft, die in den letzten 12 Monaten konkret Angst hatten, Opfer einer Straftat zu werden, statistisch nicht signifikant höher als in der restlichen Schweiz. Beim Vermeidungsverhalten, um nicht Opfer einer Straftat zu werden, gaben die Befragten im Kanton Basel-Landschaft signifikant häufiger an, Unterführungen zu meiden und wenn möglich die öffentlichen Verkehrsmittel nicht zu benutzen. Ebenfalls gaben die Befragten im Kanton Basel-Landschaft signifikant häufiger an, Menschenmengen oder gewisse Veranstaltungen zu meiden, um nicht Opfer eines Terroranschlages zu werden. Umgekehrt ist der Anteil der Befragten signifikant tiefer, die angeben, sich so wie immer zu verhalten.

¹⁸ [Crime Survey 2022 – Grosses Vertrauen in die Polizei Basel-Landschaft — baselland.ch, https://www.kkpk.ch/de/meldungen/crime-survey-2022-hohes-vertrauen-in-die-polizei-%E2%80%93-erst-mals-zahlen-zu-hate-crime-292](https://www.kkpk.ch/de/meldungen/crime-survey-2022-hohes-vertrauen-in-die-polizei-%E2%80%93-erst-mals-zahlen-zu-hate-crime-292), beide online im Internet, Stand 05.12.2023.

Die Beurteilung der Kriminalitätsbekämpfung durch die Polizei und die allgemeine Benotung der Polizeiarbeit unterscheidet sich nicht signifikant zwischen der ganzen Schweiz und dem Kanton Basel-Landschaft. Die Zufriedenheit mit der Polizei nach einer Meldung schwankt je nach Delikt stark, ebenso im Vergleich zwischen der Schweiz und dem Kanton Basel-Landschaft.¹⁹

Einen signifikanten, quantitativ begründeten Unterschied zwischen der Schweiz und dem Kanton Basel-Landschaft findet man hingegen bezüglich der Polizeipräsenz. Im Kanton Basel-Landschaft wird im gesamtschweizerischen Vergleich häufiger angegeben, dass die Polizeipräsenz in den letzten drei Jahren abgenommen habe und dass die Polizei zu wenig präsent sei in der Öffentlichkeit.

Das Vertrauen in staatliche Institutionen und insbesondere in die Polizei ist als Grundvoraussetzung für die Legitimität und Effektivität ihres Handelns anzusehen, da es die Basis von Einwilligung in und Kooperation mit dem staatlichen Gewaltmonopol darstellt. Gerade im Kontext polizeilicher Arbeit ist es von besonderer Bedeutsamkeit, da die Polizei insbesondere auf Informationen und Hilfe aus der Bevölkerung angewiesen ist.

Gerade mit Blick auf die aktuelle, kritische, gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Staat bzw. Polizei und Gesellschaft bzw. gesellschaftlichen Gruppen wird dieses Thema zukünftig von besonderer Relevanz sein. Diverse Studien haben gezeigt, dass die Wahrnehmung von Interaktionen mit der Polizei wesentlich zur Vertrauensbildung in diese beitragen. Es kann also gefolgert werden, dass eine erlebte Behandlung durch die Polizei, welche als zufriedenstellend wahrgenommen wird, zu einem höheren Vertrauen in die Polizei führt. Dementsprechend ist die Polizei mit ausreichenden Ressourcen auszustatten, damit sie ihre Arbeit zur Zufriedenheit der Bürger ausführen und damit wiederum vertrauensbildend wirken kann.

8. Gesellschaftliche Komponenten

Unsere Gesellschaft verändert und entwickelt sich permanent. Auch die Sicherheits- und Bedrohungslage (siehe aktuell Ukraine, Nahost, Entwicklungen Westafrika) ist keine statische Grösse, sondern verändert sich laufend und kann sich intensivieren und in Zukunft weiter verstärken. Weder im nationalen noch im internationalen Forschungsumfeld lassen sich entsprechende wissenschaftlich abgestützte Untersuchungen bezüglich solcher Kriminalitätsprognosen finden. So bleibt letztendlich nur der Versuch, die zukünftige Entwicklung aufgrund der Ergebnisse der strategischen Analyse zur Entwicklung der Kriminalität in den Jahren 2018 -2022 möglichst systematisch zu antizipieren und neben den Dynamiken in Bezug auf die Kriminalität auch die sich verändernde Bevölkerungsstruktur möglichst mit zu berücksichtigen.²⁰

¹⁹ Hier gilt es jedoch die insgesamt tiefen Fallzahlen zu bedenken, welche dazu führen, dass die Unterschiede statistisch nicht signifikant sind und man einzelne Unterschiede zwischen der ganzen Schweiz und dem Kanton Basel-Landschaft nicht überinterpretieren sollte.

²⁰ Zu den Bevölkerungsentwicklungsprognosen siehe [Szenarien zur Bevölkerung - Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#). In den nächsten 30 Jahren wird sich die Alterspyramide verändern. Gemäss allen Szenarien auf nationaler und kantonaler Ebene verbreitert sich die Spitze der Alterspyramide allmählich, da die Babyboom-Generationen in die höheren Altersklassen eintreten. Der Anteil der Personen ab 65 Jahren steigt schneller an als die Anteile der anderen Altersklassen.

In allen drei Szenarien übersteigt die Anzahl Todesfälle die Anzahl Geburten in absehbarer Zukunft. Wann dies genau geschieht, hängt von der Fruchtbarkeit, der Sterblichkeit und der Anzahl Frauen im gebärfähigen Alter ab.

8.1. Demografische Aspekte²¹

Ganz generell lässt sich feststellen, dass insbesondere junge männliche Personen einen überproportional hohen Anteil am kriminellen Geschehen haben: Sie begehen überdurchschnittlich viele Straftaten²², sind aber auch häufiger Opfer²³. Die älteren Menschen hingegen weisen eine hohe Kriminalitätsfurcht und ein geringes Sicherheitsgefühl auf und praktizieren daher oftmals ein Vermeidungsverhalten. Dies hat zur Folge, dass ihre Beteiligung als Täter oder Opfer in der Regel derzeit unterdurchschnittlich ist. Zudem ist zu beachten, dass bestimmte Delikte von den jeweiligen Entwicklungsstadien der Täterschaft, aber auch von protektiven Faktoren, wie beispielsweise einer geregelten familiären Situation und einer stabilen Einkommenssituation abhängen.

Im Detail sieht die demografische Prognose für den Kanton Basel-Landschaft wie folgt aus: Die Wohnbevölkerung wird von 2023 – 2033 um ca. 7% weiterwachsen.²⁴ Anders sieht es bei der älteren Wohnbevölkerung aus. Die demografische Entwicklung zeigt, dass die Bevölkerungsgruppe der 65-jährigen und älteren Personen im Kanton Basel-Landschaft von 2023 bis 2033 um etwas mehr als 23% zunehmen wird.²⁵ Daher ist der Anpassungsbedarf polizeilicher Massnahmen an eine alternde Gesellschaft zu bedenken. Die Literatur ist sich nicht einig über die Auswirkung des Alterns auf die Kriminalität.

Zwar sind ältere Menschen bezogen auf ihre Viktimisierung bei den meisten Straftaten deutlich unterrepräsentiert, jedoch in einigen Bereichen, wie z.B. bei den Eigentums- und Vermögensdelikten, anteilmässig stärker vertreten, was bereits heute organisierte Täter als Einnahmequelle erkannt haben (Enkeltrick, falso polizia-Phänomen). Besonders wohlhabende, isolierte oder pflegebedürftige Senioren bilden lukrative und einfache Ziele für die Täterschaft und somit eine wachsende Gruppe von potentiellen Opfern. Auch könnten Misshandlungen und Vernachlässigungen von hochbetagten Pflegebedürftigen inskünftig unter Umständen eine Rolle spielen.

Unabhängig davon, ob die Senioren Täter oder Opfer sind, wird der Aufwand für die Bearbeitung derartiger Delikte zunehmen. Verschiedene Demenzformen und altersbedingt eingeschränkte Aussage-, Wahrnehmungs- und Gedächtnisleistungen bedingen höheren Ermittlungsaufwand. Für Erkenntnisgewinne sind mehr Fragen, aber auch ein höherer Zeitbedarf notwendig, welcher wiederum Ressourcen binden wird. Durch Zeitdruck und Personalmangel wird dies nur sehr schwer zu bewerkstelligen sein.

Die Migrationsbewegungen haben ebenfalls einen direkten Einfluss auf das Bevölkerungswachstum der kommenden 30 Jahre in der Schweiz und in den Kantonen. Die Entwicklung der Ein- und Auswanderung hängt mit der wirtschaftlichen Situation der Schweiz zusammen.

²¹ Zu den ethnischen Aspekten siehe Ziff. 8.4.

²² [Strafgesetzbuch \(StGB\): Gewaltstraftaten und beschuldigte Personen - 2009-2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#).

²³ [Strafgesetzbuch \(StGB\): Gewaltstraftaten und geschädigte Personen - 2009-2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#).

²⁴ [Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone der Schweiz 2020-2050 - Ständige Wohnbevölkerung nach Kanton gemäss 3 Szenarien - 2020-2050 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#), Annahme hohes Szenario.

²⁵ [Szenarien zur Bevölkerung - Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#), Annahme hohes Szenario.

8.2. Trendverändernde Ereignisse

Doch selbst wenn all diese Faktoren so gut wie nur möglich mitberücksichtigt werden, ist – gerade in Anbetracht der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Weltlage – immer noch mit unvorhersehbaren trendverändernden Ereignissen zu rechnen, welche einen negativen Einfluss auf die Sicherheitslage haben werden.

Führt man sich die gesellschaftliche Entwicklung in der jüngeren Zeit vor Augen, so kann – gerade mit dem heutigen Beispiel des Ukrainekrieges und dem Nahostkonflikt und der aktuellen (mit dem Krieg einhergehenden) Inflation – festgestellt werden, dass die Schere zwischen arm und reich weiter auseinandergehen kann. Der klassische Mittelstand wird an Bedeutung verlieren, zumal viele heutige «Mittelständer» in den Bereich von «arm» abzurutschen drohen. Weitere Faktoren wie die Weiterentwicklung der Mobilität, eine zunehmende Migration, sei dies aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, eine Verschiebung des Wertewandels, die Auswirkungen technischer Erneuerungen oder der zunehmenden Automatisierung mit einhergehender steigender Arbeitslosigkeit tragen dazu bei, dass soziale Brennpunkte entstehen können, sich eine «Ich habe eh keine Zukunftschance»-Gesellschaft etabliert und ein Anstieg der Kriminalität zu beobachten sein wird. Insbesondere im Bereich der Kriminalität werden sich extreme Ausprägungsformen wie Gewalt- und Rauschgiftkriminalität verschärfen, so wie dies bereits heute in Brennpunktvierteln und/oder Agglomerationsgemeinden grosser deutscher und französischer Städte der Fall ist.

Diese Entwicklungen werden auch die Polizeiorgane der Kantone vor Herausforderungen stellen und die Frage der personellen Ressourcen akzentuieren.²⁶ Bei den technischen Entwicklungen ist zwischen der zunehmenden Automatisierung der Arbeitsplätze und der laufenden Weiterentwicklung des Bereichs digitale Kriminalität zu unterscheiden. Beide Bereiche dürften die Polizeikörper vor immer neue Herausforderungen stellen. Ob die zunehmende Automatisierung von Arbeitsplätzen mittel- und langfristig zu einem deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen und entsprechender Arbeitslosigkeit führt, ist aktuell noch umstritten. In einem Artikel der Zeitung «Die Zeit» (22.01.2016)²⁷ steht: Während etwa Sozialarbeiter oder Handwerker weniger gefährdet sind, ist das Risiko, ersetzt zu werden, für Beschäftigte in den Bereichen Finanzen, Verwaltung, Logistik, Spedition und vor allem Produktion enorm hoch. Es gibt Studien die zum Schluss kommen, dass bis im Jahr 2030 von einer deutlichen Reduktion von Arbeitsplätzen in verschiedenen Sektoren auszugehen ist. Können diese Arbeitsplätze nicht durch neue Unternehmenszweige aufgefangen werden, droht eine erhöhte Arbeitslosigkeit mit möglichen Auswirkungen auf die (regionale) Kriminalität.

8.3. Wachsende Extremismus-Tendenzen / Reichsbürger / Staatsleugner

Generell ist eine wachsende Extremismus-Tendenz (REX, LEX, MEX²⁸) feststellbar. Die LEX-Gruppierung «Jugend gegen Unterdrückung Liestal», die REX-Gruppierung «Junge Tat» aber

²⁶ Überprüfung des Personalbestands der Kantonspolizei Bern - Bericht des Regierungsrates in Erfüllung der Motion 138-2016 Wüthrich (Huttwil, SP), online im Internet, Stand 03.10.2023.

²⁷ Arbeitsmarkt: Immer mehr Arbeitnehmer von Armut bedroht | ZEIT ONLINE, online im Internet, Stand 03.10.2023.

²⁸ Rex = Rechtsextremismus, LEX = Linksextremismus, MEX = gewalttätiger monothematischer Extremismus.

auch Splittergruppen beider Lager fassen zunehmend Fuss. Diese sind dank der digitalen Kommunikation bestens vernetzt und können zumindest interkantonal auf wachsende Unterstützung bauen. Dementsprechend sind die Delikte und Vorkommnisse in diesem Bereich angestiegen.^{29,30}

Man spricht von einem eigentlichen Megatrend der Konnektivität, welcher sich auf die neue Organisation in Netzwerken bezieht. Interaktive Medien ermöglichen das Senden und Empfangen von Informationen, wodurch ein umfassendes Netzwerk entsteht, womit die Konnektivität eine neue Stufe erreicht hat. Dieser vordergründig technologische Wandel hat beträchtliche Auswirkungen im sozialen Bereich. Die rasche und unmittelbare Mobilisierung von grossen Menschenmassen über die sozialen Medien stellt eine Herausforderung für die Polizei dar.

Es sind schon vermehrt Demonstrationen und OD-Einsätze festzustellen, wobei zu bemerken ist, dass die Hemmschwelle zur Gewaltausübung, auch gegenüber Polizeiangehörigen und Behörden, ganz generell abgenommen hat. Teilweise bildeten sich «Hotspots», von denen aus wiederum Delikte begangen werden. Aufgrund der schieren Anzahl von anwesenden Personen ist ein polizeiliches Eingreifen oft kaum möglich oder wird unter erheblichem Risiko durchgeführt.³¹

Neuartig ist auch das Phänomen der sogenannten Reichsbürger und Staatsleugner. Diese anerkennen die amtlichen Anweisungen nicht und sind dadurch teilweise bereits mehrfach mit der Polizei in Kontakt gekommen. Nicht anerkannte Führerausweisentzüge oder Aufforderungen des Betriebsamts resultieren in Aufträgen für die Polizei. Diese Fälle gab es schon immer, wobei bisher mehrheitlich Personen aus unorganisierten oder finanziell angespannten Verhältnissen anzutreffen waren. Im Extremismusbereich dürfte sich die Problematik der Staatsverweigerer in Zukunft akzentuieren.³² Die Idee, dass die individuelle Souveränität anstelle der herrschend gesellschaftlichen und politischen Ordnung wieder herzustellen sei, trägt viel Konfliktpotential in sich. Durch die Ablehnung des geltenden Rechts, die Nicht-Anerkennung des Staates und daraus resultierend die Ablehnung jeder staatlichen Autorität verbinden und vernetzen sich diverse Subgruppen dieser Gesinnungsrichtung. Neben Rechtsextremisten und Geschichtsrevisionisten dürften Querulanten, eher instrumentell motivierte Mitläufer (die z.B. der Ideologie folgen, um Steuern zu sparen), ausgeprägte Verschwörungstheoretiker, psychisch kranke Personen, Milieumanager³³ und Profiteure zu dieser Gruppe zählen, wobei noch nicht erforscht worden ist, wie sich die Phänomenologie in der Schweiz genau gestaltet. In Deutschland spricht man von einer «Radikalisierung» in der zwei-

²⁹ An dieser Stelle wird auf den Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus vom 04.12.2017 und die darin festgehaltenen Massnahmen und daraus resultierenden Verpflichtungen für die Polizei verwiesen.

³⁰ Vergleiche dazu den NDB-Lagenbericht 2023, S. 45 ff., [NDB-Lagebericht-2023-d.pdf](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

³¹ Beispiele für Ereignisse sind: [Aktivisten besetzen Cheddite-Areal in Liestal erneut | Baseljetzt, Eptingen BL - Tierschutz-Aktivisten besetzen Hühnerstall – 14 werden angezeigt \(bzbasel.ch\)](#), [Reichsbürger in Hölstein BL: Beim Leuenberg entsteht ein Seminarzentrum - 20 Minuten](#), alle online im Internet, Stand 03.10.2023.

³² Siehe dazu Baier D., Staatsverweigerer in der Schweiz, ZHAW, 2023, online im Internet: [Staatsverweigerer in der Schweiz – eine empirische Annäherung \(zhaw.ch\)](#), Stand 23.05.2023.

³³ Milieumanager bewegen sich in der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene. Sie verfolgen vornehmlich finanzielle Interessen und versuchen, mit den Ansichten der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lukrative Geschäfte zu machen, indem sie Fantasiedokumente, aber auch CDs, Bücher und sonstiges Material verkaufen. Einige bieten sogar Geldanlagen an. Vor allem in Deutschland erzielen zahlreiche „Milieumanager“ mit teuren, aber wertlosen Szeneschulungen und „Rechtsberatungen“ erhebliche Einnahmen. Siehe dazu [„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ \(verfassungsschutz.de\)](#), online im Internet, Stand 09.06.2023.

ten Lebenshälfte: Ehemals unauffällige Menschen, welche sich aufgrund einer misslichen Lebenssituation³⁴ im Internet und den Sozialen Medien nach Informationen kundig machen, stossen dabei auf diese Ideologien, welche es ihnen erlauben, Schuldige für ihre missliche Situation auszumachen. Dies führt wiederum zu Weigerungen, entsprechenden Verpflichtungen gegenüber dem Staat nachzukommen und zieht somit weitere Konflikte nach sich. Diese neuen Konflikte wiederum befeuern das individuelle Empfinden, im Recht zu sein, was die Betroffenen immer näher an die Ideologien heranführt – eine Abwärtsspirale, die kaum zu stoppen sein wird. Erschwerend kommt dazu, dass die Reichsbürgerbewegung in Deutschland verboten ist und daher mit einem fortschreitenden Auftreten im grenznahen Kanton Basel-Landschaft gerechnet werden muss.

«Die typische Aktionsform ist die Vielschreiberei, auch Papierterrorismus genannt. Es werden ausufernde, pseudojuristische Schreiben verfasst, in denen die Weigerung, Bussen, Steuern usw. zu zahlen, begründet wird. Eine nächste Eskalationsstufe ist, wenn die unmittelbare Konfrontation durch Anrufe oder das persönliche Erscheinen bei Behörden erfolgt. Auch die Einschüchterung der Behörden mittels Finanzforderungen (sog. Malta-Masche) zeigt sich immer wieder, wie auch das Erstellen von Fantasiedokumenten. Primäres Ziel der Aktionsformen ist, die Arbeit der Behörden zu blockieren. Obwohl es sich bei den Aktionsformen meist nicht um Gewalt handelt, wenn überhaupt, dann um verbal aggressives Verhalten, ist eine weitere Eskalation hin zu physischen Gewalthandlungen nicht auszuschliessen. So ist die Position der Ablehnung des Staates und des Rechtssystems mit einem Anspruch auf Selbstverteidigung gekoppelt. Gerade im Zuge von Vollstreckungshandlungen können dann weitere Gewalthandlungen gegen die vollstreckenden Personen zur Anwendung kommen».³⁵

Diese Ausführungen gelten auch für den Kanton Basel-Landschaft. Tendenziell ist damit zu rechnen, dass die Gruppe der potentiellen Staatsverweigerer und damit verbunden der Aufwand für die polizeiliche Grundversorgung (z.B. polizeiliche Begleitung bei der Zustellung von Gerichtsurkunden, bei der Zustellung von Betreibungen, aber auch durch die Pflicht zur Beantwortung von Beschwerden und übrigen Dokumenten) schon alleine wegen der beschriebenen zirkulären Ausgestaltung des Phänomens auch in Zukunft ansteigen wird.

Zu diesen dazu kommen nun noch die Reichsbürger, welche nicht selten aus sehr geordneten Verhältnissen stammen, jedoch nicht weniger gewaltbereit sein können.

8.4. Ethnische Aspekte

Was sich über die Jahre ebenfalls immer wieder änderte, sind die Häufigkeit verschiedener polizei-relevanter Phänomene und damit verbunden Täter unterschiedlicher Ethnien. Während die Zunahme im Zeitraum vom 2018 – 2022 bei den beschuldigten Schweizern 86.6% betrug, liess sich bei den asylsuchenden Beschuldigten in derselben Bemessungsperiode ein enormer Anstieg um 207.8% feststellen.

³⁴ Zu denken ist beispielsweise an Furcht vor Altersarmut, Probleme in der Partnerschaft nach dem Auszug der Kinder, mangelnde soziale Einbindung nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess, Vereinsamung und daraus resultierende Unzufriedenheit, negatives Bilanzergebnis nach Analyse der eingetretenen Lebenssituation, etc.

³⁵ Bayer, a.a.O., S. 3.

Der Wachstumstrend der Bevölkerung, verstärkt durch die Migrationslage, wird sich fortsetzen. Eine höhere Bevölkerungsdichte verstärkt indes das Konfliktpotential und somit auch den anfallenden polizeilichen Aufwand auf vielfältige Weise. Die Zunahme von Streitigkeiten, Übergriffen, Gewalttätigkeiten, Lärm, Hilfeleistungen, Unfällen und Strassenverkehrsdelikten ist vor diesem Hintergrund unausweichlich.

8.5. 24-Stunden-Gesellschaft und Konfliktregulierung

Das Zusammenleben entwickelt sich immer mehr in Richtung einer 24-Stunden-Gesellschaft und der öffentliche Raum wird stärker beansprucht. Vielfältige Freizeit-, Unterhaltungs- und ÖV-Angebote, längere Öffnungszeiten der Geschäfte und Restaurants sowie veränderte Arbeitszeiten tragen hierzu bei. Je mehr flexible Arbeitszeiten angeboten werden, desto mehr verschiebt sich der Lebensrhythmus eines Teils der Bevölkerung in die Nacht; ein Trend, welcher vor allem bei jungen Personen erkennbar ist. Verbunden damit wird sich auch die Tendenz fortsetzen, bereits bei niederschweligen, oftmals substanzinduzierten Vorkommnissen die Polizei zur Konfliktlösung beizuziehen. Auch wenn es sich dabei zu einem grossen Teil um niederschwellige Interventionen handelt, hat die Polizei im Rahmen des Grundauftrags, der Aufrechterhaltung, Wiederherstellung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung, zu handeln.

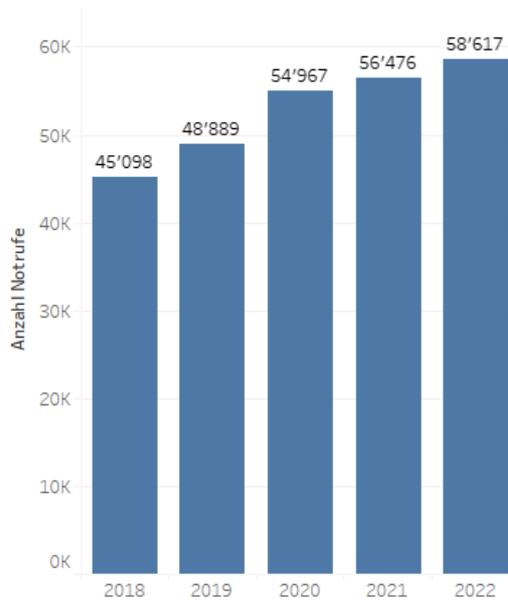
Doch nicht nur aufgrund der 24-Stunden-Gesellschaft, sondern ganz generell wird die Polizei immer häufiger zu alltäglichen Konfliktbeilegung beigezogen. Durch die zunehmende Individualisierung muss das Konfliktbeilegungsbedürfnis mangels sozialer Eingebundenheit durch die Polizei befriedigt werden. Der Ruf nach der Polizei bereits bei niederschweligen Vorkommnissen muss in diesem Zusammenhang als eigentliche Strategie der Individuen zur Konfliktaustragung verstanden werden.

Auf der anderen Seite ist jedoch trotz der vermehrten Inanspruchnahme der Polizei der Respekt gegenüber den Polizeiangehörigen und anderen Behördenmitgliedern in den letzten Jahren merklich gesunken. Nicht selten solidarisieren sich völlig Unbeteiligte mit Personen, die von der Polizei kontrolliert werden. Es kommt neben verbalen Attacken, immer häufiger auch zu tätlichen Übergriffen auf die im Einsatz stehenden Polizistinnen und Polizisten. Dieses Phänomen stellt die Polizei schweizweit vor eine grosse Herausforderung. Erschwerend hinzu kommt, dass sich gewaltbereite Personen über die sozialen Medien sehr schnell organisieren und mobilisieren können.

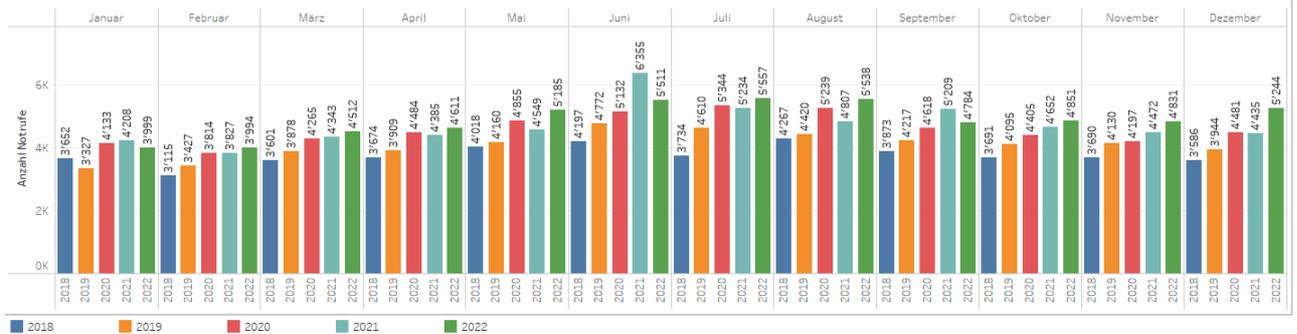
Eine steigende Anzahl Fälle haben zudem keinen direkten Bezug zur Strafverfolgung, sondern sind im Bereich der Sicherheit anzusiedeln. Als Beispiele wurde mehrfach die Unterstützung der Polizei bei fürsorglichen Unterbringungen oder bei medizinischen Ereignissen (z.B. Unterstützung der Psychiatrie bei der Medikamentenabgabe) genannt. Diverse Statistiken weisen einen massiven Anstieg der psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft aus. Diese wiederum generieren zumindest anteilmässig einen deutlichen Mehraufwand für die Polizei, welcher nicht zuletzt auch aus Wartezeiten bis zu mehreren Stunden auf die Notfallpsychiater bzw. die mobilen Ärzte besteht, in denen der Kranke gesichert werden muss. Es konnte, je nach geografischer Lage, eine Zunahme von medizinischen Einsätzen festgestellt werden. Oft werden Patrouillen der Polizei in Anwendung der polizeilichen Generalklausel für die Erstbetreuung (Reanimationen, Schnittverletzungen, Einweisung der Rega etc.) beigezogen. Die Einsätze dauern länger, da die Verarbeitung (Rapportierung) komplexer geworden ist. Die Patrouillen bleiben länger besetzt und fahren nach dem Einsatz zurück zu ihrer Basis. Für die ELZ ist der markante Anstieg des administrativen Aufwandes der Sicherheitspolizei und der Kriminalpolizei im Bemessungszeitraum spürbar geworden. So müssen beispielsweise Verkehrsunfälle oft aufgrund fehlender Ressourcen durch die ELZ am Telefon erledigt oder Spurensicherungen als Termingeschäfte vereinbart werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Zunahme der Notrufe auf die Nummern 112, 117 und 118 zu betrachten, welche in den Jahren 2018 – 2022 um insgesamt rund 30% zugenommen haben.

Notrufe in den Jahren 2018-2022



Notrufe nach Monate Jahr Alle (Notrufnummer: Alle)



Abbildungen 7 und 8: Entwicklung der Notrufe 2018 – 2022, Quelle: ELZ.

Die Steigerung der Notrufe zeigt sich ebenso konstant in der Betrachtung über den Tagesverlauf (24 Stunden Betrachtung, höchste Lasten von 15:00 – 19:00 Uhr).

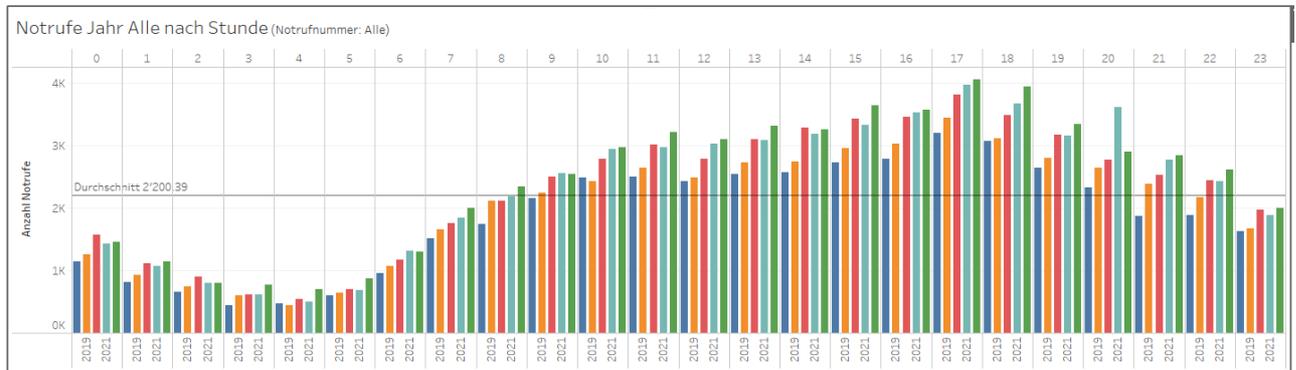


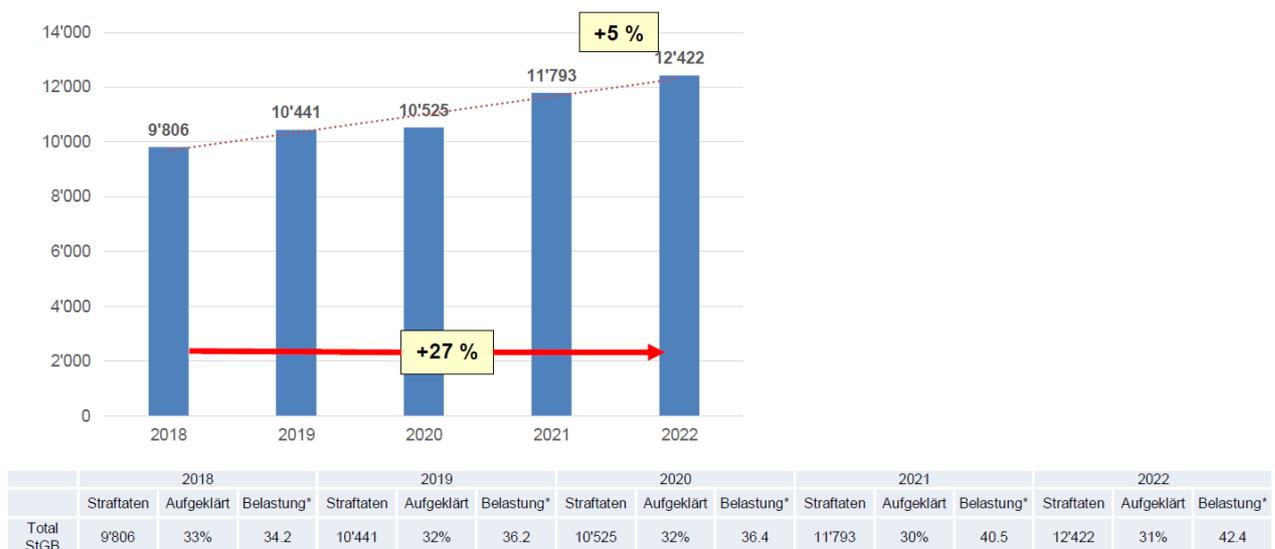
Abbildung 9: Entwicklung der Notrufe nach Stunden, Quelle: ELZ.

Die Steigerung zeigt sich über die Jahre auch an den Wochentagen. So weisen alle Wochentage eine Steigerung aus, mit Ausnahme des Freitags, welcher als Spitzenreiter einen leichten Rückgang verzeichnet. Stark aufgeholt hat der Mittwoch.

B. Kriminalitätsphänomene und Entwicklungen

9. Entwicklung der Fallzahlen allgemein und in der Allgemeinen Ermittlung (AED)

Gemäss PKS ist seit 2018 im Kanton Basel-Landschaft eine stetige Zunahme der Anzahl Straftaten festzustellen:



*Der Häufigkeitswert entspricht der Zahl der Straftaten, die insgesamt oder auf einen einzigen Gesetzesartikel registriert wurden, bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. (PKS 6.3.5)

Abbildung 10: Mehrjahresvergleich Straftaten StGB. Quelle: PKS.

Von 2018 bis 2022 stieg die Anzahl Straftaten jedes Jahr durchschnittlich um 5% an, was einer jährlichen durchschnittlichen Steigerung um 658 Straftaten entspricht. Im Jahr 2022 ist die Anzahl Straftaten im Vergleich zum Jahr 2018 um 27% gestiegen. Dies entspricht 2616 Straftaten.

Dieser Anstieg spiegelt sich beim Allgemeinen Ermittlungsdienst wie folgt wider (Stand Oktober 2022; November 2022 provisorisch erfasst).

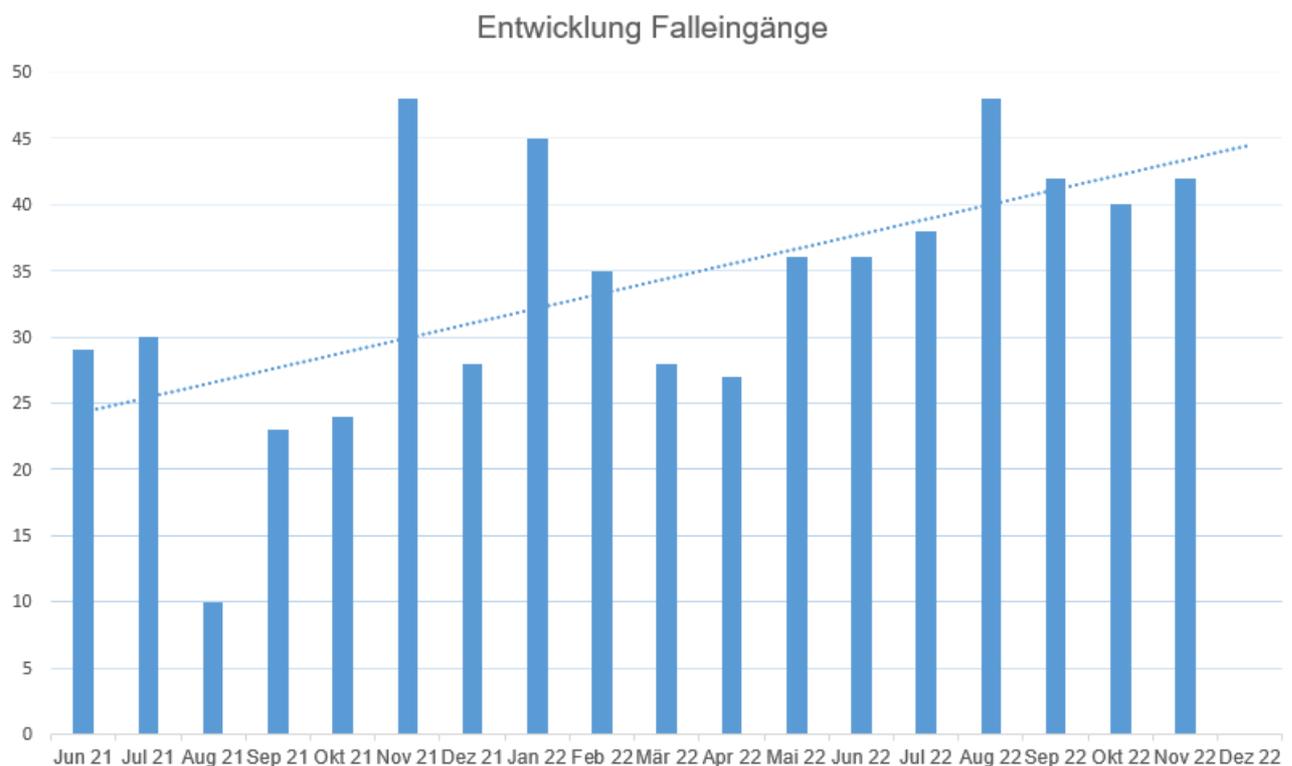


Abbildung 11: Übersicht Fallentwicklung AED, Quelle: GKPOL, AED.

Vor allem ist bemerkenswert, dass die Fälle beim AED seit der Neustrukturierung der Ermittlung³⁶ im Zeitraum vom Dezember 2021 bis zum November 2022 total um knapp 36% zugenommen haben. Vergleicht man den Zeitraum von Juni 2021 bis November 2021 mit derselben Zeitspanne vom Juni 2022 bis November 2022 (jeweils 5 Monate), zeigt sich gemäss GKPOL³⁷ sogar eine Zunahme der Fallzahlen von knapp 76%.

³⁶ Vor Dezember 2021 AED 1, AED 2 und SED-StGB-Team, danach Zusammenlegung zum AED.

³⁷ Geschäftskontrolle der Polizei.

Die Pikettfälle³⁸ des AED haben vom Dezember 2021 bis zum November 2022 um insgesamt 146% zugenommen.

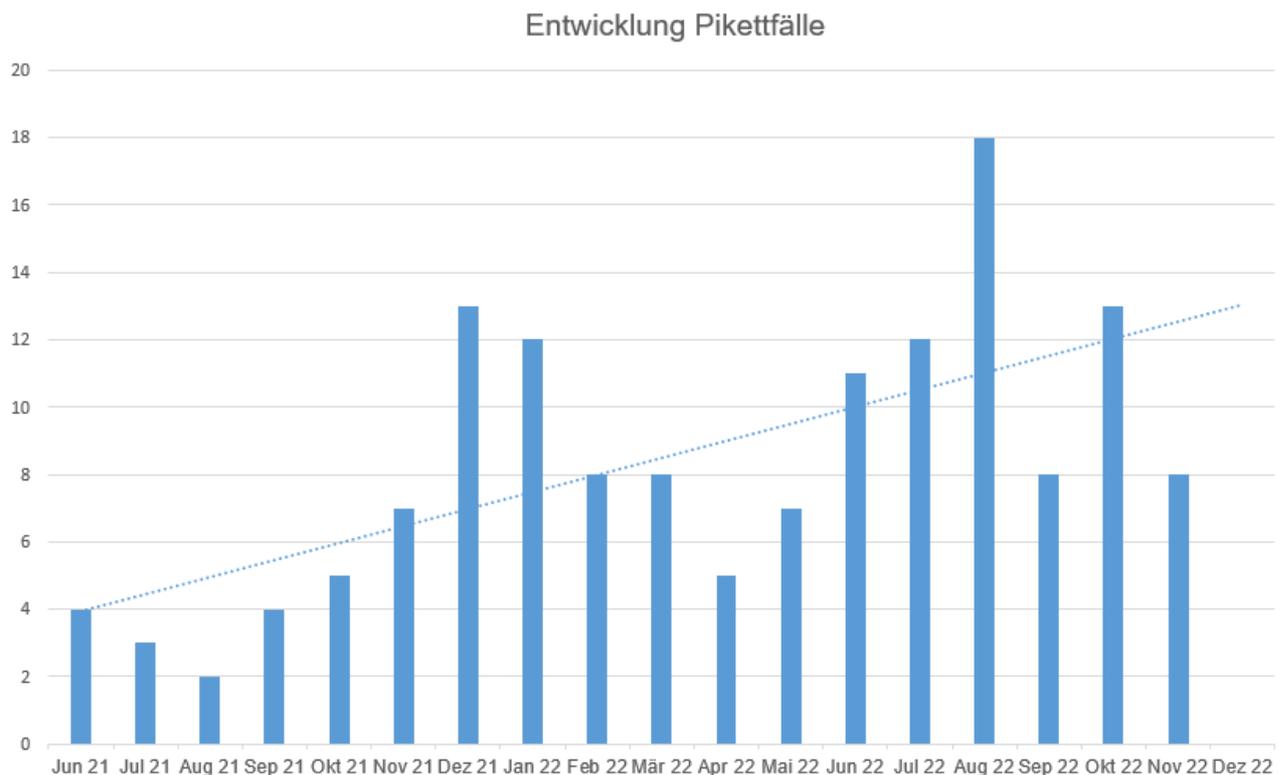


Abbildung 12: Übersicht Fallentwicklung Pikettfälle AED, Quelle: AED, GKPOL.

Vergleicht man die Pikettfälle im Zeitraum von Juni 2021 bis November 2021 mit derselben Zeitspanne vom Juni 2022 bis November 2022 (jeweils 5 Monate), zeigt sich gemäss GKPOL (Geschäftskontrolle) sogar eine Zunahme von knapp 245%.

³⁸ Der allgemeine Ermittlungsdienst stellt täglich ein 24/7-Pikett, welches aus jeweils 2 Mitarbeitenden besteht (1. Pikett & 2. Pikett). Das Ermittlungs-Pikett wird für sämtliche kriminalpolizeiliche Belange durch das Kader-Pikett oder die Einsatzleitzentrale aufgeboden und ist die einzige Rückfallebene für die Sicherheitspolizei. Die Aufgaben des Ermittlungspiketts umfassen beispielsweise Ermittlungs- und Abklärungstätigkeiten, Erhebungen der vorliegenden Sachverhalte, das Durchführen von Einvernahmen, Erstangriffe im Generellen, etc. Weiter ist das aufgebodene Ermittlungspikett anschliessend in der Regel zuständig für die weitere Bearbeitung der Fälle.

Auch die Aufträge der Staatsanwaltschaft an die Ermittlung haben vom Dezember 2021 bis zum Oktober 2022 um 5.5% zugenommen:

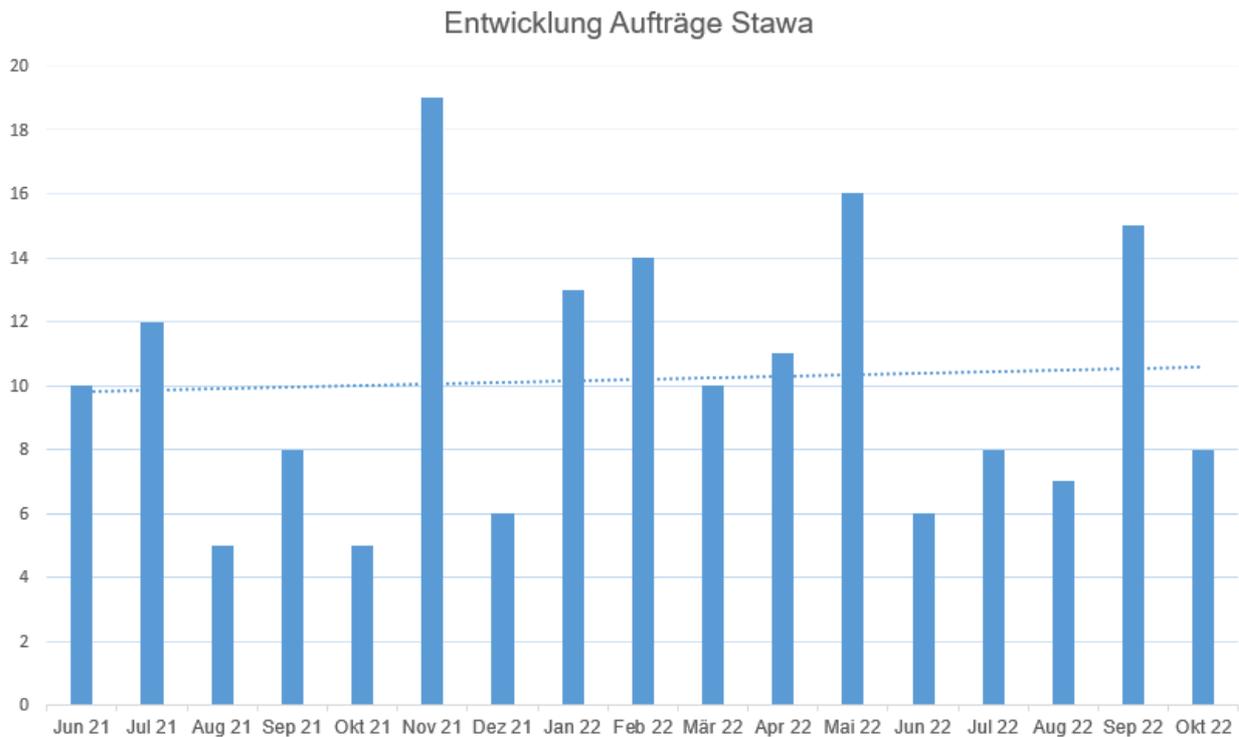


Abbildung 13: Übersicht Auftragsentwicklung Stawa – AED, Quelle: AED, GKPOL.

Berücksichtigt man auch hier den Systemwechsel beim AED, so resultiert aus dem Vergleich des Zeitraums vom Juni 2021 bis November 2021 mit dem Zeitraum vom Juni 2022 bis November 2022 (jeweils 5 Monate) eine Fallzunahme von 10%.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich dieser Mengenzuwachs mit den bestehenden Personalressourcen nicht mehr bewältigen lässt. Schon heute sind Priorisierungen und Rückstellungen unabdingbar, was jedoch nicht zur Problemlösung beiträgt, da sich die zurückgestellten Fälle zusehends anhäufen.

10. Entwicklungen in den Bereichen Vermögensdelikte und Cybercrime

10.1. Entwicklungen im Bereich der Vermögensdelikte

Der deutlich grösste Anteil der Straftatbestände zwischen 2018 und 2022 ist im Bereich Vermögen zu verzeichnen. Dabei stieg die Anzahl Straftaten zwischen 2018 und 2022 um insgesamt 30% an.

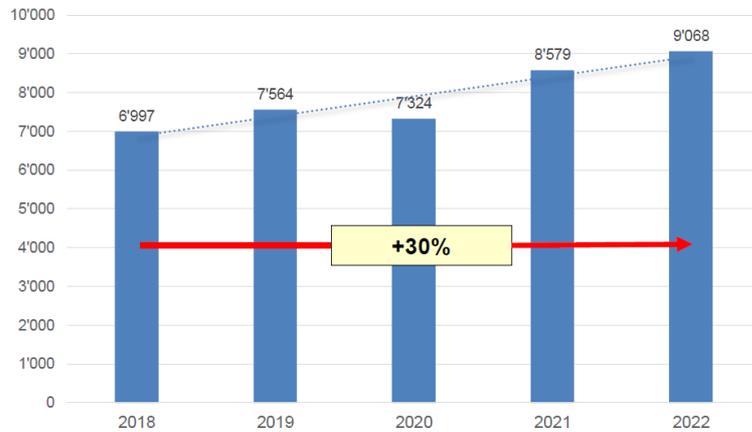


Abbildung 14: Entwicklung Vermögensdelikte, Quelle: PKS.

Dafür verantwortlich sind vor allem die Massendelikte, wie Fahrzeugdiebstahl³⁹ (Zunahme von 2018 – 2022 um 61.7%), Betrug, Betrügerischer Missbrauch DVA, Diebstahl ab/aus Fahrzeug, Diebstahl, Ladendiebstahl und Einschleichdiebstahl.

³⁹ Gemäss Richtlinien PKS inklusiv Entwendung zum Gebrauch.

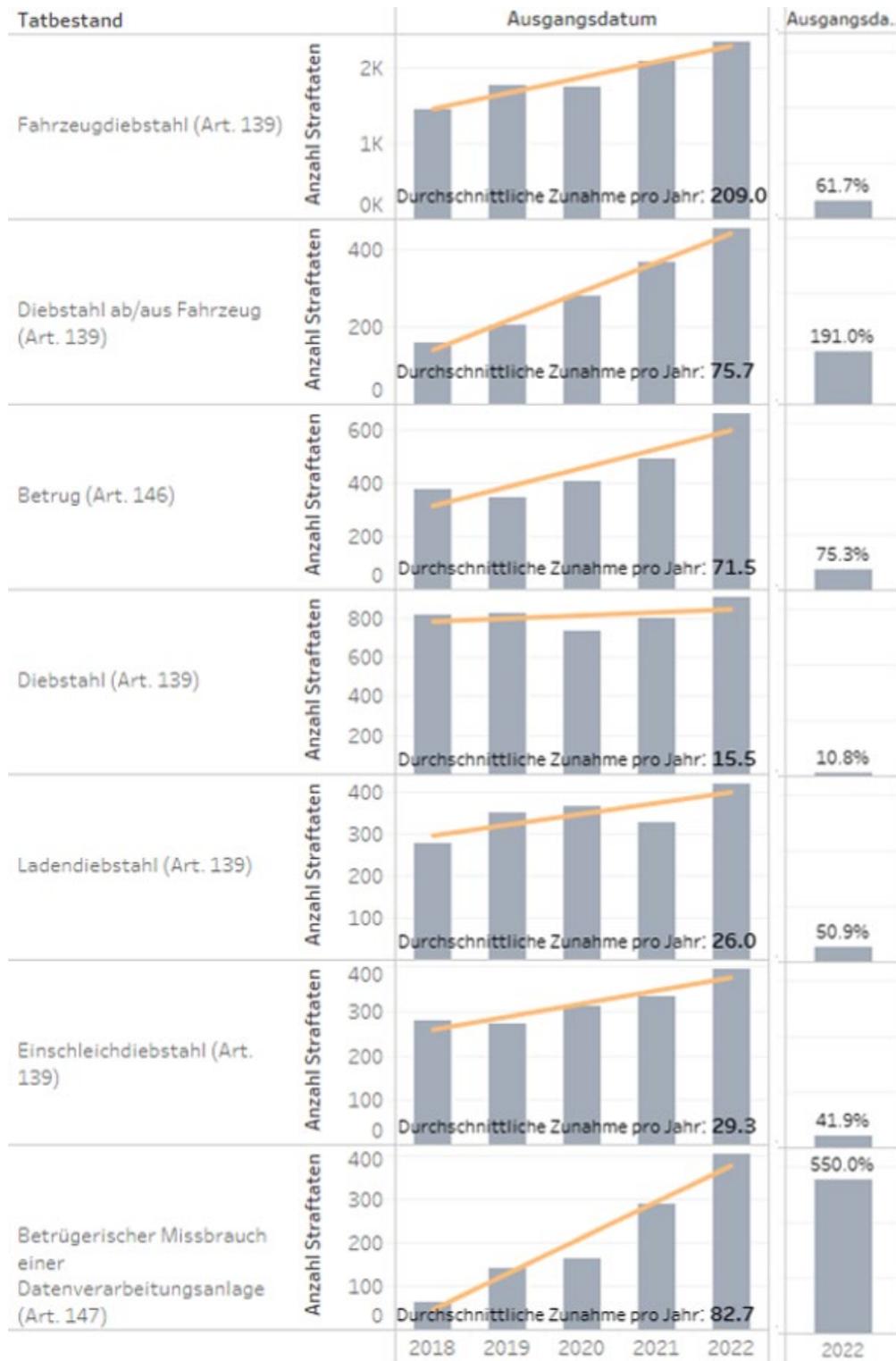


Abbildung 15: Details Anstieg Vermögensdelikte, Quelle: PKS.

10.2. Entwicklungen im Bereich der Cyberdelikte⁴⁰

Seit der statistischen Erfassung (PKS 2020) verzeichnen die Cyberdelikte ein starkes Wachstum. 94% der Cyberdelikte sind Vermögensdelikte, wobei Betrug (v.a. Kleinanzeigen) den grössten Anteil ausmacht.

Die folgenden Abbildungen geben einen Einblick über die Entwicklungen im Cyberbereich:

Die originären Cybercrimestraftaten⁴¹, welche in Abbildung 16 gezeigt werden, machen ungefähr 7% der Gesamtstraftatenmenge aus. Nicht darin inbegriffen sind diejenigen Delikte, die eine elektronische Komponente aufweisen (z.B. Mobiltelefone, die ausgewertet werden müssen). Solche Beweismittel findet sich mittlerweile fast bei allen «analogen» Delikten, weswegen es keinen Sinn macht, dafür eine gesonderte Abbildung zu erstellen.

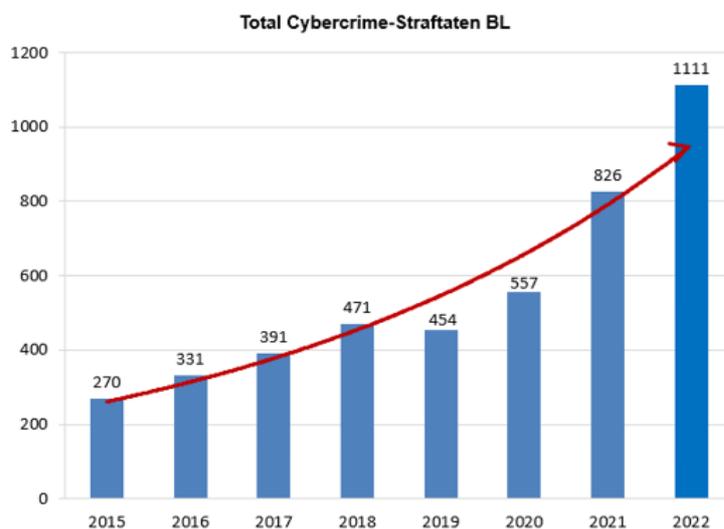


Abbildung 16: Entwicklung originäre Cybercrime-Straftaten 2015 – 2022, Quelle: IT-Erm.

Für die mögliche Entwicklung der Cyberkriminalität sind vorrangig folgende Szenarien auszumachen⁴²:

⁴⁰ Siehe dazu die Definition des Bundesamtes für Statistik: «Die digitale Kriminalität (auch Cyberkriminalität genannt) umfasst alle sogenannten "digitalen" Straftaten, die im Wesentlichen den Straftaten entsprechen, die in den Telekommunikationsnetzen und insbesondere im Internet, begangen werden. In der polizeilichen Kriminalstatistik werden Straftaten der digitalen Kriminalität anhand der Tatvorgehen (Modus Operandi) identifiziert», Digitale Kriminalität | Bundesamt für Statistik (admin.ch), online im Internet, Stand 24.01.2024 .

⁴¹ Gemeint sind damit die Cyber-Wirtschaftsdelikte, Cyber-Sexualdelikte, Cyber-Delikte Rufschädigung und unlauteres Verhalten und der illegale Handel im Darknet sowie «Data leaking».

⁴² Die unter lit. b, c, e und i dargelegten Entwicklungen wurden dem Entwurf der Nationalen Cyberstrategie (NCS) entnommen.

- a) Nachteilige Wirtschaftsentwicklungen und physische Konflikte verschärfen die IT-Sicherheitslage

Physische Konflikte, wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine, verschärfen die allgemeinen weltweiten Turbulenzen. Und sie lösen neue Cyberangriffe aus. Online-Ziele, die die Vorteile von Augmented-Reality- (AR), Virtual-Reality- (VR) und Mixed-Reality- (MR) Technologien nutzen, eröffnen den Nutzern zwar eine Welt voller neuer Möglichkeiten, schaffen jedoch gleichzeitig einer enormen Zunahme von Tatgelegenheiten im Bereich der Cyberkriminalität, z.B. von virtuellen Waren und Vermögenswerten, die leicht gestohlen werden können, bis hin zum potenziellen biometrischen Hacking.

- b) Cloud-Computing

Cloud-Computing ermöglicht neue Anwendungen und technologische Innovationen und kann auch die Cybersicherheit erhöhen, indem es beispielsweise für eine hohe Verfügbarkeit der Informationen sorgt. Gleichzeitig führt Cloud-Computing zu neuen Risiken. Informationen mit hoher Bedeutung für die Schweiz werden ausserhalb der Schweiz bearbeitet, was dazu führt, dass der rechtliche Schutz über den Zugriff und die Verwendung dieser Daten nicht mehr allein durch die Schweizer Gesetzgebung geregelt werden kann. Zudem führt Cloud-Computing potenziell zu einer hohen Abhängigkeit von einigen wenigen Anbietern. Diese Auswirkungen von Cloud-Computing können ohne geeignete Gegenmassnahmen die Cybersicherheit beeinträchtigen.

- c) Internet of Things (IoT)

Die Vernetzung physischer Objekte (Things) über das Internet schreitet weiter rasant voran. Sie betrifft sowohl die Vernetzung von Systemen der Industrie als auch jene von Konsumgütern. In Bezug auf die Cyberbedrohungslage ist die enorme Verbreitung von IoT von grosser Bedeutung. Die Verknüpfung tausender Geräte führt zu sehr komplexen Systemlandschaften und zu einer massiven Ausweitung der potenziellen Angriffsfläche, was auch die Möglichkeiten der Cybersabotage zur Folge hat. Es wird einfacher, über Cyberangriffe direkte physische Auswirkungen zu erzielen.

- d) Kommerzialisierung von Hacking-Tools vergrössert Cyberkriminalität

In den letzten Jahren sind Hacker-Toolkits für die Ausführung von Ransomware-Attacken⁴³ zu einer Handelsware im kriminellen Untergrund geworden. Ransomware-as-a-Service hat sich zu einem lukrativen Wirtschaftszweig im Darknet entwickelt. Neue Darknet-Tools ermöglichen Ransomware-Angriffe ohne grosse technische Vorkenntnisse, was zur Verbreitung von Ransomware-Angriffen geführt hat. Zudem eröffnen sie jedem eine cyberkriminelle Karriere, der einen Tor-Browser zu bedienen weiss und ein wenig Zeit hat.

⁴³ Ransomware, auch Erpressungstrojaner, Erpressungssoftware, Kryptotrojaner oder Verschlüsselungstrojaner, sind Schadprogramme, mit deren Hilfe ein Eindringling den Zugriff des Computerinhabers auf Daten, deren Nutzung oder auf das ganze Computersystem verhindern kann.

Im Ausland wurde eine alarmierende Zunahme der Verbreitung von Wiper-Malware⁴⁴ beobachtet, welche mit Sicherheit auch die Schweiz erreichen wird. Durch die Kombination eines Computerwurms mit Wiper-Malware und sogar Ransomware könnte Wiper-Malware für Cyberkriminelle zur Massenware werden. Malware, die möglicherweise von staatlichen Akteuren entwickelt und eingesetzt wurde, könnte von kriminellen Gruppen aufgegriffen und wiederverwendet und im gesamten CaaS-Modell⁴⁵ eingesetzt werden. Angesichts der breiten Verfügbarkeit von Wiper-Malware in Kombination mit dem richtigen Exploit⁴⁶ könnten dadurch in kurzer Zeit massive Schäden angeordnet werden, von welchen auch kritische Infrastrukturen in einem hohen Masse betroffen sein können.

Da der Handel im Darknet weiterhin boomt, ist eine neue Welle von Angriffen zu erwarten, die durch diese Kommerzialisierung ermöglicht wird. Insbesondere werden mehr Tools für Smishing-Angriffe⁴⁷ und die Kaperung von Mobilgeräten verfügbar sein, was massiv erschwert, Cyberkriminelle zu stoppen, selbst wenn diese technisch wenig versiert sind. Das explosionsartige Wachstum von CaaS (Container-as-a-Service) dürfte dabei ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen: Angesichts des Erfolgs der Cyberkriminellen mit RaaS (Ransomware-as-a-Service)⁴⁸ ist zu erwarten, dass eine wachsende Zahl zusätzlicher Angriffsvektoren als Service im Dark Web angeboten wird.

⁴⁴ Ein Wiper ist eine destruktive Schadsoftware, die dazu gedacht ist, auf dem infizierten Computer die Festplatte zu löschen.

⁴⁵ Container-as-a-Service (CaaS) ist ein Cloud-Dienst, über den Softwareentwickler und IT-Administratoren Container hochladen, organisieren, ausführen, skalieren, verwalten und stoppen, indem sie containerbasierte Virtualisierung nutzen. Ein CaaS-Anbieter, wie z.B. Microsoft, Google oder Amazon, stellt in der Regel ein Framework zur Verfügung, innerhalb dessen die Nutzer arbeiten.

⁴⁶ Exploits sind Angriffe aus dem Internet auf Schwachstellen in Netzwerksoftware mittels manipulierter Datenpakete oder spezieller Datenströme. Solche Exploits werden mitunter auch als Remote-Exploits bezeichnet.

⁴⁷ Smishing ist eine Form des Phishings, bei dem auf die Handys der potenziellen Opfer überzeugende Phishing-Textnachrichten versendet werden, um diese dazu zu verleiten, auf einen Link zu klicken und private Informationen zum Angreifer zu senden oder Malware auf das Handy zu laden.

⁴⁸ Ransomware-as-a-Service (RaaS) ist ein Angebot von Schadsoftware, die gegen Bezahlung genutzt werden kann. Ransomware-Angriffe können auch von Personen ohne technische Kenntnisse gestartet werden. Die potenziellen Angreifer müssen einfach nur eine Erpressersoftware buchen, um so Unternehmen oder Privatpersonen anzugreifen. Für den Entwickler der Ransomware ist RaaS ein lohnendes Geschäft – einerseits ist er nicht für den Angriff verantwortlich, andererseits erhält er einen vorher vereinbarten Prozentsatz der gezahlten Lösegelder. Auf diese Art und Weise kann beinahe jeder einen Erpresser-Angriff mittels RaaS starten und Unternehmen sowie Privatpersonen erheblichen Schaden zufügen. An den zweifelhaften Dienst gelangen sie über das Darknet, wo sich RaaS zum neuen Trend entwickelt. Wie bei vielen Mietmodellen gibt es auch bei Ransomware-as-a-Service verschiedene Optionen. Zurzeit gibt es vier gängige RaaS-Umsatzmodelle:

1. das monatliche Abonnement gegen eine pauschale Gebühr.
2. Partnerprogramme, die dem monatlichen Gebührenmodell entsprechen. Ein Teil des Gewinns (20 bis 30 Prozent) geht hierbei an den RaaS-Betreiber.
3. die einmalige Lizenzgebühr ohne Gewinnbeteiligung.
4. reine Gewinnbeteiligung.

Um einen RaaS-Angriff zu starten, loggt sich ein Kunde in das entsprechende RaaS-Portal ein und erstellt ein Konto. Je nach Umsatzmodell bezahlt er den Service mit Bitcoin, gibt Details über die Art der gewünschten Malware ein und klickt dann nur noch auf die Schaltfläche „Senden“. Die Abonnenten dieses mehr als zweifelhaften Services haben Zugang zu Support, Communities, Dokumentation und Funktions-Updates.

Neben dem Verkauf von Ransomware und anderen Malware-as-a-Service-Angeboten dürften auch neue kriminelle A-la-carte-Lösungen auftreten. Zu denken ist dabei vor allem auch an Geldwäsche. Setzen Cyberkriminelle maschinelles Lernen (ML) für die gezielte Rekrutierung ihrer Geldkuriere ein, können sie dadurch potenzielle Kuriere besser identifizieren, während gleichzeitig ihr Zeitaufwand für deren Rekrutierung verringert werden kann. Längerfristig ist sogar denkbar, dass auch ein Money Laundering-as-a-Service (LaaS)⁴⁹ etabliert wird, das schnell Teil des wachsenden CaaS-Portfolios werden könnte.

e) Künstliche Intelligenz (KI)

Die Verfügbarkeit von hoher Rechenleistung ermöglicht heute eine viel breitere Nutzung von künstlicher Intelligenz. Durch autonomes Lernen sind Anwendungen der KI fähig, sehr komplexe Analysen in kurzer Zeit durchzuführen. Diese Möglichkeiten sind für die Cybersicherheit sehr relevant. Sie können genutzt werden, um Systeme besser zu schützen, umgekehrt können sie aber auch zur Durchführung von Cyberangriffen verwendet werden. Weil sich viele Organisationen bei Entscheidungen zunehmend auf die Analysen von KI-Anwendungen verlassen, sind auch Angriffe auf solche Anwendungen ein relevantes Bedrohungsszenario.

f) Datendiebstahl gehört zu Ransomware-Angriffen

Weil die Geschäftsmodelle der Ransomware-Kriminellen auf multiple Erpressung ausgerichtet sind, wird Datendiebstahl Teil eines jeden erfolgreichen Ransomware-Angriffs sein. Laut dem „State of the Phish Report 2022“ von Proofpoint haben 68 Prozent der Unternehmen weltweit mindestens eine Ransomware-Infektion erlebt. Am besorgniserregendsten ist die Entwicklung in den letzten drei Jahren von der Datenverschlüsselung zu doppelten Erpressungsmethoden, die Daten sowohl verschlüsseln als auch stehlen. Die jüngsten Entwicklungen zeigen auf, dass solche Daten als Druckmittel zur Durchsetzung der Forderungen verstärkt an die Öffentlichkeit gelangen, was zu einem erheblichen wirtschaftlichen und/oder reputativen Schaden führt.

Der neueste Trend ist die dreifache Erpressung, bei der die Angreifer Zahlungen nicht nur vom direkten Opfer des Angriffs, sondern auch von allen Einrichtungen fordern, die von dem Datenleck betroffen sein könnten. Die Cyberkriminellen werden immer mutiger und ihre Monetarisierungsmethoden immer aggressiver. Eine vollständige Abkehr von einfachen Verschlüsselungsangriffen scheint vollzogen.

Erfahrene Betreiber von RaaS bieten ihren Kunden noch mehr: So können Kunden den Status der Infektion nachverfolgen, die Gesamtzahl der Lösegeld-Zahlungen, die Anzahl der verschlüsselten Dateien und andere Informationen über ihre Ziele einsehen.

⁴⁹ Teilweise werden im Cybercrime-Bereich „Geldkuriere“ eingesetzt, die wissentlich oder unwissentlich zur Geldwäsche eingesetzt werden. Das Geld verschieben sie in der Regel über anonyme Überweisungsdienste oder Kryptobörsen. Die Köpfe cyberkrimineller Organisationen betreiben hohen Aufwand, um dem Geschäft ein legitimes Aussehen zu verleihen. Dafür erstellen sie Websites für Tarnorganisationen und passende Stellenausschreibungen. Cyberkriminelle werden voraussichtlich bald maschinelles Lernen (ML) einsetzen, um gezielt potenzielle Geldkuriere zu rekrutieren. Manuelle Anwerbungskampagnen werden durch automatisierte Services (Money Laundering-as-a-Service) ersetzt, die das Geld durch mehrere Schichten von Kryptobörsen schleusen, wodurch der Prozess schneller und schwerer nachzuverfolgen sein wird.

g) Cyberkriminelle überwinden Multi-Faktor-Authentifizierung

Cyberkriminelle erfahren stets mehr über menschliche Verhaltensweisen und finden neue und einfachere Wege, an Anmeldedaten zu gelangen. Die Branche für Cybersicherheit hat darauf reagiert und sich für Multi-Faktor-Authentifizierung stark gemacht, die inzwischen zu einer Standard-Sicherheitspraxis geworden ist. Je mehr Unternehmen jedoch Multi-Faktor-Authentifizierung als Sicherheitsmassnahme einführen, desto mehr Cyberangreifer nutzen die Schwächen der Multi-Faktor-Authentifizierung und die zunehmende Nachlässigkeit der Benutzer aus. In letzter Zeit sind vermehrt Tools zur Ausführung dieser Angriffe verfügbar, z. B. Phishing-Kits zum Diebstahl von Token.

h) Cyberkriminelle nutzen verstärkt Deepfake-Technologien

Deepfake-Technologien⁵⁰ werden für die breite Masse immer leichter zugänglich. Dank KI-Generatoren, die mit riesigen Bilddatenbanken trainiert wurden, kann jeder mit geringem technischem Sachverstand Deepfakes erzeugen. Die Ergebnisse mögen nicht fehlerfrei sein. Aber die Technologien werden ständig verbessert, und Cyberkriminelle werden sie nutzen, um ihre Geschichten zu kreieren und ihre Identität zu verschleiern, während sie versuchen, sich auf illegale Weise Zugang zu Daten zu verschaffen.

Deepfakes werden traditionell für Betrug und BEC (Business Email Compromise, hierzulande auch „CEO-Betrug“ genannt⁵¹) eingesetzt. Aber ihre Nutzung wird weit über diese Täuschungsmanöver hinausgehen. Man stelle sich das Chaos auf dem Finanzmarkt vor, wenn ein gefälschter CEO oder CFO eines grossen Unternehmens eine kühne Erklärung abgibt, die die Aktien stark fallen oder steigen lässt. Es ist auch beängstigend, wie Kriminelle die Kombination aus biometrischer Authentifizierung und Deepfakes für Identitätsbetrug oder die Übernahme von Konten nutzen könnten. Dies sind nur einige Beispiele, und die Kreativität Cyberkrimineller kennt keine Grenzen.

i) Weitere Entwicklungen

Zusätzlich zu den Entwicklungen der Grundlagetechnologien der Digitalisierung gilt es, technologische Entwicklungen zu beachten, bei welchen sich noch keine breitflächige Anwendung abzeichnet, deren Anwendung aber einen direkten Einfluss auf die Cybersicherheit haben kann. Ein Beispiel für eine solche Technologie sind Quantumtechnologien, welche es ermöglichen, gewisse Probleme deutlich effizienter zu lösen als mit heutigen Computern. Die verbreiteten asymmetrischen Verschlüsselungsverfahren könnten dadurch gebrochen werden und es ist nötig, Post-Quantum-Algorithmen zu entwickeln und einzusetzen.

⁵⁰ Deepfakes sind realistisch wirkende Medieninhalte, die durch Techniken der künstlichen Intelligenz abgeändert und verfälscht worden sind. Dies ist nicht nur bei Bildern, sondern auch bei Livecalls (z.B. bei Videotelefonie) möglich. Das Gesicht des Gesprächspartners kann mittels Spezialsoftware analysiert und anschliessend mit entsprechenden Algorithmen neu auf eine Art und Weise generiert werden, die es nicht mehr erlaubt, einen realen von einem so geschaffenen Gesprächspartner zu unterscheiden.

⁵¹ Der CEO Fraud ist eine Betrugsmasche, bei der Firmen unter Verwendung falscher Identitäten zur Überweisung von Geld manipuliert werden.

Ergänzend ist festzuhalten, dass in der Vergangenheit im Bereich Cyber bereits einige Stellen gesprochen worden sind.⁵² Diese wurden vorerst für den Aufbau des Bereichs eingesetzt und vermögen die anfallenden, obgenannten operativen Aufgaben nicht vollumfänglich abzudecken, so dass die Notwendigkeit einer Aufstockung besteht.

11. Strukturkriminalität, kriminelle Organisationen, organisierte Kriminalität

Die Begriffe «kriminelle Organisation», «organisierte Kriminalität» und «organisiertes Verbrechen» werden zuweilen als Synonyme verwendet, teilweise wird die kriminelle Organisation als eine Erscheinungsform organisierten Verbrechens in einem weiteren Sinne verstanden, manchmal wird wiederum beides vermischt. Es stellt sich daher zunächst die grundsätzliche Frage, welche Fälle von organisierter Kriminalität überhaupt in die Zuständigkeit des Kantons Basel-Landschaft fallen können.

Gemäss Art. 123 BV und Art. 23 – 25 StPO ist die Zuständigkeit des Bundes einerseits gegeben, wenn Straftaten gegen die Interessen des Bundes gerichtet sind oder gewisse politische Komponenten aufweisen. Andererseits besteht unter bestimmten Voraussetzungen Bundesgerichtsbarkeit bei organisiertem Verbrechen, Finanzierung des Terrorismus, Wirtschaftskriminalität sowie Geldwäscherei. Die spezielle Bundesgerichtsbarkeit von Art. 24 Abs. 1 lit. a und b StPO ist in der Regel gegeben, wenn die Straftaten zu einem wesentlichen Teil im Ausland oder in mehreren (mindestens zwei) Kantonen begangen worden sind und in keinem Kanton ein eindeutiger Schwerpunkt auszumachen ist. Ein Schwerpunkt liegt praxisgemäss vor, wenn mindestens die Hälfte bis zwei Drittel der Taten in einem Kanton verübt worden sind. Bei Wirtschaftsdelikten ist neben dem genannten Auslandsbezug bzw. fehlenden Schwerpunkt eine weitere Voraussetzung erforderlich: Es darf noch kein Kanton mit der Sache befasst sein, also noch keine kantonale Strafverfolgungsbehörde ein Vorverfahren eingeleitet oder eine Eröffnungsverfügung gemäss Art. 309 StPO erlassen haben. Ein Kanton, der ein Verfahren eröffnet hat, kann den Bund auch nach Eröffnung der Untersuchung ausdrücklich um die Übernahme des Verfahrens ersuchen. Hat der Bund eine Untersuchung wegen Wirtschaftskriminalität im Sinne von Art. 309 StPO eröffnet, begründet dies Bundesgerichtsbarkeit.

Die Bundesanwaltschaft kann jedoch die nach Art. 23 StPO der Bundesgerichtsbarkeit unterstehenden Strafsachen (mit Ausnahme von Art. 264 – 264k StGB) in jedem Stadium der Untersuchung den kantonalen Behörden übertragen. Dabei hat die Delegation grundsätzlich an denjenigen Kanton zu erfolgen, der nach Art. 31 ff. StPO örtlich zuständig ist. Die Delegation an einen Kanton ist auch dann möglich, wenn die Bundesgerichtsbarkeit nach Art. 24 StPO gegeben ist.

Dies bedeutet konkret, dass der Kanton Basel-Landschaft im Bereich der Organisierten Kriminalität originär zuständig ist bzw. im Rahmen einer Bundesdelegation zuständig werden kann für

- Untersuchungen im Bereich der operativen Verfahren (vgl. Art. 269 Abs. 2 StPO und Art. 286 Abs. 2 StPO) zur Klärung von begangenen oder künftigen schweren Delikten, die eine intensive Überwachung erfordern und in der Regel von Gruppierungen ausgehen.
- Untersuchungen qualitativ komplexer Wirtschaftsdelikte, in welchen sich schwierige Tat- oder Rechtsfragen stellen, die spezielle Kenntnisse insbesondere des Finanzmarktrechts (namentlich des Banken- und Börsenrechts) oder der internationalen Rechtshilfe, des Handelsrechts,

⁵² Siehe dazu Landratsvorlage vom 26.09.2019, wonach im AFP 2020-2023 total 13 Stellen für den Aufbau, verteilt über die Jahre 2020 - 2024 bewilligt worden sind.

Gesellschaftsrechts, Steuer-/Abgaberechts, Vergaberechts oder der Rechnungslegung erfordern oder weitere Auswüchse im Wirtschaftsleben (Churning, Mantelgesellschaften, Wirtschaftskorruption etc.) betreffen.

11.1. Definition Strukturkriminalität und Phänomene

Wie diese Ausführungen erhellen, können rein aus den uneinheitlich gebrauchten vorgenannten Begrifflichkeiten keine verbindlichen Schlüsse auf die Zuständigkeit der Polizei Basel-Landschaft gezogen werden. Um Unklarheiten vorzubeugen und alle möglichen Handlungsfelder bestmöglich abzudecken, wird im vorliegenden Bericht der Oberbegriff der Strukturkriminalität verwendet.

Vorliegend wird «Strukturkriminalität» als für den Kanton Basel-Landschaft relevante Kriminalität, begangen durch hier ansässige Personen mit gefestigten Strukturen, definiert, welche sich insbesondere durch Phänomene und/oder die Begehung von mehr als zwei Beteiligten, die auf längere Zeit oder unbestimmte Dauer zusammenwirken, auszeichnet, und dabei ansatzweise die folgenden speziellen Merkmale aufweisen, ohne dabei die Voraussetzungen einer kriminellen Organisation (Art. 260ter StGB) zu erfüllen:

- von Gewinn oder Machtstreben getriebene, planmässig begangene Straftaten
- Verwendung von gewerblichen oder geschäftsähnlichen Strukturen
- Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel
- Einflussnahme auf Politik, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft
- Abschottung ihrer Strukturen gegenüber Aussenstehenden

Hierbei nicht einbezogen sind Straftaten des Terrorismus oder der politisch motivierten Gewalt.

Dazu gilt es folgendes zu beachten: Die Bekämpfung von Strukturkriminalität ist eine der grössten Herausforderungen in der Strafverfolgung. Feststellbar ist jedoch über die Jahre hinweg, dass die Themen «Drogen» und «organisierte Kriminalität» an politischer Bedeutung verloren haben. Die Gründe hierfür dürfen wohl darin zu finden sein, dass das Fehlen einer «offenen Drogenszene», resp. die Verschiebung vom öffentlichen in den privaten Raum das Bewusstsein der Bevölkerung, der Politik und der Organe des Kantons Basel-Landschaft hierfür zum Verschwinden brachten. Dasselbe gilt wohl auch für den Bereich der «organisierten Kriminalität»: Die Bevölkerung und ihre politischen Vertreter nehmen solche Phänomene nur wahr, wenn sie an die Öffentlichkeit treten und vergessen deren Präsenz über die Jahre hinweg, wenn die Gruppierungen wieder im «Untergrund» agieren.

Wie die Erfahrung aus verschiedenen Deliktsbereichen aufzeigt, birgt Strukturkriminalität ein hohes Schadens- und Bedrohungspotential. So dienen die Phänomene und Straftaten im Bereich der Strukturkriminalität überwiegend dem Erhalt (Kontakte / Netzwerk) und der Finanzierung von kriminellen Strukturen, welche die Funktionsfähigkeit der Wirtschaftsordnung, die innere Sicherheit sowie die öffentliche Ordnung zu unterlaufen versuchen. Die Bekämpfung von Strukturkriminalität zielt deshalb insbesondere darauf ab, die «gesamtgesellschaftlich schädlichsten Kriminalitätsphänomene und ihre Strukturen» in allen Facetten ihres Auftretens proaktiv und reaktiv zu bekämpfen.

Neben

- Menschenhandel
- Menschenschmuggel und Prostitution

ist die Strukturkriminalität insbesondere in clan- oder bandenmässigen Kriminalitätsbereichen wie

- Gewaltkriminalität (bspw. Raubüberfälle, Erpressungsdelikte)
- Wirtschaftskriminalität (bspw. Firmenkonkurse, Konkursreiterei⁵³, Sozialleistungs- und Sozialhilfebetrug, Schwarzarbeit, Geschäftsbetriebe mit ungenügender Kundenfrequenz), Geldwäsche)
- Betäubungsmittelkriminalität (bspw. Kokainhandel) und
- Eigentumskriminalität (bspw. Einbruchdiebstahl, Hehlerei)

zu finden. Strukturkriminalität stellt indes eine Beschreibung des "Hellfeldes", also der polizeilich bekannt gewordenen Kriminalität dar. Strukturkriminalität jedoch ist international organisiert und vernetzt, und tritt typischerweise nicht offen gegen aussen in Erscheinung. Es ist deshalb von einem sehr hohen Dunkelfeld auszugehen.

Strukturermittlungen gehen insgesamt über die klassische Aufklärung von Einzelstraftaten hinaus. Sie umfassen insbesondere aufwendige und personalintensive Informationsbeschaffungs- sowie Vorermittlungs- und Ermittlungsmassnahmen zur Organisation, zu Entscheidungsträgern, zum Geldfluss, zu Tatplanungen und -vorbereitungen sowie zur Verwertung des Deliktsguts und der illegalen Gewinne. In diesen Kriminalitätsformen sind Personen aktiv, welche die hier herrschende Werte- und Rechtsordnung grundsätzlich ablehnen und das System konsequent ausnützen. Diese Gruppierungen sind dem klassischen Millieu zuzuordnen und vielfach in einer Parallelwelt aktiv. Insbesondere personenbezogene und deliktsübergreifende Ermittlungen im Rahmen einer Strategie der permanenten Nadelstiche durch hohen Kontrolldruck und tiefgreifende Ermittlungen gegen regional, überregional und international agierende und für die jeweilige kriminelle Struktur relevante Zielperson mittels interdisziplinärer Ermittlungsressourcen werden dabei als zielführend erachtet. Personenbezogene Ermittlungen (täterorientierter Ansatz, repressiv und präventiv) müssen Teil dieser Strategie sein, um den Beginn einer kriminellen Karriere oder aber eine Rückkehr in das kriminelle Umfeld rechtzeitig verhindern zu können.

Gewisse Bereiche der Strukturkriminalität verlagern sich immer mehr in den digitalen Bereich. Andere, klassische Formen der Kriminalität (bspw. der Handel mit illegalen Substanzen und Produkten) profitieren von der digitalen Entwicklung insofern, als dass diese neuen Möglichkeiten ebenfalls genutzt werden, ohne aber die klassische Form der Deliktsbegehung zu vernachlässigen (bspw. Angebot über digitale Medien; Verkauf jedoch in klassischer Form). Feststellbar ist auch, dass die digitalen Medien immer wieder neue Möglichkeiten bieten, um Kommunikation wirksam zu verschlüsseln. Diese Methoden (bspw. Kryptophone, SkyECC & Co.) werden von der Täterschaft – insbesondere organisierten Tätergruppierungen – zur Kommunikation genutzt und erschweren den Strafverfolgungsbehörden die Arbeit enorm. Ein Ende dieses «Trends» ist nicht absehbar.

Während in der Pandemiezeit gewisse Formen der Kriminalität – bspw. der Einbruchdiebstahl – klar rückläufig waren (die Täterschaft war durch die eingeschränkte Reisefreiheit sowie die Homeoffice-Pflicht und -Empfehlung auf Seiten der mutmasslichen Opfer stark bei der Deliktsbegehung eingeschränkt), profitierten insbesondere die Formen der Strukturkriminalität von der «verordneten Ruhe». So verschwanden gerade diejenigen Gruppierungen, welche sich per se schon in einer

⁵³ Bei der Konkursreiterei übergibt ein überschuldeter Unternehmer sein Unternehmen, das kurz vor dem Konkurs steht, einem sogenannten Firmenbestatter. So kann er den Konkurs vermeiden und ist die Schulden los. Dafür zahlt der ursprüngliche Inhaber einem Vermittler ein paar tausend Franken.

«Schattenwelt/Parallelwelt» aufhielten, noch mehr in der Anonymität und damit vom «Radar der Strafverfolgungsbehörden». Dennoch haben sich Ableger krimineller Organisationen sowohl italienischer, türkischer, albanischer und serbischer Herkunft nicht aus der Nordwestschweiz verabschiedet und sind nach wie vor hier aktiv.⁵⁴⁵⁵

Dem Lagebericht von fedpol über die organisierte Kriminalität ist beispielsweise zur Situation der italienischen Mafia folgendes zu entnehmen:

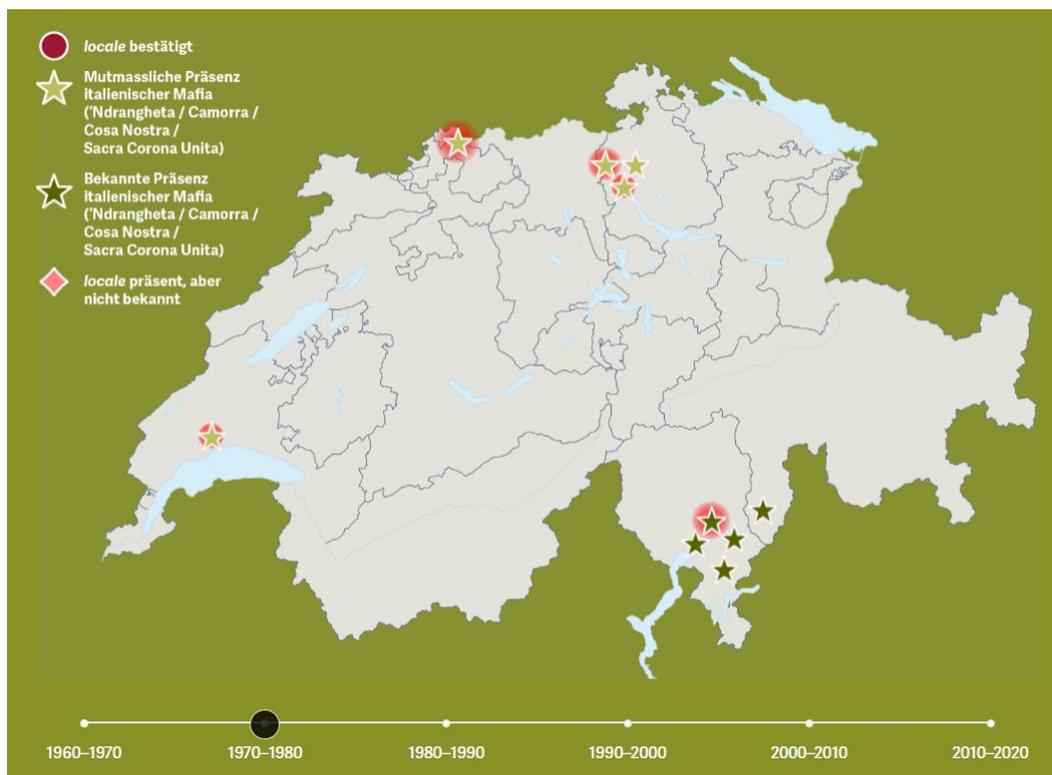


Abbildung 17: Überblick über die italienische Mafia in der Schweiz 1970 – 1980.⁵⁶

Von 1970 – 1980 waren mehrere Fälle in den Regionen Basel, Zürich und in der Westschweiz im Zusammenhang mit Drogenhandel aufgetreten, bei denen sich erst Jahre später herausstellte, dass sie mit der italienischen Mafia in Verbindung standen.

⁵⁴ Siehe dazu Lagebericht organisierte Kriminalität, [Fedpol 2021](#), online im Internet, Stand 07.12.2023.

⁵⁵ So auch Pieth, [Gesprächsreihe im Sissacher Cheesmeier: «Wir sind eine gekaufte Demokratie»](#) | Basler Zeitung ([bazonline.ch](#)), online im Internet, Stand 03.10.2023.

⁵⁶ [Fedpol 2021](#).

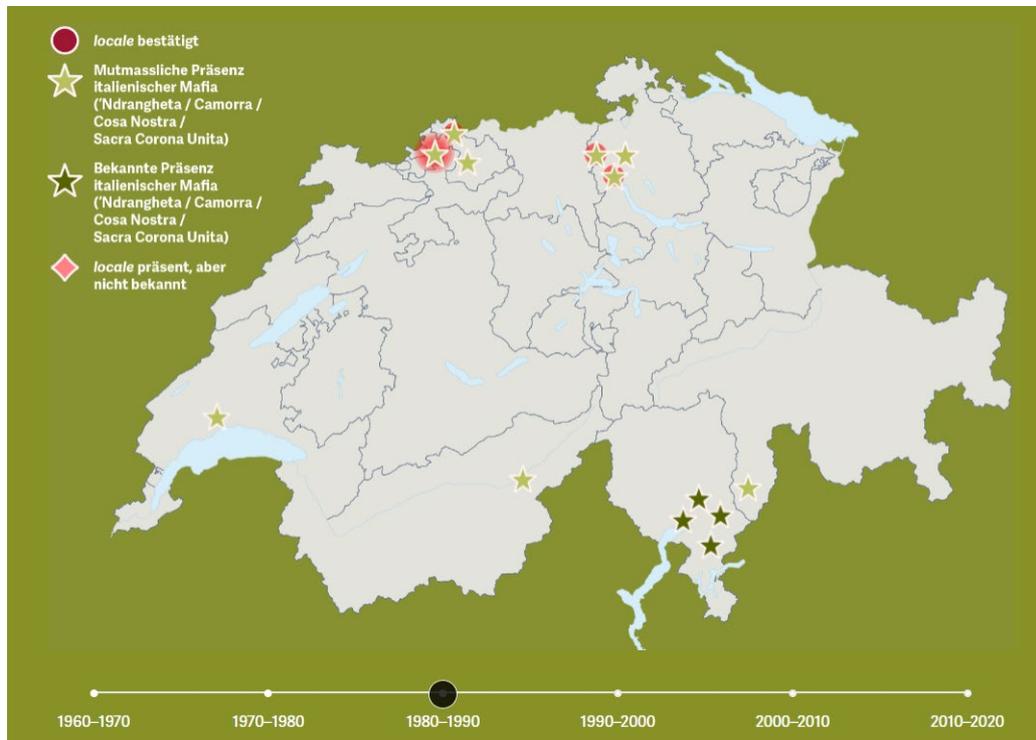


Abbildung 18: Überblick über die italienische Mafia in der Schweiz 1980 – 1990.⁵⁷

In der Zeitspanne von 1980 – 1990 ereigneten sich zwei Morde in der Region Basel, bei dem Jahre später Verbindungen zur Mafia nachgewiesen werden konnten.

Zwischen 1990 – 2000 waren fedpol Ereignisse im Zusammenhang mit der Mafia aus den Regionen Genf, dem Wallis und dem Tessin bekannt. Im Zeitraum von 2010 – 2020 wurden in Neuenburg ein mutmassliches Mitglied eines Mafia-Clans verhaftet. Seine Festnahme war Teil eines grossen Schlasses gegen die Mafia, bei dem insgesamt 19 Personen (weitere 16 in Frauenfeld und 3 im Kanton Wallis festgenommen worden sind). Im Kanton St. Gallen konnte zudem ein Mord einer grösseren Mafiaorganisation zugeordnet werden.

⁵⁷ Fedpol 2021.

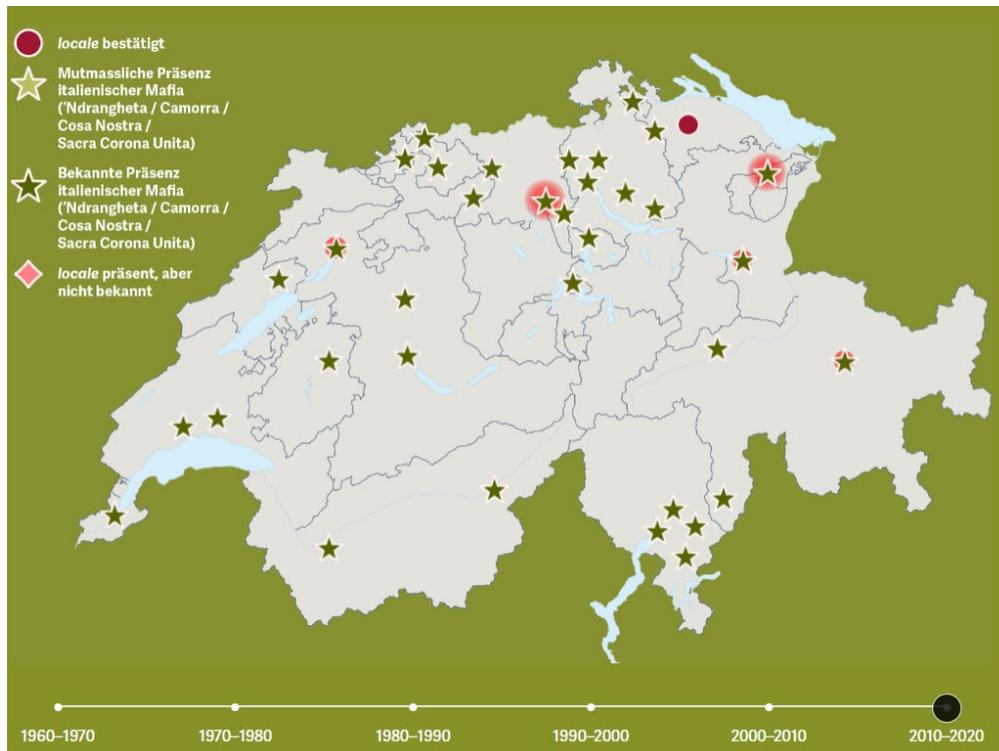


Abbildung 19: Überblick über die italienische Mafia in der Schweiz 2010 – 2020.⁵⁸

Die dargelegte Entwicklung setzte sich auch in den Folgejahren fort. «Die organisierte Kriminalität ist keine zeitgenössische Erscheinung, sondern hat sich über die letzten Jahrzehnte kontinuierlich weiterentwickelt. In jüngster Zeit wird sie zunehmend von der Globalisierung erfasst und nimmt nie dagewesene Dimensionen an. Die organisierte Kriminalität strebt nach maximalen Gewinnen und maximalem Einfluss auf das öffentliche Leben. Zur Erreichung scheut sie auch vor Gewaltanwendung als Ultima Ratio nicht zurück. Die organisierte Kriminalität möchte unerkannt bleiben und wendet Gewalt vorzugsweise im Verborgenen an».⁵⁹

Initial empfiehlt sich daher die Erstellung eines Konzepts, welches die umfassende Bekämpfung von Strukturkriminalität für alle Stakeholder in ihren bestehenden Tätigkeitsstrukturen verbindlich und transparent regelt. Den Kerngehalt sollte dabei die konzeptionelle Darstellung für die Bekämpfung der für den Kanton Basel-Landschaft relevanten Strukturkriminalität im Rahmen von Phänomenen, Gruppen oder Einzelpersonen bilden. Darüber hinaus wäre insbesondere auch die komplementäre Zusammenarbeit und die Schnittstellen mit Behörden und Partnerorganisationen zu institutionalisieren.⁶⁰

Um den Besonderheiten der Strukturkriminalität Beachtung zu schenken und diese dadurch effizient und zielgerichtet bekämpfen zu können, sollte ein Paradigmenwechsel erfolgen. Die strategische Ausrichtung der Ermittlungstätigkeit im Bereich der Strukturkriminalität sollte von derzeit eher deliktsbezogenen Ermittlungen hin zu personenbezogenen und deliktsübergreifenden Ermittlungen

⁵⁸ Fedpol 2021.

⁵⁹ 20100755_002605556.pdf (uzh.ch), S. 46.

⁶⁰ Siehe dazu auch «Bestandsaufnahme der behördlichen Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Schweiz», fedpol, Juli 2023, S. 27 ff.

geändert werden. Dabei sollte die zu erstellende Gesamtkonzeption zur Bekämpfung von Strukturkriminalität insbesondere folgende Ziele beinhalten:

- Informationsgewinnung und -verarbeitung zur Erkennung der Strukturkriminalität, Erstellen von Lagebildern;
- Personenindizierte und deliktsübergreifende Ermittlungsverfahren;
- Verstärkung der Vernetzung zu Behörden, Partnerorganisationen und Institutionen;
- Konsequente und umfassende Bekämpfung von herausragender Strukturkriminalität im Rahmen von Schwerpunktverfahren;

durch

- Fokussierung auf strukturelevante Verfahren;
- Umsetzung des personenorientierten und deliktsübergreifenden Ermittlungsansatzes;
- Fokussierung auf strukturelevante Personen der mittleren Strukturebene, welche unter Ausschöpfung sämtlicher rechtlichen und kriminaltaktischen Instrumentarien wirksam und spürbar strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können («low hanging fruits»);
- Herauslösung (zeitweise) strukturelevanter Personen durch zeitlich begrenzte Ermittlungsverfahren und spürbare Verurteilungen;
- Umfassende und vernetzte Dokumentation polizeilicher Erkenntnisse und Massnahmen;
- Optimierung des Informationsflusses mit beteiligten Behörden, Partnerorganisationen und Institutionen;
- Behördenübergreifende Abstimmung erforderlicher Massnahmen unter Ausschöpfung des rechtlichen und administrativen Massnahmenspektrums.

Die Umsetzung dieses Vorhabens hängt von den Strategiezielen der Polizei Basel-Landschaft in diesem Bereich und letztendlich zentral von der Ressourcenfrage ab. Dass die Bedeutung der Thematik erkannt worden ist, zeigt sich in der Langfristplanung des Regierungsrats. Unter LFP 9, Gesellschaft und Zusammenleben, wird ausgeführt, dass die Bekämpfung der Kriminalität in sämtlichen Bereichen ausgebaut und verbessert werden soll, dies auch in Bereichen, die bisher kaum bearbeitet werden konnten, wie die Ausbeutung der Arbeitskraft und die Wirtschaftskriminalität.

11.2. Menschenhandel und Menschenschmuggel

Menschenhandel – nach international gültiger Definition das Anwerben, Anbieten, Verbringen, Vermitteln, Beherbergen oder Annehmen von Menschen zum Zwecke der Ausbeutung – wird in der Schweiz durch Artikel 182 des Schweizerischen Strafgesetzbuches unter Strafe gestellt. Von Menschenhandel wird gesprochen, wenn jemand durch Gewalt, Täuschung, Drohung oder Nötigung angeworben, vermittelt und ausgebeutet wird. Auch in der Schweiz kommt Menschenhandel vor: Sie ist Ziel- und Transitland. Meistens geht es um die sexuelle Ausbeutung von Frauen. Auch die Ausbeutung der Arbeitskraft von Frauen, Männern und Kindern kommt vor. Im Fokus stehen Prostitution (siehe dazu Art. 195 StGB), Care-Arbeit und Zwangsheirat. Menschenhandel zum Zweck des illegalen Organhandels ist in der Schweiz bisher nicht bekannt.

Eine Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte vom Juli 2022⁶¹ befasste sich mit den folgenden Fragen:

⁶¹ [Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte \(SKMR\)](#).

- Sind die zur Bekämpfung von Menschenhandel in den Kantonen ergriffenen Massnahmen mit Bezug auf das geschätzte Vorkommen und Risiko dieser Straftat angemessen?
- Wie gross ist das Risiko von Menschenhandel (alle Formen) in jedem Kanton angesichts wirtschaftlicher, demografischer und geografischer Gegebenheiten?
- Was unternehmen Kantone, um Menschenhandel zu bekämpfen und Opfer zu unterstützen?

Zum Kanton Basel-Landschaft lässt sich der Studie entnehmen, dass es im Bereich der Umsetzung der Bekämpfung des Menschenhandels trotz vorhandener Risikolage und institutionellen Vorkehrungen an Bemühungen mangle, weswegen verhältnismässig wenig Fälle aufgedeckt würden.

- Strukturelle Lösung im Kanton Basel-Landschaft

Strukturell sieht es im Kanton Basel-Landschaft wie folgt aus: Der Runde Tisch Menschenhandel Basel-Landschaft ist eine Fachkommission der Sicherheitsdirektion, welche damit beauftragt ist, die Umsetzung des «Leitfadens Kanton Basel-Landschaft für die Bekämpfung von Menschenhandel»⁶² zu begleiten und zu evaluieren. Dabei werden die Entwicklungen auf Bundesebene, insbesondere der jeweils geltende «NAP» (Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel), sowie die Erfahrungen in anderen Kantonen berücksichtigt.

Der Leitfaden umschreibt konkret das Vorgehen der in einen Fall von Menschenhandel involvierten Stellen, den entsprechenden Ablauf und die zuständigen Ansprechpersonen. Die Polizei Basel-Landschaft hat dabei nebst den im Gesetz ausdrücklich genannten grundsätzlichen Arten der Ausbeutung (sexuelle Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskraft) zudem auch auf die versteckt auftretende Ausbeutung im Rahmen von illegalen Tätigkeiten (z.B. Drogenhandel, Diebstahl, Einbruch, Bettelei) zu achten. Das Vorgehen orientiert sich dabei am Leitprozess Competo des Staatssekretariats für Migration (SEM).⁶³ Bei der Polizei Basel-Landschaft befasst sich die Kriminalpolizei (Allgemeiner Ermittlungsdienst und Operativer Ermittlungsdienst) mit der Verfolgung des Menschenhandels. Als allgemeine Zielsetzungen gelten dabei die folgenden Punkte:

- für effiziente Untersuchungs- und Bekämpfungsmethoden sorgen (täterorientiert)
- Schutz der Opfer von Menschenhandel
- Daten und Informationen über den Menschenhandel im Kanton sammeln
- Schulung und Sensibilisierung des Personals
- Koordination der Ermittlungen
- Zusammenarbeit mit der Bundeskriminalpolizei und anderen kantonalen Polizeikorps
- Kontaktstelle für Europol und Interpol (via fedpol)

Die Polizei erhält dabei Informationen in Bezug auf Menschenhandel durch Informantinnen und Informanten bzw. Drittpersonen, durch die Opfer selbst, durch Kontrollen in einschlägigen Lokalen oder laufende Vorermittlungen bzw. Strafverfahren (z.B. als Paralleldelikt bzw. Zufallsfund) und im Kanton Basel-Landschaft vor allem direkt von der Hilfsorganisation «Trafficking.ch» bzw. anderen Polizeikorps. Falls dies nicht schon geschehen ist, hat die Polizei - mit Einwilligung des Opfers -

⁶² [Kanton BL Standardbrief BB \(baselland.ch\)](#).

⁶³ [Kanton BL Standardbrief BB \(baselland.ch\)](#).

schnellstmöglich den telefonischen Erstkontakt zu einer auf Menschenhandel spezialisierten Opferschutzfachstelle herzustellen bzw. wenn nötig, Schutz und Unterkunft des Opfers sicherzustellen.

Eine weitergehende Einbindung der Polizei beschränkt sich auf die Fälle, in denen Opfer in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren dauerhaft als Zeuginnen oder Zeugen zur Verfügung stehen und ihre Aussage für das Strafverfahren von Bedeutung ist. Die Einbindung erfolgt in Absprache mit der Staatsanwaltschaft.

- **Praktische Relevanz des Phänomens**

Gemäss Auskunft der Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft vom 28.02.2023 wird der Begriff «Menschenhandel» für eine ganze Reihe von Phänomenen verwendet, die die Kriterien des Art. 182 StGB meistens nicht vollständig erfüllen. Entsprechend erfolgten in den Jahren seit 2018 keine Verurteilungen wegen Menschenhandels (auch keine Einstellungen oder Freisprüche).

Die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft hatte aber eine Reihe von Verfahren eingeleitet, in denen es um die Ausbeutung der Arbeitskraft geht (was eine Variante des Menschenhandelstatbestands darstellt). Die jeweils Betroffenen wurden aber nicht «gehandelt», wie es der Art. 182 StGB verlangt, sondern waren grösstenteils Arbeitsmigranten, die hier in prekären Arbeitsverhältnissen gelandet sind, resp. sich nicht daraus befreien konnten, weil sie hier eigentlich nicht arbeiten durften. Diese Fälle fasst die Staatsanwaltschaft, wenn sie eine gewisse Schwere erreichen, z.B. unter den Tatbestand des Wuchers (Art. 157 StGB).⁶⁴

Menschenhandelsfälle in diesem erweiterten Sinn sind sehr aufwendig in der Untersuchung, weil neben dem Ausnützen der vulnerablen Situation der Betroffenen auch das Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bewiesen und beziffert werden muss. Auch erweist sich die Betreuung und Unterbringung der Opfer regelmässig als Herausforderung.

Sowohl bei der Sipo, als auch bei der Kripo ist die Verfolgung des Menschenhandels Bestandteil einer Verzichtsplannung bezüglich der Holkriminalität (siehe Ziff. 18 hiernach). Aufgrund anderweitiger Inanspruchnahme hat die Sipo keine Ressourcen, regelmässige Kontrollen im Bereich Menschenhandel durchzuführen, zumal dann die anschliessende Abarbeitung zufolge der Arbeitsüberlastung gar nicht mehr zeitnahe erfolgen könnte. Einzig die Fahndung führt mehr oder weniger regelmässig Kontrollen in bekannten Etablissements durch. Die Erfahrungen mit den wenigen Fällen, die die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft eröffnet hatte, zeigt jedoch, dass der Kanton Basel-Landschaft insbesondere von der Ausprägung der «Ausbeutung der Arbeitskraft» und weniger von der sexuellen Ausbeutung betroffen ist.⁶⁵

Die sexuelle Ausbeutung ist jedoch nach wie vor die häufigste Ausbeutungsform in der Schweiz. Es werden in jüngerer Zeit vermehrt Frauen aus China in der Prostitution beobachtet, und es wird vermutet, dass diese die Schleusungskosten abarbeiten müssen. Zahlreiche Opfer sind sich zum Zeitpunkt der Rekrutierung durchaus bewusst, dass sie in der Schweiz als Sexarbeiterinnen arbeiten sollen. Sie werden aber von der Täterschaft über die Rahmenbedingungen getäuscht. Seit der

⁶⁴ So zum Beispiel ein noch nicht abgeschlossenes Strafverfahren wegen Menschenhandel, Wucher und Ausweisfälschungen aus dem Jahr 2022 (Ausbeutung eines Mitarbeitenden in einem Naildesign-Atelier).

⁶⁵ Das KIGA führt offenbar auch oftmals selbstständig Kontrollen durch. Es ist zu überdenken, ob nicht hier die Zusammenarbeit ausgebaut werden müsste, so dass man mit den vorhandenen Ressourcen auch optimal operieren könnte.

COVID-19-Pandemie werden vermehrt Escort-Dienste festgestellt, was die Milieukontrolle schwieriger macht, weil die Frauen nicht mehr in einem Etablissement, sondern an immer wechselnden Orten arbeiten. Die Anwerbung von jungen Mädchen zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist auch ein Thema. Dabei sprechen junge, erwachsene Männer gezielt Mädchen an und täuschen ihnen eine Liebesbeziehung vor. Im Verlaufe der Beziehung fordern die Männer von den Mädchen sexuelle Dienstleistungen zugunsten Dritter.⁶⁶

Aber auch die Hinweise auf Arbeitsausbeutung in verschiedenen Branchen haben in den letzten Jahren in der Schweiz weiter zugenommen. Bei der Ausbeutung der Arbeitskraft kann es sowohl um legale, als auch um illegale Arbeiten gehen, wie dies beispielsweise beim organisierten Diebstahl oder beim Transport von Drogen der Fall ist. Frauen werden vorwiegend in Privathaushalten als Pflegerin oder Haushaltshilfe oder in Naildesign-Ateliers und Barber-Shops ausgebeutet. Männer arbeiten insbesondere im Gast- und Baugewerbe, in der Transportbranche oder in Coiffeursalons unter prekären Bedingungen. Ein weiterer Ausbeutungszweig ist nach wie vor die organisierte Bettelerei.⁶⁷

Wollte man dem Phänomen vertieft nachgehen, würde dies erhebliche Herausforderungen für die Polizei Basel-Landschaft bedeuten, die mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu bewältigen wären. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Strafverfolgung von Menschenhandel ist, dass Opfer überhaupt identifiziert werden können. Zu diesem Zweck wären regelmässige Kontrollen in denjenigen Wirtschaftssektoren unabdingbar, die von Menschenhandel und Ausbeutung betroffen sind, was wiederum entsprechende Personalressourcen voraussetzt. Mit der Identifizierung von Opfern ist jedoch die Arbeit nicht getan. Für die Strafverfolgung von Menschenhandel ist entsprechendes Spezialwissen im Umgang mit oftmals traumatisierten Opfern sowie bezüglich der komplexen rechtlichen Grundlagen des Delikts notwendig, was wiederum einen entsprechenden Aus- und Weiterbildungsbedarf generiert. Zudem dürften sich die Ermittlungen vor den oben genannten Hintergründen aufwendig gestalten. Derzeit beschäftigen sich vier Mitarbeitende der Kriminalpolizei (1 FTE AED und 3 FTE FAD) neben ihren anderen Tätigkeiten mit dem Themenbereich Menschenhandel / Menschenschmuggel, was bei weitem für eine erfolgreiche Strafverfolgung, vor allem in Anbetracht des grossen Dunkelfelds, nicht ausreicht.

Festzuhalten ist ausserdem, dass die Täter auch im Menschenhandelsbereich vermehrt im virtuellen Raum aktiv sind. Opfer werden über die sozialen Medien angeworben; ihre Dienstleistungen werden dort angeboten, und mittels SMS, Anrufen oder GPS-Tracking-Funktionen werden die Opfer rund um die Uhr per Smartphone kontrolliert. Die Tatbegehung mittels digitaler, elektronischer Hilfsmittel kann eine neue Deliktsform darstellen, bedingt jedoch keinen neuen Straftatbestand. Vielmehr dienen die virtuelle Welt und neuere Technologien der Begehung von Straftaten, auch Menschenhandel. Damit ergeben sich auch neue Möglichkeiten für die Strafverfolgung von Menschenhandel, insbesondere betreffend die Verfügbarkeit von elektronischen Beweismitteln und deren Auswertung. Die Bekämpfung von Menschenhandel muss deshalb vermehrt auch im digitalen Raum stattfinden.⁶⁸ Dafür werden entsprechend spezialisierte polizeiliche Ressourcen benötigt.

⁶⁶ «Loverboy-Phänomen»; so festgehalten im Nationalen Aktionsplan des Bundesrats gegen Menschenhandel 2023 – 2027, [nap-2023-2027-d.pdf](#).

⁶⁷ So festgehalten im Nationalen Aktionsplan des Bundesrats gegen Menschenhandel 2023 – 2027, [nap-2023-2027-d.pdf](#).

⁶⁸ So festgehalten im Nationalen Aktionsplan des Bundesrats gegen Menschenhandel 2023 – 2027, [nap-2023-2027-d.pdf](#).

- Aus dem Nationalen Aktionsplan des Bundesrats gegen Menschenhandel (NAP) 2023 – 2027 resultierende Verpflichtung der Kantonspolizei

Da der NAP 2023 – 2027 auch vom Kanton Basel-Landschaft verabschiedet worden ist, resultieren daraus unter anderem folgende Verpflichtungen, welche einem Monitoring auf Bundesebene unterstehen und entsprechend evaluiert werden:

«In den kriminalpolizeilichen Strategien der Kantone wird die Menschenhandelsbekämpfung und deren Priorisierung beschrieben. Die Anzahl erkannter Opfer und Täter hat zugenommen».⁶⁹

Menschenschmuggel oder Schleusung wird zwar oft in einem Atemzug mit Menschenhandel genannt, tatsächlich sind diese Fälle aber ganz anders gelagert. Menschenschmuggel bezeichnet die Herbeiführung der unerlaubten Einreise einer Person in einen Staat, dessen Staatsangehörige sie nicht ist oder in dem sie keinen ständigen Aufenthalt hat, mit dem Ziel, sich unmittelbar oder mittelbar einen finanziellen oder sonstigen materiellen Vorteil zu verschaffen.⁷⁰ In diesem Bereich hatte der Kanton Basel-Landschaft seit 2018 zwei Fallkomplexe, wovon einer noch hängig ist und der andere im Jahr 2019 mit einem Strafbefehl abgeschlossen wurde.

11.3. Entwicklungen im Bereich der Gewaltdelikte⁷¹

- Gewaltdelikte generell

Gewalt tritt in allen Gesellschaftsschichten, in allen Altersgruppen und in den verschiedensten Ausprägungen auf, wie zum Beispiel die sexuelle Gewalt oder die kriminellen Handlungen immanente Gewalt z.B. bei Raub, Körperverletzungen und Tötungsdelikten. Gewalt kann aber auch psychisch vorkommen. Die Schwierigkeit im Speziellen bei der Erkennung von Gewalt in sozialen Nahverhältnissen liegt darin, dass sich Täter und Opfer in einem vermeintlich geschützten Bereich befinden. Je grösser die Hilflosigkeit und Abhängigkeit des Opfers ist, desto häufiger bleibt die Gewalttat im Dunkeln. Gerade Kinder sind in solchen Situationen ihrem Täter oft wehrlos ausgeliefert.

Laut Weltgesundheitsorganisation ist Gewalt in der Privatsphäre eines der weltweit grössten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder. Wenn die Polizei hinzugerufen wird, das Opfer oder dessen Umfeld sich für eine Meldung an die Polizei entscheidet oder eine konkrete Gefährdungssituation vorliegt, liegt hier oft schon eine lang andauernde Leidensgeschichte dahinter.⁷² Für die Polizei besteht dabei die Chance, Verletzungen durch Gewalt in der Familie oder im sozialen Nahbereich zu erkennen und entsprechend zu reagieren, um somit weitere Gewalt möglichst verhindern zu können

⁶⁹ [nap-2023-2027-d.pdf](#), S. 14.

⁷⁰ Zur Definition siehe Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom 15.11.2000, Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom 15.11.2000 und Zusatzprotokoll gegen die Schleusung von Migrant*innen auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom 15.11.2000. Weitere Hinweise auf [Menschenhandel ist moderne Sklaverei \(admin.ch\)](#).

⁷¹ Die Unterteilung in schwere und minderschwere Gewaltdelikte folgt den Erfassungsvorgaben der PKS.

⁷² Misshandlungen können vielfältige Verletzungen, akute, chronische, psychische oder somatische Krankheiten verursachen und in Einzelfällen auch tödlich enden. Viele Betroffene verschweigen aus Scham oder Angst, aber auch aufgrund verschiedenster Abhängigkeiten den wahren Ursprung ihrer Leiden.

Bei den Gewaltdelikten erfolgte von 2018 – 2022 eine Zunahme von 20%.

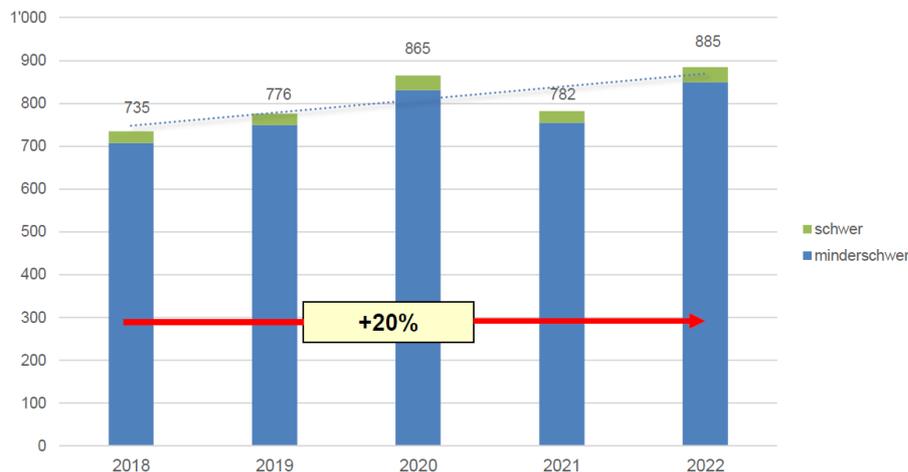


Abbildung 20: Entwicklung im Bereich der Gewaltdelikte, Quelle: PKS.

- **Gewaltschutz**

Zum Gewaltschutz ist auszuführen, dass die Aufgabe eigentlich nicht neu ist. Ein qualifiziertes Schutzmanagement findet aktuell durch die IST⁷³ statt und wird somit «nur» bei Intimpartnergewalt gewährleistet. Bei häuslicher Gewalt (folgend HG) kommen jedoch oft auch andere Formen zum Tragen, welche von der IST nicht abgedeckt werden. Der generelle Gewaltschutz ausserhalb der HG-Fälle, muss z.Z. gänzlich durch den Gewaltschutz (ehemals kantonales Bedrohungsmanagement, KBM) abgedeckt werden. Das bedeutet, dass der Gewaltschutz nicht ganzheitlich, und die Beratung von Gewaltbetroffenen, Kaderpersonen, Mitarbeitenden und Teams nur in ausgewählten Fällen angeboten werden kann.

Besonders wirkt sich die Ressourcenknappheit im Bereich des Gewaltschutzes aus.⁷⁴ Aufgrund der hohen Anzahl der Fallmeldungen und der aktuell aktiv geführten gefährdenden Personen sowie der Vielfältigkeit der Aufgaben konnte der Gewaltschutz – trotz personeller Verstärkung um 3 FTE – nicht die konsequente, proaktive Fallführung praktizieren. Zudem ergeben sich immer wieder diverse polizeiliche Massnahmen, welche durch den Gewaltschutz koordiniert werden, dies auch im Sinne von Sofortmassnahmen, was sich als zeitintensiv erweist.

Zu erwähnen ist in diesem Themenbereich die neu konzipierte Fachstelle Opfer- und Kinderbefragungen der Polizei Basel-Landschaft, welche sich derzeit noch in der Konzeptionsphase befindet. Opfer von schweren Delikten befinden sich oft in einem Ausnahmezustand, sind starken psychi-

⁷³ Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (IST) ist die kantonale Fachstelle zum Thema Gewalt in Ehe, Partnerschaft und Familie.

⁷⁴ Drei Stellen wurden gemäss Faktenblatt AFP 2023 – 2026 für das Bedrohungsmanagement (1 SB), für den Aufbau der Fachstelle R&E (1 FS) und für die Leitung Gewaltschutz (1 FTE) und Projektarbeit Opferschutz beantragt und gesprochen. Es wurde immer wieder betont, dass mit diesen drei Stellen die Arbeit des KBM, den Aufbau der Fachstelle R&E, die Übernahme der FS HG und die Projektphase inkl. dem Aufbau des Gewaltschutzes gewährleistet wird, nicht aber der eigentliche Aufbau eines polizeilichen Opferschutzes.

schen und physischen Belastungen ausgesetzt und daher besonders vulnerabel. Aber auch andere Einflüsse machen den Umgang mit Opfern und Angehörigen zunehmend anspruchsvoller, was die Strafbehörden vor besondere Herausforderungen stellt. Deshalb sind speziell zu diesem Zweck ausgebildete Personen und eine Begleitung der Opfer während des Strafverfahrens unerlässlich, was auch auf Bundesebene von den Kantonen gefordert wird.

Dabei ist zu verdeutlichen, dass sich die Tätigkeit der Fachstelle Opfer- und Kinderbefragungen nicht auf Sexualdelikte beschränkt. Bei schwerwiegenden oder inhaltlich komplexen Delikten kann die Fachstelle zur Durchführung von opferseitigen Beweiserhebungen (z.B. Einvernahmen) ebenfalls beigezogen werden, auch wenn kein sexueller Kontext vorhanden war.

11.4. Entwicklungen im Bereich Betäubungsmitteldelikte

Bei den Betäubungsmitteldelikten ist mit Ausnahme von 2020 eine Abnahme der Gesamtfallzahlen über den Bemessungszeitraum zu verzeichnen. Es ist jedoch anzumerken, dass es sich bei der Verfolgung von Betäubungsmittelstraftaten um sogenannte «Holkriminalität» handelt. Delikte in diesem Bereich werden in der Regel nicht beanzeigt, sondern durch die Polizei bei deren Feststellung aktiv angegangen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass wenn die Polizei sich aufgrund verändernder Belastungen oder fehlender Ressourcen diesen Themengebieten verschliesst, eine statistische Reduktion der Gesamtfallzahlen festgestellt werden kann.

Im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität, insbesondere im Bereich des feststellbaren Konsums von illegalen Substanzen, konnte auch aufgrund der pandemiebedingten Schliessungen von Lokalen, Clubs, etc. festgestellt werden, dass der Konsum sich vom öffentlichen in den privaten Bereich verlagert. Es handelt sich dabei allerdings um kein neues Phänomen, sondern konnte so bereits beim «Verschwinden» der Heroinabhängigen durch die Substitutionstherapie beobachtet werden; «nicht sichtbar» bedeutet jedoch nicht gleich «nicht vorhanden».⁷⁵ Weiter hat der Substanzkonsum insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugenommen⁷⁶, wobei hier vermehrt auch der gefährliche Mischkonsum festgestellt werden kann. Der massive Konsum von illegalen Substanzen zeigt sich denn auch deutlich bei anderen Delikten (bspw. Leib und Leben-Delikte, Häusliche Gewalt, etc.), welche erst durch den Missbrauch von Substanzen erfolgen oder in direktem Zusammenhang mit illegalen Substanzen stehen.

Auch sind zwischenzeitlich die sogenannten «Drogentoten» verschwunden. Hierunter wurden bislang ausschliesslich Fälle von drogenabhängigen Personen verstanden, welche an einer Überdosis bspw. von Heroin verstorben sind. Feststellbar ist aber, dass junge und an sich gesunde Menschen infolge von Substanzkonsums (oder dessen Folgen) versterben. Solche Fälle werden jedoch nicht als klassische «Drogentote» erfasst, sondern als «Aussergewöhnliche Todesfälle» oder «tödliche Verkehrsunfälle» behandelt (Bsp. Tödlicher Verkehrsunfall in Arisdorf im November 2021 unter Einfluss von Lachgaskonsum). Leider finden solche Todesfälle infolge Substanzmissbrauch kaum Beachtung, sofern die verstorbenen Personen das 18. Lebensjahr erreicht haben, d.h. nicht mehr als Jugendliche gelten oder es sich hierbei nicht um ein «medienträchtiges Ereignis», wie bspw. dem vorgenannten tödlichen Verkehrsunfall, handelt.

⁷⁵ Vergleiche dazu [Heroingestützte Behandlung | MonAM | BAG \(admin.ch\)](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

⁷⁶ Siehe dazu [Austauschtreffen zu Medikamenten\(misch\)konsum bei Jugendlichen \(infodrog.ch\)](#), online im Internet, Stand 01.12.2023.

Ebenfalls wohl pandemiebedingt, d.h. der Einschränkung der Reisemöglichkeiten und der sich hierdurch verändernden Transportrouten geschuldet, konnte festgestellt werden, dass «Grosslieferungen» von illegalen Substanzen heute direkt in die europäischen Binnenländer vollzogen werden. Von der Schweiz aus (und auch von BL aus) erfolgt dann die Weiterverteilung der Betäubungsmittel in den ansässigen Handel (vom Grosshandel hin bis zum Strassenhandel) oder in die weiteren europäischen Bestimmungsländer. Der Grossraum Basel (BS, BL) ist aufgrund seiner geografischen Lage – insbesondere der verkehrsbedingten Knotenlage (Flughafen, Zug- und Autobahnstrecken sowie Häfen) – nach wie vor ein «Drehkreuz» des internationalen Drogenhandels, welches auch die Transportrouten von Betäubungsmitteln mit Ziel Schweiz oder Ziel des Transits (Nord-Süd, Süd-Nord) in sich vereint. Während früher davon ausgegangen werden musste, dass grössere Kokainaufgriffe (bspw. Zuladungen in Kaffeecontainern, welche bspw. in den Terminals der beiden BL-Häfen aufgegriffen werden konnten) wohl «Irrläufer» waren, resp. bereits an den grossen Häfen Antwerpen und Rotterdam hätten «gelöscht» werden sollen, können heute Kokainlieferungen in den entsprechenden Terminals im Kanton BL festgestellt werden, deren eindeutiger Bestimmungsort zur «Löschung der illegalen Zuladung» tatsächlich die Schweiz, resp. der Kanton BL ist.

Die Anzahl der Fälle des Konsums von Betäubungsmitteln, resp. illegalen Substanzen – und damit einhergehend auch die Anzahl der Fälle des Handels mit Betäubungsmitteln, resp. mit illegalen Substanzen – ist über die letzten Jahre nicht rückläufig gewesen, sondern das Dunkelfeld hat vielmehr zugenommen. Es wird aber nur das verfolgt, was auch festgestellt wird – und wenn für die Feststellung der Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz keine Ressourcen zur Verfügung stehen, erfolgen auch keine Beanzeigungen dieser Fälle (weder im Bereich des Substanz-Konsums noch im Bereich des Substanzen-Handels).

Für die statistische Abnahme der Gesamtfallzahlen massgeblich dürfte somit einerseits die Verzichtsplannung der Sipo im Bereich der Holkriminalität sein, da die Sipo primär im Übertretungsbereich (Besitz und Konsum) tätig ist. Andererseits steht der Einbruch der Fallzahlen in den Bereichen Vergehen und Verbrechen (d.h. einfacher und qualifizierter Handel) in direktem Zusammenhang mit der personellen Ausgestaltung des für diese Bereiche verantwortlichen Betäubungsmitteldienstes. Der über die letzten Jahre feststellbare Rückgang an (beanzeigten) schweren Betäubungsmitteldelikten (Vergehen und Verbrechen) kann so auch in Abhängigkeit gebracht werden mit der hierzu parallel verlaufenden personellen Reduktion des Betäubungsmitteldienstes.⁷⁷

Gerade weil es sich bei den Betäubungsmitteldelikten meistens um Holkriminalität handelt, ist die Aufklärungsquote entsprechend hoch. Bei den nicht aufgeklärten Fällen handelt es sich um Betäubungsmittelfunde.

⁷⁷ Im Rahmen des Stellenabbaus bei der Polizei Basel-Landschaft wurde im Jahre 2012 der OK-Dienst aufgehoben. Ab diesem Zeitpunkt wurde die täterbasierte Ermittlungsarbeit im Bereich der Holkriminalität, welcher primär bei Delikten im Bereich der organisierten Kriminalität und des organisierten, banden- und gewerbmässigen Drogenhandels erfolgt, auf die alleinigen Schultern der damaligen Drogenfahndung (DF; Vorläufer des heutigen Betäubungsmitteldienstes [BMD]) verteilt. Zusätzlich wurden aber auch bei der Drogenfahndung Stellen abgebaut. Nachdem mit Fakten belegt werden konnte, dass der Mindestbestand für die Auftragsbefüllung nicht mehr vorhanden war, wurde der BMD für die BM-Deliktbearbeitung im Frühjahr 2022 mit einer zusätzlichen Stelle ergänzt.

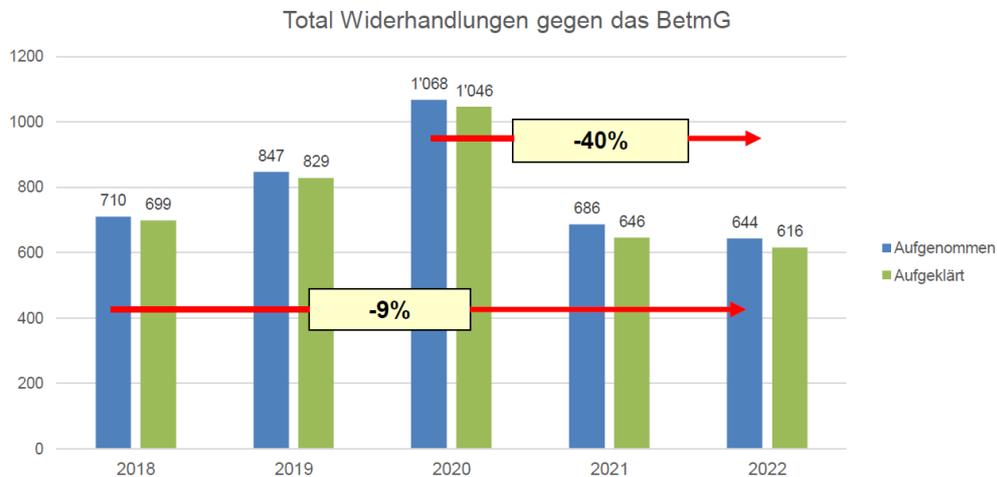


Abbildung 21: Entwicklungen im Bereich Betäubungsmitteldelikte (Übertretungen, Vergehen und Verbrechen).
Quelle: PKS.

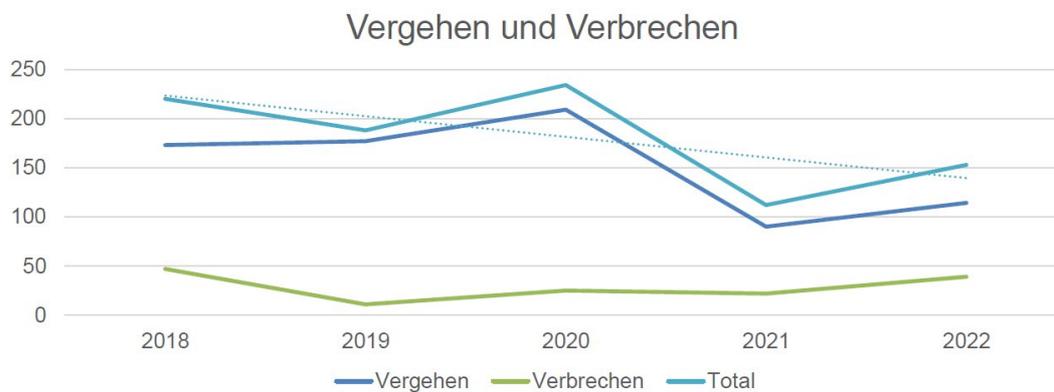


Abbildung 22: Vergehen und Verbrechen (ohne Übertretungen) im Bereich Betäubungsmitteldelikte. Quelle: PKS.

Beim BMD hat sich die Aufgabenerfüllung (**mit Gültigkeit für die gesamte Ermittlung**) durch folgende Faktoren verändert:

- Mit klassischen Ermittlungsmethoden kann Betäubungsmittelkriminalität, welche als Form der organisierten Kriminalität betrachtet werden muss, nicht mehr bekämpft werden. Zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform muss vermehrt auf technische Überwachungsmassnahmen gesetzt werden, welche aber direkten Einfluss auf die Arbeitsbelastung hat. So benötigt bspw. ein 10-minütiges Gespräch aus einer Telefonüberwachung rund 40 Minuten, bis dieses gerichtsverwertbar aufgearbeitet ist. Ein 10-minütiges Gespräch aus einer Audioüberwachung benötigt rund 60 Minuten bis zur gerichtsverwertbaren Aufbereitung. Videoüberwachungsmassnahmen über 24 Stunden benötigen ebenfalls rund 12 Stunden bis zur gerichtsverwertbaren Aufarbeitung der fallrelevanten Datensequenzen, da derzeit KI-Lösungen, wie z.B. Gesichtserkennungs-Software, nicht vorhanden sind.

- Die Zunahme verschlüsselter Kommunikationstechnologien erschwert die Strafverfolgung zusätzlich und benötigt stetige Innovation von Seiten der Strafverfolgungsbehörden – oft auch mit vorher nicht absehbaren zeitlichen und ressourcenmässigen Aufwendungen. Im Gegenzug zur verschlüsselten Kommunikationstechnologie werden fallrelevante Daten auf «normalen» Kommunikationsmitteln so gut wie nicht mehr gefunden, resp. bedürfen zur Auswertung hervorragender Fall- und Sachkenntnisse und entsprechender Interpretation der Datenfragmente. Werden dann verschlüsselte Kommunikationstechnologien, wie zuletzt ENCROCHAT, SkyECC und ANOM, durch die Strafverfolgungsbehörden «geknackt», spült dies eine schier unendliche Datenmenge in Bezug auf kriminelle Organisationen und deren Machenschaften an die Strafverfolgungsbehörden zurück, deren Auswertung und Verfolgung zusätzlichen enormen Aufwand bedingt.
- Die stetige Zunahme der Speicherkapazitäten auf Mobiltelefonen erhöht den Auswerteaufwand immens. Während noch vor einigen Jahren Auswertereports wenige Seiten umfassten, umfassen diese heute – sofern diese ausgedruckt würden – mehrere 100'000 Seiten. Die zu bearbeitenden Datensätze steigen ins schier unermessliche, wobei Funktionen wie «automatische Löschfunktion» oder «interne Verschlüsselung» die Auswertung zusätzlich erschweren.

11.5. Entwicklungen im Bereich Wirtschaftskriminalität

Für den Begriff Wirtschaftskriminalität gibt es keine Legaldefinition und keinen eigenen Straftatbestand, aber immerhin erwähnt Art. 24 StPO den Begriff «Wirtschaftskriminalität». Der im besten Fall «unscharfe» Begriff kommt aus der Kriminologie und ist dort die Bezeichnung für Straftaten, die wirtschaftliche Bezüge aufweisen. Als typische Kriterien werden etwa erwähnt: keine eigentliche Gewalt (also: Bankräuber fällt nicht darunter); betriebswirtschaftliches Fachwissen; Vertrauensmissbrauch; «Verflüchtigung der Opfereigenschaft» und das Vorliegen mindestens eines Normenverstosses.

Im Bereich Wirtschaftskriminalität ist vor allem an folgende Delikte zu denken, welche teilweise auch in der Kompetenz der Bundesanwaltschaft liegen können (Art. 24 StPO):

- Veruntreuung (Art. 138 StGB)
- Betrug (Art. 146 StGB)
- Wucher (Art. 157 StGB)
- betrügerischer Konkurs (Art. 163 StGB)
- Urkundenfälschung (Art. 251 StGB)
- Geldwäscherei (Art. 305bis StGB)
- Insiderdelikte (Art. 40 BEHG⁷⁸)
- Kursmanipulation (Art. 40a BEHG)
- Meldepflichtverletzung (Art. 20 BEHG)
- Verletzung des Bankkundengeheimnisses (Art. 47 BankG⁷⁹)
- diverse Steuerdelikte etc.

Ein Unterbegriff der Wirtschaftskriminalität ist die Bezeichnung «Para-Wirtschaftskriminalität». Darunter werden Verfahren der mittelschweren Wirtschaftskriminalität verstanden. Die Abgrenzung zur Wirtschaftskriminalität liegt darin, dass sich die Wirtschaftskriminalität mit Fällen beschäftigt,

⁷⁸ Bundesgesetz vom 24.03.1995 über die Börsen und den Effektenhandel (SR 954.1).

⁷⁹ Bundesgesetz vom 08.11.1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0).

denen umfangreiche, komplizierte oder schwerwiegende Vorgänge zugrunde liegen oder deren Untersuchung aufgrund ihrer Komplexität besondere wirtschaftliche oder buchhalterische Kenntnisse erfordert. Die Abgrenzung ist indes ungenau und wird noch zu konkretisieren sein.

Reale Zahlen oder Statistiken zum Vorkommen von Wirtschaftskriminalität bestehen nicht. Die Dunkelziffern dürften demnach hoch sein, zumal sich seit 2003 auch Unternehmen strafbar machen können (Art. 102 StGB).

Der Missbrauch des Kantons Basel-Landschaft als logistisches Refugium dürfte ein Problem darstellen, welches sich bislang nur sehr marginal offen manifestiert hat. Demzufolge dürften, gerade in Verbindung mit der organisierten Kriminalität, der Finanzbereich und damit verwandte Bereiche, den wesentlichen Punkt zur Kriminalität darstellen, den es zu bekämpfen gilt. Die Vermögenswerte der organisierten Kriminalität dürften nur dann im unternehmerischen Sinn verfügbar sein, wenn sie vorgängig gewaschen worden sind. Oftmals wird Wirtschaftskriminalität als «opferloses Verbrechen» oder «opferverdünntes Verbrechen» bezeichnet (siehe dazu auch die Definitionsmerkmale), aber man muss in diesem Zusammenhang beachten, dass die Vorläuferdelikte immer Opfer fordern werden.

Zudem ist zu beachten, dass die Wirtschaftskriminalität letztendlich nicht nur einzelne Bürger bedroht, sondern die Wirtschaft als Ganzes. Je nachdem ist sogar denkbar, dass die Vermischung von Gewinnen der Wirtschaftskriminalität mit den legalen Finanzströmen eine makroökonomische Destabilisierung bewirken könnte. Durch die Entstehung von Parallelgesellschaften, in denen sich beispielsweise ein Unternehmen durch den Vertrieb von Hehlerware oder Aufstockung des Firmenkapitals mit Hilfe illegal generierter Mittel einen erheblichen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber den legal tätigen Unternehmen verschafft, kann der Markt erheblich beeinflusst werden. Es ist sogar denkbar, dass sich legale Unternehmen in Anbetracht dieses wirtschaftlichen Drucks in die Abhängigkeit krimineller Strukturen begeben, um so ihren Fortbestand sichern zu können. Die Auswirkungen auf die legale Wirtschaft wären fatal, da dadurch die kriminellen Unternehmen einen gefährlich hohen Einfluss erzielen könnten, der sich möglicherweise auch politisch manifestieren könnte.

12. Entwicklungen im Bereich der Delikte gegen die sexuelle Integrität

Bei der sexuellen Belästigung ist von 2018 – 2022 eine Steigerung um 219% festzustellen.

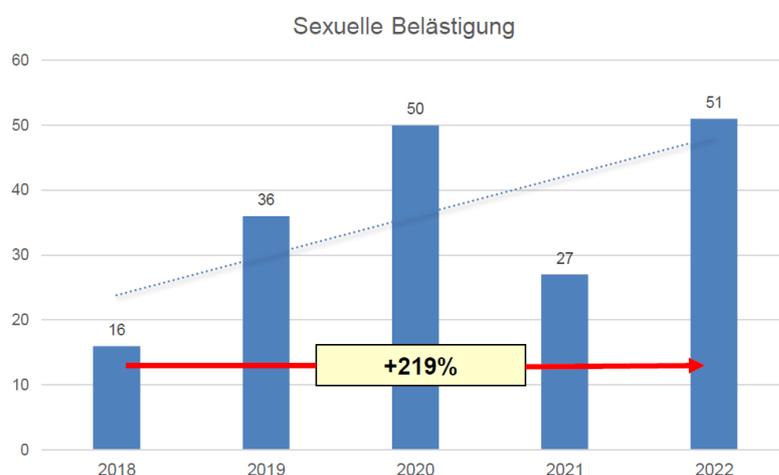


Abbildung 23: Entwicklung Delikte gegen die sexuelle Integrität, Quelle: PKS.

Bei der illegalen Pornografie gibt es ebenfalls eine Steigerung von 111%.

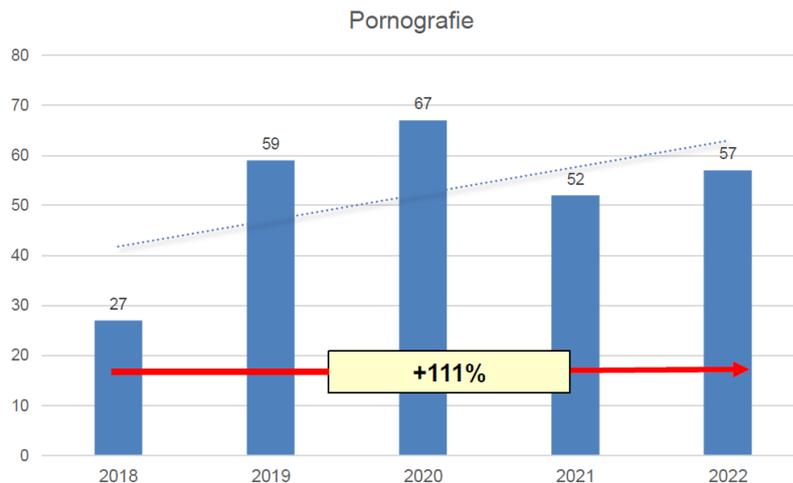


Abbildung 24: Entwicklung illegale Pornografie, Quelle: PKS.

Die Vergewaltigungen haben von 2018 – 2022 ebenfalls um 117% zugenommen.

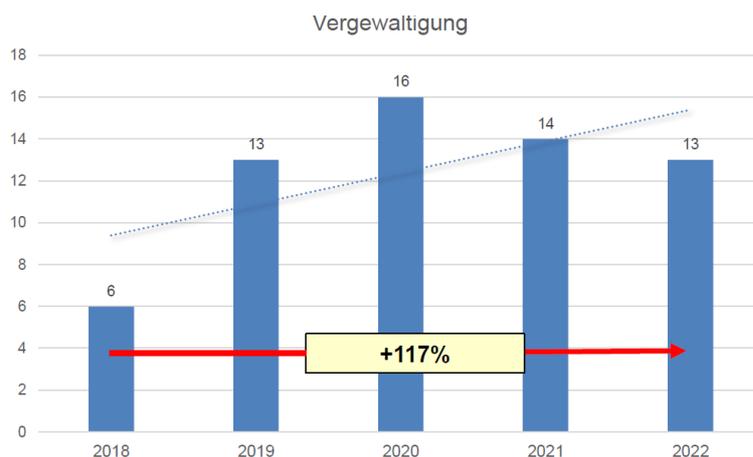


Abbildung 25: Entwicklung Vergewaltigung, Quelle: PKS.

13. Entwicklungen im Bereich der häuslichen Gewalt

Häusliche Gewalt bedeutet körperliche, psychische oder sexuelle Gewalt in familiären oder partnerschaftlichen Beziehungen. Von häuslicher Gewalt ist auch die Rede, wenn die Beziehung bereits aufgelöst ist, wenn das Paar/die Familie getrennt wohnt oder wenn die Gewalt erst angedroht wird. Häusliche Gewalt kann einseitig oder gegenseitig erfolgen. Sie belastet auch die Kinder, die

Zeugen dieser Gewalt werden. Die Gewalthandlungen können einzeln oder kumuliert erfolgen und nehmen meist an Intensität und Häufigkeit zu. In den letzten Jahren wurden daher verschiedene Projekte zu diesem Thema lanciert, so auch die Roadmap des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) und der KKJPD betreffend Häuslicher Gewalt vom 30.04.2021.⁸⁰

Bei der häuslichen Gewalt ist im Kanton Basel-Landschaft von 2018 – 2022 eine fast konstante Delikts- und Einsatzanzahl (durchschnittlich 630 Einsätze und 343 Delikte in jedem Jahr) festzustellen. Gerade in diesem Deliktsbereich dürfte jedoch das Dunkelfeld in Anbetracht der hohen Täter-Opfer-Ambivalenz (begründet in emotionalen Abhängigkeiten sowie Ängsten vor dem Verlust der Familienstruktur und finanziellen Einbussen etc.) erheblich sein.

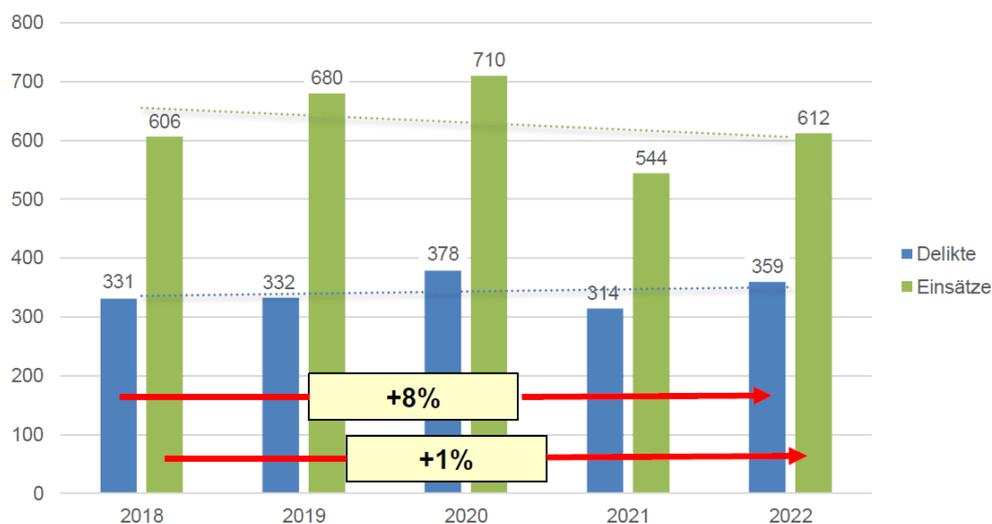


Abbildung 26: Entwicklung häusliche Gewalt, Quelle: PKS.

Der geführte strategische Dialog im Zusammenhang mit der Roadmap des EJPD und der KKJPD betreffend Häuslicher Gewalt zeigte, dass hauptsächlich im Vollzug Handlungsbedarf besteht und dass die bisherigen Anstrengungen fortgesetzt und verstärkt werden müssen. Konkrete Massnahmen betreffen insbesondere den Gewaltschutz, technische Mittel und die Einrichtung einer zentralen Telefonnummer für Opfer von Straftaten. Die Roadmap fordert, dass der Bund und die Kantone die Bedeutung der Präventionsarbeit und die Notwendigkeit, diese zu verstärken, anerkennen. Es sollen Projekte unterstützt werden, die Opfer, gewaltausübende Personen, Fachleute und die Gesamtbevölkerung sensibilisieren und informieren. Dabei wird betont, dass der Gewaltschutz, insbesondere im Bereich der häuslichen Gewalt, präventiv erfolgen muss. Es wird explizit darauf hingewiesen, dass sich die Gewaltprävention nicht nur auf Fälle beschränken soll, in denen das Risiko als hoch eingeschätzt wird. Dafür soll im Hinblick auf die Risikobeurteilung zwingend die Sichtweise des Opfers in Bezug auf die Bedrohung berücksichtigt werden.

⁸⁰ Häusliche Gewalt: Roadmap von Bund und Kantonen, 30.04.2021.

14. Entwicklungen im Bereich der Jugendkriminalität

Jugenddelikte sind Straftaten, bei deren Täterschaft es sich um Minderjährige handelt. Die Zahlen der Jugenddelikte sind sehr tief, was bei der Auswertung der Statistik zur Unschärfe führt. Allgemein sind die Jugenddelikte in den letzten 5 Jahren gestiegen. Zwischen dem Jahr 2018 und 2022 gab es eine Zunahme von insgesamt 28%, wobei der grösste Anteil auf den Bereich Vermögen entfiel und vor allem im Jahr 2022 stattfand.

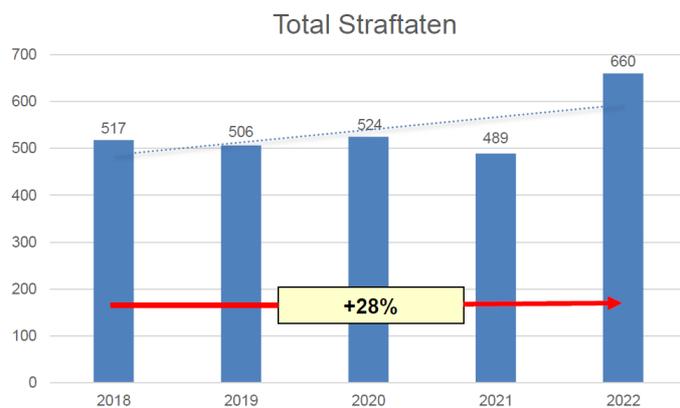


Abbildung 27: Entwicklung Straftaten im Bereich der Jugendkriminalität, Quelle: PKS.

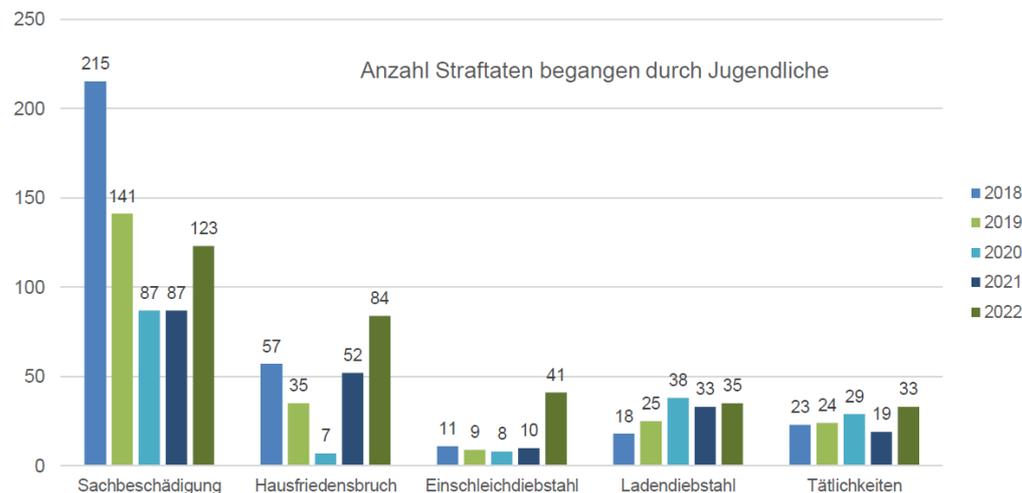


Abbildung 28: Anzahl Straftaten, begangen durch Jugendliche, Quelle: PKS.⁸¹

⁸¹ Der Extremwert von 215 Sachbeschädigungen im Jahr 2018 resultiert aus grösseren Strafverfahren gegen Gruppen jugendlicher Sprayer.

Stellt man hingegen nicht alleine auf die PKS ab, sondern zieht die Daten aus dem ABI⁸², so zeigt sich ein anderes Bild. Die Abweichung ist darin begründet, dass im Zeitpunkt, als eine Straftat an die PKS gemeldet wurde, sie evtl. noch als ungeklärt gemeldet worden war, zwischenzeitlich jedoch im ABI eine beschuldigte Person aufgeführt worden ist.

Jugenddelikte - Steigende Straftatbestände Leib und Leben

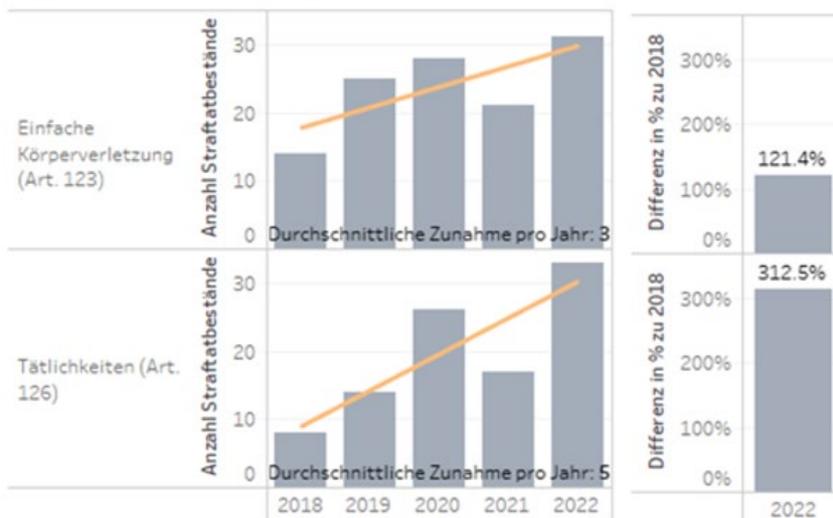


Abbildung 29: Übersicht der am stärksten steigenden Straftatbestände im Bereich Leib und Leben. Quelle: ABI3.

Dazu ist folgendes festzuhalten:

- Teilweise bestehen rivalisierende Gruppierungen.
- Die Kriminalität verlagert sich auch bei den Jugendlichen immer mehr in den digitalen Bereich.
- Weiter hat bei den Jugendlichen der Substanzmissbrauch zugenommen. Jugenddienst und Jugendanwaltschaft stellen vermehrten (gefährlichen) Mischkonsum von Medikamenten und Betäubungsmitteln, oftmals in Verbindung mit Alkohol, durch Jugendlichen und jungen Erwachsenen fest.
- Auch haben die Gewaltdelikte bei Jugendlichen bereits vor Beginn der Pandemie zugenommen. Dies hat sich nach 2020 und den verschiedenen Schliessungen (Sport- und Freizeitangebote) weiter akzentuiert.
- Die Hemmschwelle zur Gewalt ist gegenüber früher niedriger. Dabei kommen oft gefährliche Gegenstände wie Messer, Schlagringe, Schlagstöcke, etc. zum Einsatz.
- Seit einigen Monaten ist vermehrte Kriminalität von jugendlichen Asylbewerbenden nordafrikanischer Herkunft festzustellen.

⁸² ABI ist das polizeiliche Vorgangsbearbeitungssystem, in welchem die Fälle fortlaufend erfasst und aktualisiert werden.

Die Präventionseinsätze des Jugenddienstes haben von 2019 – 2022 ebenfalls massiv zugenommen:

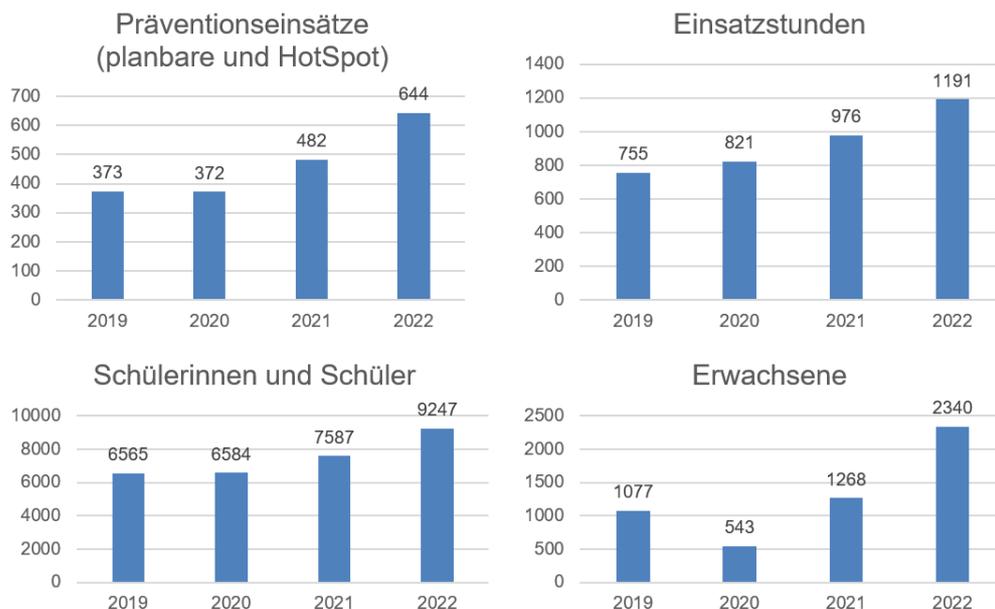


Abbildung 30: Entwicklung Präventionseinsätze, Quelle: Jugenddienst.

15. Entwicklungen im Bereich Verkehr

15.1. Verkehrsentwicklung

In seinen Verkehrsperspektiven 2050⁸³ geht der Bund zwar davon aus, dass der Personenverkehr mit 11% insgesamt weniger stark zunimmt als die Bevölkerung und dieser Zuwachs in erster Linie im öffentlichen Verkehr stattfinden wird. Allerdings sorgt der stark wachsende Güterverkehr auf der Strasse auch im Basisszenario für insgesamt steigende Fahrleistungen auf den Strassen von rund 6%. Im Szenario «Weiter wie bisher» wird die Zunahme gar auf knapp 19% Mehrverkehr geschätzt. In beiden Szenarien nimmt der Freizeitverkehr am meisten zu.

Die Belastung der Strassen wird demnach weiter zunehmen. Unterdessen haben sich die Verkehrszahlen wieder auf die Rekordhöhen vor Corona erholt⁸⁴. Da die Kapazitätsgrenzen bereits heute vielerorts erreicht werden, resultieren daraus zwei Effekte: einerseits nimmt die Anzahl der Stautunden zu, und andererseits weichen viele Verkehrsteilnehmer den Staus aus. Bereits heute dominiert der Freizeitverkehr die Zeit ab Mittag bis zur Abendspitze. Während früher der Tagesverlauf durch kurze Morgen- und Abendspitzen geprägt wurde, ist heute die Verkehrsmenge auch dazwischen beträchtlich. Generell führt die kleinste Störung des Verkehrsablaufes auf den Nationalstrassen zu Stauereignissen, die sofort auch das umliegende Strassennetz überlasten. Zudem

⁸³ ARE (2022): Verkehrsperspektiven 2050, Bern

⁸⁴ ASTRA (2023): Verkehrsentwicklung und Verkehrsfluss 2022, Bern

sind (Auffahr-) Unfälle im stockenden Verkehr deutlich häufiger. Die ökonomischen Kosten von Staus sind beträchtlich (rund 3 Milliarden in der Schweiz).⁸⁵

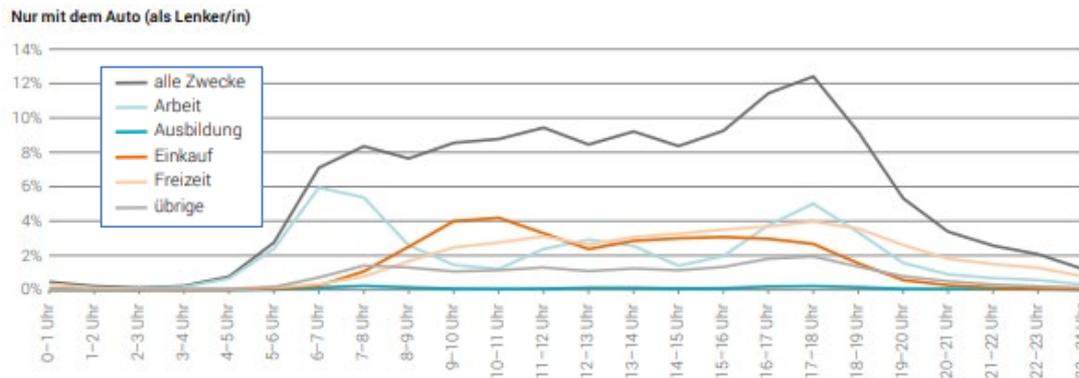


Abbildung 31: Tageszeitliche Verteilung des Verkehrs.⁸⁶

Der Verkehrsablauf muss auf der bestehenden Strasseninfrastruktur besser organisiert werden. Einerseits sind Störungen möglichst rasch zu beheben: Die Verkehrspolizei hat den expliziten Auftrag, blockierte Verkehrsflächen so rasch wie möglich freizugeben und den Verkehr schnellstmöglich wieder ungestört fließen zu lassen. Deswegen sollten polizeiliche Ermittlungen zum Unfallhergang vor Ort so kurz wie möglich gehalten werden, bedingen aber ein schnelles Eintreffen der ersten Patrouille und ggf. der Unfalltechnik. Andererseits muss der Verkehrsfluss mit unterstützenden Massnahmen möglichst stabil gehalten werden. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) führt deswegen auf allen stark belasteten Autobahnabschnitten in Zukunft Geschwindigkeitsharmonisierungs- und Gefahrenwarnungssysteme (GHGW) ein⁸⁷. Erfahrungen haben gezeigt, dass diese Systeme die Verkehrsleistung deutlich erhöhen können, allerdings nur wenn die Einhaltung der Vorgaben auch kontrolliert wird. Das ASTRA pocht deswegen auf die Unterstützung des Verkehrsmanagements durch die kantonalen Polizeikörper und stellt diesen auch entsprechende Kontrollanlagen zur Verfügung. Der Einsatzbedarf der Polizei für die Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses nimmt in den nächsten Jahren zu, kann allerdings derzeit noch nicht quantifiziert werden.

15.2. Verkehrssicherheit

In den letzten Jahrzehnten sind die Unfallzahlen und die Anzahl von Strassenverkehrsoffern stetig zurückgegangen. Seit 2019 jedoch nehmen diese schweizweit wieder zu; insbesondere stieg die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten im Kanton Basel-Landschaft von 56 auf 87 Opfer im Jahre 2022.

⁸⁵ ARE (2022): Kosten der Überlastung der Transportinfrastruktur (KÜTI) Grundlagenstudie. Aktualisierung der Berechnungen durch das ARE, Bern.

⁸⁶ BFS / ARE (2023): Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2021, Neuchâtel und Bern.

⁸⁷ ASTRA (2023): Verkehrsentwicklung und Verkehrsfluss 2022, Bern: Seite 62/63; Region Basel rund 168 Richtungskilometer.

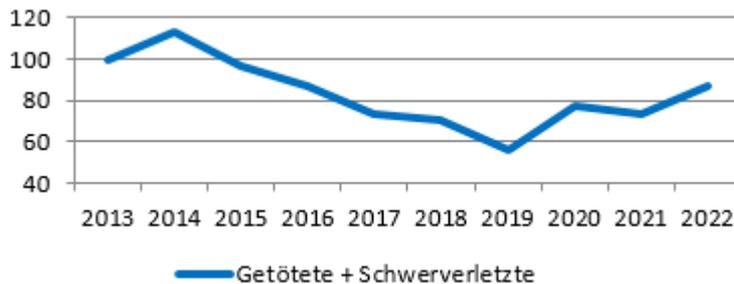


Abbildung 32: Anzahl der im Verkehr getöteten und schwerverletzten Personen pro Jahr, Quelle: Verkehrsunfallstatistik Basel-Landschaft 2022.

Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren die Anzahl der Verletzten im Bereich der schnellen E-Bikes⁸⁸ und der elektrischen Trendfahrzeuge⁸⁹, insbesondere auch mit Lenkern über 40 Jahren.

Die häufigsten Unfallursachen sind mangelnde Aufmerksamkeit, zu geringe Abstände, die Missachtung des Vortritts, überhöhte Geschwindigkeit und der Zustand der Person. Die meisten dieser Fehlverhalten lassen sich nur mit persönlicher Beobachtungen im Verkehr feststellen und ahnden. Seit 2018 hat sich die Anzahl ausgestellter Ordnungsbussen von 22'577 auf 11'451 fast halbiert, was ein klarer Hinweis darauf ist, dass die Polizei in diesem Bereich ihre Kontrolltätigkeit (die meist eine Nebenfunktion der täglichen Arbeit ist) immer mehr reduziert hat.

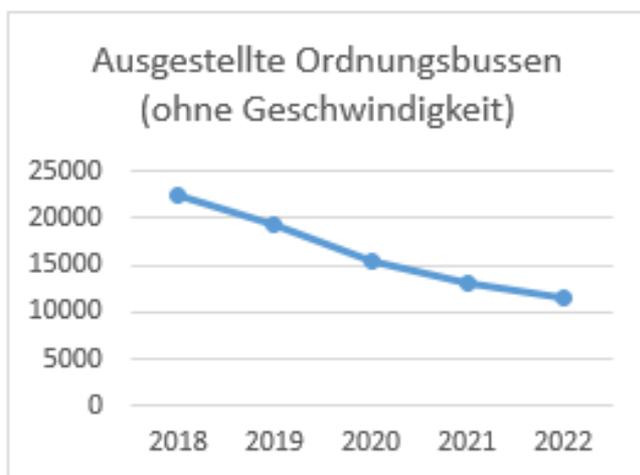


Abbildung 33: Ausgestellte Ordnungsbussen pro Jahr, Quelle: HA Verkehr Polizei Basel-Landschaft.

Aus Sicht der Verkehrssicherheit sollten die Prävention und die Kontrollen im Verkehr verstärkt werden. Durch eine stärkere Auswertung von Verkehrsdaten können Kontrollen wirkungsorientier-

⁸⁸ Zulässige Höchstgeschwindigkeit 45 km/h.

⁸⁹ Zulässige Höchstgeschwindigkeit 20 bzw. 25km/h.

ter gesteuert werden. Dies bedingt jedoch die Erhebung von zusätzlichen Daten und die entsprechenden Analyse-Kompetenzen müssen aufgebaut werden. Aber die Präsenz auf der Strasse ist für die Ahndung vieler unzulässiger Manöver zwingend.

15.3. Verkehrserziehung und -prävention

Die Verkehrserziehung ist ein wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler hat seit 2010 im Kanton Basel-Landschaft über 10% zugenommen, stärker als die Bevölkerungszunahme von 8%.⁹⁰ Insgesamt hat die Anzahl der Schulklassen sogar um rund 15% erhöht. Die Polizisten der Verkehrsinstruktion besuchen weiterhin alle geplanten Klassenstufen; allerdings mussten dafür die präventiven Aktionen ausserhalb der Schulen stark zurückgefahren werden.

Die Unfallstatistik, die Situation mit Trendfahrzeugen, die zunehmende Technisierung im Verkehr und die zunehmende Verkehrsdichte erfordern zusätzliche Anstrengungen im Präventions- und Ausbildungsbereich ausserhalb der obligatorischen Schulstufen. Das Aufgreifen aktueller Themen, die Planung und Durchführung von Schwerpunktaktionen sowie Kurse für andere Bevölkerungsgruppen (z.B. für Jugendliche ab 16 Jahren, für Pensionierte oder für Neuzugezogene) ist zugunsten der Aufrechterhaltung des schulischen Normalprogramms nur noch eingeschränkt möglich.

15.4. Trendfahrzeuge

Die Verkaufszahlen elektrischer Trendfahrzeuge sind seit einigen Jahren stark am Steigen. Einerseits gibt es diverse Fahrzeuge (z.B. Hoverboards, Solowheels), welche über keine Verkehrszulassung verfügen. Diese dürfen aber, aufgrund fehlender gesetzlicher Bestimmungen, legal verkauft und erworben werden. Deren Nutzung beschränkt sich ausschliesslich auf abgesperrte Privatareale. Im Alltag sind solche Fahrzeuge jedoch oft auch auf öffentlichen Strassen anzutreffen. Andererseits gibt es diverse Fahrzeuge, die je nach Höchstgeschwindigkeit in verschiedenen Kategorien zugelassen sind. Oft ist die mögliche Höchstgeschwindigkeit elektronisch abgeriegelt und kann via Manipulation umgangen werden. Diese Manipulationen sind schwer zu entdecken und teilweise mit einem Knopfdruck bei einer Kontrolle nicht mehr sichtbar. Kontrollen brauchen deswegen nicht nur viel Aufwand, sondern verlangen auch zunehmend mehr technisches Know-how. Da laut Verkehrsunfallstatistik Basel-Landschaft 202 mit Trendfahrzeugen auch immer mehr Unfälle zu verzeichnen sind, wären zusätzliche Fokuskontrollen und der Aufbau des dazu notwendigen technischen Wissens der Mitarbeitenden notwendig.

15.5. Fahrzeugtechnik

Die Fahrzeuge auf den Schweizer Strassen werden immer moderner und damit auch ihre Ausrüstung. Bereits seit mehr als 30 Jahren übernimmt die Schweiz die technischen Vorschriften von Fahrzeugen aus der EU. Aktuelle Fahrzeugmodelle deutscher Hersteller haben bis zu 100 verschiedene Steuergeräte, welche gegenseitig kommunizieren und Daten speichern. Bereits seit einigen Jahren ist es möglich, den sogenannten Event Data Recorder (EDR) bestimmter Fahrzeugmarken auszulesen, welcher im Falle eines Unfalls ein Zeitfenster vor bis nach dem Unfall abdeckt. Festgehalten werden Längs- und Querschleunigungen, Motordrehzahl, Lenkwinkel, ob

⁹⁰ <https://data.bl.ch/>.

die Insassen angeschnallt waren, etc. Einige Fahrzeughersteller schützten diese Daten durch eine Codierung. Durch eine Gesetzesanpassung der EU wurden die Fahrzeughersteller verpflichtet, bei allen Fahrzeugtypen, welche seit Juli 2022 neu den Markt kommen, die Daten des EDR in einem gebrauchsfertigen Format aufzuzeichnen. Diese Daten ersetzen nicht die klassische Spurensicherung bei Verkehrsunfällen, aber sie dienen als zusätzliche Beweismittel zum Spurenbild am Unfallort und den Schäden an den beteiligten Fahrzeugen. Da der EDR jedoch exakte Zahlen liefert, sind diese Daten bei einem Verkehrsunfall für eine korrekte Unfallursachenklärung sehr wichtig. Der Aufwand, diese Spuren zu sichern und gerichtsverwertbar aufzubereiten, wird (weiter) stark ansteigen (mehr ausgerüstete Fahrzeuge, mehr verbaute Sensoren; Status quo bei Gerichten, diese Spuren auch zu berücksichtigen).

Ebenso werden viele Fahrzeuge durch die Nutzer selbst abgeändert/getunt und sind dadurch oft nicht verkehrssicher oder viel zu laut unterwegs. Die Kontrolle solcher Fahrzeuge gestaltet sich sehr zeitintensiv, da mögliche Manipulationen im Regelfall gut versteckt sind. Teilweise können solche Fahrzeuge über eine Software innert Sekunden wieder in einen korrekten Zustand versetzt werden, z.B. bei einer Kontrolle. Ebenfalls verfügen die meisten Fahrzeuge über eine Mobilfunkanbindung, worüber ebenfalls Parameter geändert oder gar ganze Updates eingespielt werden können. Bei aus Kontrollen oder Unfällen sichergestellten Fahrzeugen muss gewährleistet werden, dass deren Software und Parameter nicht verändert werden können. Aber auch bei «normalen» technischen Kontrollen wird es schwieriger, zwischen regelkonformen und illegalen Abänderungen zu unterscheiden, da sich auch im Automobilbereich die Technologie sehr schnell ändert. Entsprechend sind die Mitarbeiter stark gefordert, ihr Wissen up-to-date zu halten.

15.6. Automatisierung des Verkehrs

Mit der Einführung von immer stärker unterstützenden Assistenzsystemen nimmt die Automatisierung des Verkehrs zu. Die Gesetzgebung der Schweiz übernimmt hier grösstenteils jene der EU. Bis zum vollautomatisierten Betrieb im Level 5 (ohne Fahrer, beliebige Situation und Strecke) ist es noch weit, aber aus polizeilicher Sicht ist die jetzige Phase bis zur Vollautomatisierung viel anspruchsvoller. Zurzeit ist der Lenker noch immer zu jeder Zeit für seine Fahrt mit einem Fahrzeug verantwortlich, aber schon heute dienen angeblich fehlerhafte Assistenzsysteme als Ausreden bei Unfällen. Mit der baldigen Einführung von teilautomatisierten Systemen (Level 3) wird es einen Übergang bei der Verantwortlichkeit zum Hersteller des Fahrzeugs geben. Deswegen wird für die Klärung des Unfallhergangs die Auswertung verschiedenster Sensoren und Datenbanken notwendig sein, auch um Manipulationen an den Systemen und Sensoren zu erkennen. Einerseits steigt damit der Anspruch an technische Kompetenzen bei der Polizei, andererseits ist dabei auch ein vertieftes Wissen über die juristischen Zusammenhänge notwendig.

15.7. Überprüfung Bauprojekte

In den letzten Jahren hat die Anzahl der durch die Verkehrspolizei zu prüfenden Baugesuche, Anfragen und Begehren sowie Strassenbauprojekte in Bezug auf die Verkehrssicherheit stark zugenommen.

Kennzahlen Verkehrssicherheit (Anzahl eröffnete Geschäfte)				
Jahr	Baustellen	Baugesuche	Anfragen/Begehren	Strassenbauprojekte
2018	Kann nicht mehr rekonstruiert werden (Daten 2021 nur aus Fabasoft ab 15.09).	87	56	40
2019		106	158	29
2020		80	178	36
2021	101	147	187	51
2022	322	156	213	64
bis 30.11.2023	314	143	277	43

Abbildung 34: Kennzahlen Verkehrssicherheit, Quelle: Geschäftskontrolle HA Verkehr der Polizei Basel-Landschaft.

Auch haben die Komplexität der Tätigkeiten und die Anforderungen stetig zugenommen. Hinzu kommt, dass heute auch zunehmend zu Einsprachen, politischen Anfragen/Eingaben usw. Stellung bezogen werden muss. Gegenwärtig kann die Arbeitslast nur dank eines zusätzlichen Mitarbeiters aus dem Dienst Verkehrsaufsicht bewältigt werden, der aber dort für die verkehrspolizeilichen Aufgaben fehlt. Eine Verstärkung der Ressourcen ist zwingend.

16. Entwicklungen im Bereich Tier und Umwelt

Die Gesetzgebung im Bereich Tierschutz und Umweltkriminalität hat zum Ziel, die Tiere, die Bevölkerung und die Umwelt vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. Sie ist insbesondere in folgenden rechtlichen Grundlagen speziell geregelt: Tierschutzgesetz (SR 455. TSchG), Tierschutzverordnung (SR 455.1, TSchV), Europäisches Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (SR 0.452), Tierversuchsverordnung (SR 455.163), Umweltschutzgesetz (SR 814.01, USG), Tierseuchengesetz (SR 916.40TSG) Luftreinhalte-Verordnung (SR 814.318.142.1, LRV).

Bei sämtlichen Delikten im Bereich der Tier- und Umweltkriminalität handelt es sich um Officialdelikte, welche von der Polizei von Amtes wegen zu verfolgen sind. Dies spiegelt sich auch im Polizeigesetz wider:

- § 3 Abs. 1 lit. a: Sie (die Polizei, Anm.) ergreift Massnahmen, um unmittelbar drohende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für Mensch, Tier und Umwelt abzuwehren und eingetretene Störungen zu beseitigen.
- § 3 Abs. 1 lit. b: Sie (die Polizei, Anm.) trifft Vorkehrungen zur Erkennung, Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten.

16.1. Tierschutz

Die Polizei ist für die Behandlung von Strafanzeigen im Bereich der Tierschutzgesetzgebung sowie für die zwangsweise Durchsetzung zusammen mit dem Amt für Veterinärwesen zuständig.

Bereits 2007 wurde bei der Polizei BL darüber diskutiert, wie Tierschutzdelikte bearbeitet werden sollen. Damals wurde entschieden, dass die Thematik ohne spezielle Fachstelle abgedeckt wird, und seither wird die täglich anfallende Ereignisbewältigung im Tierschutzbereich durch alle Polizei-Mitarbeitenden vorgenommen und gegebenenfalls zur Anzeige gebracht.

Aufgrund persönlicher Initiativen haben sich in der Polizei Basel-Landschaft einzelne Mitarbeitende in den letzten Jahren vertiefte Kenntnisse im Bereich der Jagd/Fischerei oder mit der Exotientierhaltung (Schlangen, Skorpione, usw.) angeeignet. Vereinzelt unterstützt die Polizei bei diesen Personen die Weiterbildung im Bereich Tierschutz oder bei der Teilnahme in entsprechenden Netzwerken inner- und ausserhalb der Polizei. Zudem werden die Mitglieder der Spezialeinheit Sirius (Diensthunde) von den anderen Polizeimitarbeitenden bei der Bearbeitung von Ereignissen im Bedarfsfall konsultiert oder auch aktiv beigezogen.

Tierschutzdelikte werden meist nur entdeckt, wenn sie offensichtlich sind oder von Dritten angezeigt werden. Viele Delikte bleiben selbst dann unbemerkt, wenn die Polizei vor Ort ist, weil den meisten Polizeimitarbeitenden das nötige Fachwissen dazu fehlt. Eine strategische Ausrichtung der Polizeiarbeit im Bereich des Tierschutzes mit spezifischen Kontrollen zur Einhaltung des Tierschutzes bei Tierhaltern, Tiertransporten sowie Vieh- und Reptilienmärkten finden nicht statt. Oft bedingen solche Kontrollen auch längere Vorbereitungen und Absprachen mit anderen Ämtern und Organisationen. Ebenso bleibt aufgrund des derzeitigen Milizsystems für die koordinierte Wissensvermittlung (Erkennen von Delikten, Kennen der Wissensträger) zu wenig Zeit.

In den letzten Jahren wurde mit der Bezeichnung von klaren Ansprechpersonen bei der Polizei und einem vertieften Austausch mit dem Veterinäramt der Ablauf bei Ereignissen und der Erfahrungsaustausch unter den Wissensträgern verbessert.

Werden Fälle von Tiermisshandlung oder -vernachlässigung publik, ziehen diese regelmässig ein grosses mediales Interesse auf sich. Gewalt gegen Tiere macht betroffen und ist grausam, da sich das betroffene Lebewesen nicht selber wehren kann.

Ein Blick auf andere Kantone zeigt, dass vielerorts eigens Fachstellen geschaffen wurden, die sich für die spezifischen Fragestellungen und die Koordination mit anderen Stellen zuständig zeichnen sowie für die Verbreitung des notwendigen Wissens im Korps besorgt sind; dies oftmals in Kombination mit Umweldelikten.

16.2. Umweltschutz

Ähnlich wie bei den Tierschutzdelikten werden auch im Bereich der Umweltkriminalität viele Delikte nicht erkannt. Dies auch deswegen, weil die Delikte sehr breit gefächert sind. Während Grossereignisse oder Ereignisse mit sichtbaren Folgen regelmässig mediales Interesse auf sich ziehen, ist dies bei vielen Delikten nicht der Fall, da diese nicht sofort bemerkt werden. Auch werden Delikte im Bereich der Umweltkriminalität häufig bagatellisiert, aber oft auch vorsätzlich begangen. Umweldelikte ziehen finanzielle, ökologische und gesundheitliche Schäden bei Dritten oder der Allgemeinheit nach sich. Die Umweltkriminalität ist auch bei der organisierten Kriminalität (illegale Entsorgung) ein Thema.

Im Bereich Umweldelikte ist bei der Polizei deutlich weniger (allgemeines) Fachwissen vorhanden als im Tierbereich. Zudem können Delikte im Bereich Umweltkriminalität sehr komplex sein: Sie können regional, interkantonal, national oder gar international auftreten. Für die Aufklärung von Fällen müssen nicht selten externe Spezialisten verschiedenster Fachrichtungen beigezogen werden.

In den letzten Jahren wurde der Kontakt mit dem Amt für Umweltschutz intensiviert und auf Führungsebene wird einmal jährlich eine Sitzung durchgeführt. Dies mit dem Ziel, aktuelle oder vergangene Fälle zu besprechen und Vorgehensweisen zu optimieren.

Generell kann aber festgehalten werden, dass aufgrund des fehlenden Wissens und konkreter Handlungsanweisungen die Abarbeitung von Umweldelikten sehr uneinheitlich vorgenommen wird.

C. Administration und Aufgabenerledigung

17. Zunehmende Komplexität der Fälle

Als Grund für die Belastungszunahmen wurde immer wieder die zunehmende Komplexität der Fälle genannt. Definiert man Komplexität im wirtschaftlichen Sinn als Gesamtheit aller voneinander abhängigen Merkmale und Elemente, die in einem vielfältigen aber ganzheitlichen Beziehungsgefüge stehen, so stellt sich die Frage nach der Bestimmbarkeit und Messbarkeit der einzelnen Merkmale und Elemente. Alleine die Entwicklung des Fallvolumens und der Aufklärungsquoten vermag nämlich keine verlässliche Datenbasis zur Messung der Komplexität darzustellen. Auch einer zahlenmässigen Bestimmung des Schriftgutes kommt keine genügende Aussagekraft zu, kann sich doch beispielsweise eine Einvernahme von einer einzigen Seite bis hin zu fast 100 Seiten erstrecken. Ebenso vermag eine Zählung der Ermittlungshandlungen keine genügende Datenbasis darzustellen; man kann beispielsweise eine Hausdurchsuchung einer fast leeren Einzimmerwohnung vom Aufwand her nicht mit einer Hausdurchsuchung auf einem verwinkelten Fabrikgelände mit einer komplizierten IT-Infrastruktur vergleichen.

Es galt daher, den Begriff der Komplexität in einzelne, messbare Indikatoren aufzuschlüsseln. Die Anzahl Beschuldigter pro Fall, die Entwicklung der Haftfälle und die Mengenzunahme der auszuwertenden Daten aus digitalen Komponenten erweisen sich als übergeordnete Faktoren, die zwar die Komplexität nicht vollständig zu begründen vermögen, jedoch trotzdem über eine entsprechende Aussagekraft verfügen.

17.1. Anzahl Beschuldigte pro Fall

Die Anzahl Tatbeteiligter pro Fall kann als massgeblicher Faktor für die Komplexität eines Falles betrachtet werden. Je mehr Täter an einem Delikt beteiligt sind, desto grösser wird der strafprozessuale, durch die Entwicklung in der Rechtsprechung noch zusätzlich verdichtete Aufwand (z.B. durch die jeweilige Gewährung der Teilnahmerechte, Siegelungsfragen, Ermittlungen bei divergierenden Aussagen und somit mehr Vorhalte, die in ungleich mehr Einvernahmen zu erfolgen haben, die Vornahme von bzw. Begleitung bei Konfrontationseinvernahmen, der Beizug verschiedener Dolmetscher, erhöhte Kollusionsgefahr, vermehrte Haftfälle und erhöhter administrativer Aufwand für die Verfahren, z.B. durch Terminabsprachen mit verschiedenen Verteidigern etc.).

Betrachtet man die grundsätzliche Entwicklung bezüglich der Anzahl der beschuldigten Personen, so zeigt sich von 2018 – 2022 bei den Erwachsenen eine Zunahme um 429 Personen (38%), bei den Minderjährigen um 66 Personen (24%).

Wie die untenstehende Abbildung 35 zeigt, gibt es in den meisten Fällen eine einzige beschuldigte Person pro Ermittlungsverfahren. Die höchste Anzahl beschuldigter Personen in einem Ermittlungsverfahren sind 26.

Anzahl Beschuldigte pro Fall

Anzahl Personen pro Fall	Jahr von Ausgangsdatum				
	2018	2019	2020	2021	2022
1	1'130	1'512	1'496	1'727	1'896
2	229	189	196	182	303
3	50	60	67	78	89
4	20	15	7	11	24
5	9	10	7	10	4
6	2	3	1	4	1
7		2	2	1	1
8	3		1	2	4
9					1
10					1
14				1	
16	1			1	

Abbildung 35: Entwicklung Anzahl beschuldigter Personen pro Straftat, Quelle: ABI.⁹¹

Seit dem Ende der Pandemie haben im Jahr 2022 vor allem die Gruppen der Fälle mit 2, 3 und 4 Tätern zugenommen. Die Forensik beobachtet diesbezüglich über einen längeren Zeitraum eine starke Zunahme an Delikten von nordafrikanischen Tätern und hat den Eindruck, dass weniger grosse Serien mit den gleichen Einbrechern, dafür eher mehr Kleinserien auszumachen sind, was sich mit den vorliegenden Zahlen zu bestätigen scheint.

Anhand der aufgeklärten Fälle wurde ein Pareto Chart⁹² erstellt (vgl. Abbildung 36). Über alle StGB-Artikel hinweg gesehen begehen 20% aller Beschuldigten rund 63% aller Delikte; rund 45% der Beschuldigten begehen rund 80% der Delikte.

⁹¹ Auch hier stimmen die PKS und die ABI3-Daten nicht überein. L&A spricht in diesem Zusammenhang von einer «Momentaufnahmen»-Problematik. Als die Zahlen damals an die PKS geschickt wurden, gab es noch keine Beschuldigten; der Fall wurde somit als «ungeklärt» geführt. Wenn nun aber die aktuellen Daten aus ABI3 gezogen werden, sind allenfalls zwischenzeitlich ermittelte Beschuldigte vorhanden.

⁹² Mit der Pareto-Analyse wird der Anteil von Einflussgrössen oder Faktoren an der Gesamtwirkung auf eine Ergebnisgrösse bestimmt. Sie beruht auf dem Pareto-Prinzip (auch 80-zu-20-Regel), demzufolge meist nur ein kleiner Teil der beteiligten Faktoren einen grossen Einfluss auf das betrachtete System hat.

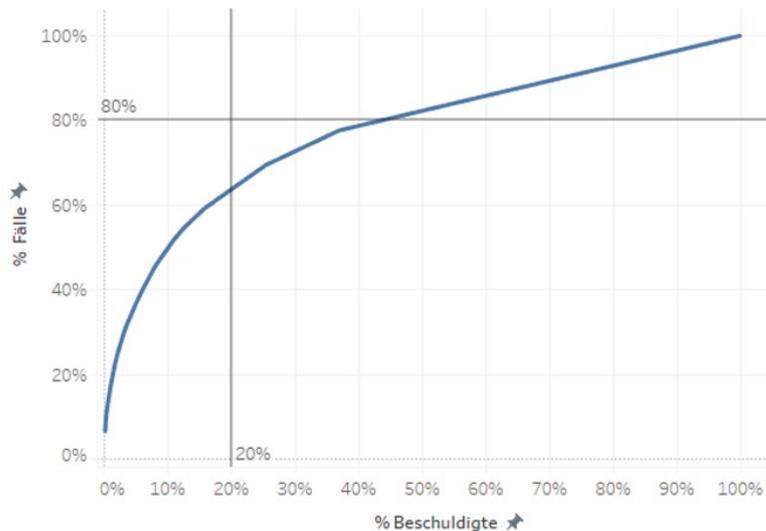


Abbildung 36: Chart - Anteil Fälle zu Anteil Beschuldigte über alle StGB Artikel, Quelle: L&A.

17.2. Entwicklung der Untersuchungshaftfälle

Aus der Anzahl der Untersuchungshaftfälle und der Haftdauer darf nicht zwingend auf die Komplexität eines Verfahrens geschlossen werden. Die Entwicklung der Untersuchungshaftfälle und der Haftdauer bilden jedoch einen Indikator. Aufgrund der gesetzlich normierten Haftgründe wird Untersuchungshaft nicht bei einfachen, klaren Fällen verhängt. Vor allem der Haftgrund der Kollusionsgefahr wird bei komplizierteren Verfahren und/oder mehreren Tatbeteiligten bejaht, damit die Beweiserhebungen nicht beeinflusst oder verunmöglicht werden können.

Die Auswertung der Untersuchungshaftfälle beschränkte sich auf die Jahre 2021-2022⁹³, da ab der ersten Phase der Pandemie im Jahr 2019 nicht dringliche Verfahren auf die Zeit nach dem Lockdown verschoben und auch die als Datengrundlage herangezogenen Protokolle während mehrere Wochen nicht geführt worden sind, was schlussendlich die Erhebung vergleichbarer Zahlen verunmöglicht.

⁹³ Diese Protokolle werden vom Leiter des Allgemeinen Ermittlungsdienstes geführt.

Der Vergleich der durchschnittlichen Anzahl Untersuchungshaffälle pro Woche zeigt für die Zeitspanne von 2021 – 2022 einen Anstieg um 52%.

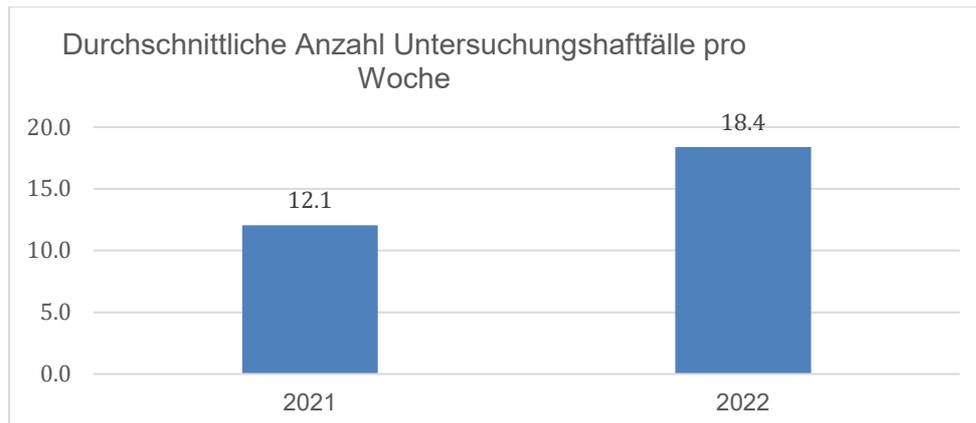


Abbildung 37: Entwicklung Untersuchungshaffälle AED 2021-2022, Quelle: AED.

17.3. Aufwand aufgrund des Mengenanstiegs der auszuwertenden Daten aus digitalen Komponenten

Die «analogen» Formen der Kriminalität (bspw. der Handel mit illegalen Substanzen und Produkten) profitieren von der digitalen Entwicklung insofern, dass diese neuen Möglichkeiten ebenfalls genutzt werden, ohne aber die klassische Form der Deliktsbegehung zu vernachlässigen (bspw. Angebot über digitale Medien; Verkauf jedoch in klassischer Form).

Es sind zudem zunehmend digitale Beweismittel vorhanden, die als Ermittlungsansätze entsprechend bearbeitet werden müssen. Als Beispiel dienen die vielen Videokameras im öffentlichen und privaten Umfeld. Diese erfassen Vorfälle, die vor einigen Jahren von den Geschädigten teilweise nicht einmal erkannt worden wären (z.B. «Autofälleler»). Der Anstieg der Fälle nur mit Videoüberwachungsbildern von 2018 – 2022 beträgt rund 300%.

Dazu kommen noch die Mobiltelefone, welche omnipräsent sind und mittlerweile über mehrere 100'000 Bilder verfügen können. Entsprechend gross ist der Aufwand zur Auswertung dieser Geräte und bindet einen grossen Teil der Ressourcen in der Fallbearbeitung. Die stetige Zunahme der Speicherkapazitäten auf Mobiltelefonen erhöht den Auswerteaufwand immens (siehe dazu Ziff. 11.4. hiavor).

Feststellbar ist auch, dass die digitalen Medien immer wieder neue Möglichkeiten bieten, um Kommunikation wirksam zu verschlüsseln. Diese Methoden (bspw. Kryptophone, SkyECC & Co.) werden von der Täterschaft – insbesondere organisierten Tätergruppierungen – zur Kommunikation genutzt und erschweren den Strafverfolgungsbehörden die Arbeit enorm. Ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar und heute bereits für die Strafverfolgung beherrschbare Kommunikationsnetzwerke werden innert kürzester Zeit durch neue verschlüsselte Kommunikationskanäle ersetzt. Diese Zunahme der verschlüsselten Kommunikationstechnologie benötigt stetige Innovation von Seiten der Strafverfolgungsbehörden – oft auch mit vorher nicht absehbaren zeitlichen und ressourcenmässigen Aufwendungen (siehe dazu Ziff. 11.4. hiavor). Im Gegenzug zur verschlüsselten Kommunikationstechnologie werden fallrelevante Daten auf «normalen» Kommunikationsmitteln

so gut wie nicht mehr gefunden, resp. bedürfen zur Auswertung hervorragender Fallkenntnis und entsprechender Interpretation der Datenfragmente.

Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass die zunehmende Komplexität der Fälle aufgrund der Indikatoren «Zunahme von Fällen mit mehreren Beschuldigten», «Zunahme der Haftfälle» und «Zunahme des Ermittlungsaufwandes aufgrund des Mengenanstiegs der auszuwertenden Daten aus digitalen Komponenten» einen namhaften Anstieg begründet.

18. Zunahme des materiellrechtlich begründeten und administrativen Aufwands

Durch die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) und die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung (JStPO; SR 312.1) per 1. Januar 2011 haben sich die Regelungsdichte und die formaljuristischen Anforderungen an die Polizei deutlich erhöht. Vor allem aufgrund des in der StPO normierten polizeilichen Ermittlungserfahrens sowie weiterer Bundeserlasse (z.B. Bundesgesetz über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung, DNA-Gesetz) und der ausführenden Rechtsprechung sind die Strafverfahren massiv umfangreicher und komplexer geworden:

- Aufgrund der stetig steigenden Anforderungen an die Gerichtsverwertbarkeit muss heute praktisch jede einzelne Handlung detailliert und dementsprechend aufwändig dokumentiert werden.
- Zusätzlich ist ein spürbarer Anstieg des administrativen Aufwandes für Einvernahmen mit Teilnahmerechten (Terminabsprachen mit mehreren Verteidigern etc.) feststellbar.
- Es müssen zudem - gegenüber den früheren Ich-Aussagen - im Rahmen des polizeilichen Ermittlungsverfahrens deutlich mehr Geschädigte oder Meldeerstatter formell befragt werden.
- Dazu müssen ab der Deliktskategorie «Vergehen» teilweise mehrere Einvernahmen mit derselben Person durchgeführt werden.
- Auch haben die Aufträge bzw. Rechtshilfegesuche mit Einvernahmen von Personen zugenommen. So können Aufträge kaum mehr rasch erledigt werden; es sind neben dem Planungs- und Durchführungsaufwand zahlreiche Telefonate und persönliche Vorsprachen nötig.
- Da vermehrt Personen in den Verfahren erscheinen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, muss wegen des Zuzugs von Dolmetschern sowohl bei der Sachverhaltsaufnahme, als auch bei der Abarbeitung vermehrt Zeit investiert werden, zumal oftmals die benötigten Personen danach nicht oder nur schwerlich greifbar sind.

Nicht zu vergessen ist dabei, dass nicht nur im Strafverfahren, sondern auch in anderen Bereichen der Polizeiarbeit erheblicher administrativer Aufwand anfällt. So muss jegliche polizeiliche Aktivität aufgrund der rechtsstaatlichen Grundprinzipien protokolliert respektive journalisiert werden (Journalisierungspflicht), damit die getroffenen Massnahmen nachvollziehbar und gegenüber den zuständigen Stellen dokumentiert sind. Auch sind die administrativen polizeilichen Tätigkeiten nicht an Dritte oder Zivilpersonen delegierbar, da es sich dabei um Aufgaben handelt, die aufgrund der Strafprozessordnung hoheitlich durch die Polizei auszuführen sind.

Hinzu kommt, dass die Mitarbeitenden im Rahmen der notwendigen Organisationsentwicklung durch viele Schulungen und verschiedenste Projektarbeiten in einem starken Mass zusätzlich absorbiert sind. Die direkt produktiven Aufgaben (Tätigkeiten, die unmittelbar und direkt mit einem

Fall oder einem Ereignis zusammenhängen) und indirekt produktive Aufgaben (Tätigkeiten, die nicht mit einem Fall oder einem Ereignis zusammenhängen (wie z.B. Ausbildungen, Projektarbeiten etc.) werden im Durchschnitt auf eine Inanspruchnahme von 58% (direkt produktive Aufgaben) und 42% (indirekt produktiven Aufgaben) geschätzt, wobei sich bei den Schätzungen für die Kader und die Führungsfunktionen Abweichungen zu Lasten der direkt produktiven Aufgaben ergeben.

Da die administrativen Tätigkeiten der Polizei aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen und der damit verbundenen rechtsstaatlichen Garantien der Rechtsunterworfenen nicht reduziert oder delegiert werden können und auch die Organisationsentwicklung beibehalten werden muss, ist eine Aufstockung des Polizeibestandes unabdingbare Voraussetzung zur Beibehaltung des gegenwärtigen hohen Sicherheitsstandards im Kanton Basel-Landschaft.

19. Verzichtsplannung / Rückstellungen / Priorisierung

Vor dem Hintergrund der dargelegten Belastungen konnte der Auftrag der Polizei nur mittels Verzichtsplannung sowie durch Priorisierung der Aufgaben erfüllt werden.

Der sehr weitgehende Verzicht auf die Verfolgung der Holkriminalität erweist sich in diesem Zusammenhang als besonders gravierend. Sowohl bei der Sipo, als auch bei der Kripo, bei Planung und Einsatz und beim Verkehr wird den Hinweisen aus der Bevölkerung aus Gründen der Ressourcenknappheit nicht mehr oder nur noch sehr sporadisch nachgegangen. LADRO⁹⁴ beispielsweise kann kaum noch gefahren werden, obwohl dies dringendst nötig wäre. Dies setzt bei der Bevölkerung ein negatives Signal und zieht Frustrationen sowie ein subjektives Unsicherheitsgefühl nach sich.⁹⁵ Auf der anderen Seite erlaubt dies kriminellen Elementen, sich im Kanton mehr oder weniger unbehelligt zu etablieren. Haben die kriminellen Strukturen erst einmal Fuss gefasst, wird deren effiziente Bekämpfung, wenn überhaupt, dann nur noch unter erschwerten Bedingungen und mit immensem Aufwand möglich sein.

Weiter werden (mit Ausnahme des Jugenddienstes) Abstriche im Bereich der Prävention gemacht. Mit dem Konzept der Kriminalprävention verfolgt die öffentliche Sicherheit die Strategie „Vorbeugen ist besser als strafen“. Gemeint ist, dass rechtzeitige Vorbeugung helfen soll, Straftaten und Verbrechen zu verhindern, noch bevor sie passieren. Das ist nicht nur eine Verantwortung der staatlichen Organe, sondern hat den Charakter einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Vorbeugung von Kriminalität zu leisten, was wiederum in einem diametralen Widerspruch dazu steht, dass den Hinweisen aus der Bevölkerung nur noch marginal nachgegangen wird.

⁹⁴ Nachdem die Zahl der Einbrüche stetig gestiegen war, wurde im Herbst 2014 die Aktion LADRO gestartet. Bei dieser Aktion führt die Polizei Basel-Landschaft unter anderem vermehrt deutlich sichtbare Schwerpunkt-Kontrollen durch, um dadurch vor allem in Grenznähe potentielle Einbrecher abzuschrecken.

⁹⁵ Siehe dazu exemplarisch die Situation in Aesch, Stand 05.07.2023: Aesch: «Fälleler» verängstigen Bevölkerung – jetzt handelt die Gemeinde - 20 Minuten.

D. Fazit

20. Zusammenfassende Problemstellungen

Die Polizei kann als eine sozial stabilisierende Organisation verstanden werden. Ihre Kernaufgabe als Instanz der formellen, staatlich legitimierten Sozialkontrolle war und ist die Bekämpfung von Kriminalität und die Aufrechterhaltung respektive die (Wieder-)Herstellung von Sicherheit und Ordnung. Als Element der Gesellschaft bleiben Polizeiorganisationen vom Wandel nicht unberührt.

Ein internationaler Vergleich von Kriminalitätsphänomenen in der Schweiz mit Deutschland, Schweden, Niederlande, Belgien, Frankreich und den USA zeigt, dass sich die im Ausland festgestellten Kriminalitätsentwicklungen in der Schweiz und somit auch im Kanton Basel-Landschaft bereits manifestiert haben. Allerdings sind die jeweiligen Ausprägungen unterschiedlich. Die aktuellen Auswirkungen im Ausland traten in den letzten Jahren stärker zutage als in der Schweiz. Der Grund dafür liegt darin, dass im Ausland aufgrund der Verkennung der Problematik versäumt worden ist, in den Anfangsphasen adäquat repressiv zu reagieren. Haben sich die kriminellen Strukturen vernetzt und etabliert, können sie, wenn überhaupt, dann nur noch mit enormem personellem und finanziellem Aufwand bekämpft werden. Es gilt demnach für den Kanton Basel-Landschaft, zeitnah zu reagieren und in die Repression zu investieren, um die oben beschriebene Strukturentwicklung krimineller Organisationen möglichst effizient zu bekämpfen.

Vergleicht man die Polizeidichte in den verglichenen Ländern mit der Schweiz, so zeigt sich, dass die Schweiz (mit Ausnahme von Schweden) die tiefste Polizeidichte aufweist. Der Kanton Basel-Landschaft liegt sogar unter dem schweizerischen Durchschnitt. Um den schweizerischen Durchschnitt zu erreichen, müsste die Polizeidichte im Kanton Basel-Landschaft um rund 167 FTE (Full Time Equivalent) zunehmen, um dadurch die gesamtschweizerisch betrachtet zwölft höchste Kriminalitätsbelastung zu bewältigen.

Die Kriminalität im Kanton Basel-Landschaft hat sich in den Jahren 2018 – 2022 verändert. Sowohl die Anzahl der Beschuldigten als auch die der Fälle und Einsätze hat zugenommen. Wie dargestellt, ist neben den ansteigenden Fallzahlen und der zunehmenden Komplexität der Fälle ein relevanter systembedingter und administrativer Aufwand augenscheinlich. Aufgrund des in der StPO normierten polizeilichen Ermittlungsverfahrens, weiterer Bundeserlasse und der ausführenden Rechtsprechung sind die Strafverfahren massiv umfangreicher und komplexer geworden. Fast jede einzelne Ermittlungshandlung muss detailliert dokumentiert werden, damit sie gerichtsverwertbar ist. Zudem steigt der Aufwand für die Befragungen merkbar an (Teilnahmerechte und Terminabsprachen mit mehreren Verteidigern, Dolmetschern etc. bedingen administrativen Aufwand, es müssen vermehrt formelle Einvernahmen durchgeführt werden, die Aufträge für Einvernahmen im Rahmen von Rechtshilfeersuchen haben zugenommen, etc.).

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die polizeiliche Grundversorgung, der die grundlegenden Aufgaben und Funktionen zukommen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, so zeigt sich, dass eine problem- und ursachenorientierte sowie bürgernahe Polizeiarbeit derzeit nur noch erschwert möglich ist. Eine fehlende oder unzureichende polizeiliche Grundversorgung schwächt jedoch immer auch die staatliche Autorität. Die Folgen sind, dass die Polizei inskünftig noch stärker als heute Prioritäten setzen muss und sich dadurch andere Kriminalitätszweige ungehindert entwickeln oder auch neu etablieren können. Die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung werden aufgrund der zwangsläufig vorgenommenen Priorisierungen und der verringerten sichtbaren Präsenz im öffentlichen Raum weiter abnehmen. Die seit längerem verzeichnete Zunahme von Delikten und die damit einhergehende Zunahme der Fallkomplexität und des administrativen Abarbeitungsaufwands verstärken diesen Trend.

Zwar ist das Vertrauen der Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft in die Polizei laut Crime Survey 2022 hoch, doch zeigt sich im Vergleich zum Rest der Schweiz ein signifikanter, qualitativ begründeter Unterschied bezüglich der Polizeipräsenz. Im Kanton Basel-Landschaft wird im gesamtschweizerischen Vergleich häufiger angegeben, dass die Polizeipräsenz in den letzten drei Jahren abgenommen habe und dass die Polizei zu wenig präsent sei in der Öffentlichkeit.

Im Zuge der Technologisierung auf der einen und der Forderung nach evidenzbasierter Polizeiarbeit im Zusammenhang mit dem New Public Management auf der anderen Seite unterliegt die Polizeiarbeit seit einiger Zeit einer zunehmenden Verwissenschaftlichung, wobei sowohl vorausschauende wie retrospektive Methoden eingesetzt werden. Eine Verwissenschaftlichung findet nach wie vor in der Entwicklung forensischer Methoden der Straftatenverfolgung statt, wie der Spurensicherung (von Fingerabdruck bis DNA-Spuren) oder beim Einsatz analytischer Methoden für die Rekonstruktion schwerer Verkehrsunfälle oder krimineller Netzwerke.

Ein weiteres, relativ neues, sich aber auch weiterhin rasch ausweitendes Handlungsfeld der Polizei ist die Cyberkriminalität, welche eine grosse Palette an Delikten, begangen im Internet, abdeckt. Darunter fallen unter anderem Straftaten der Vermögens- und Wirtschaftskriminalität, der Sexualdelinquenz, der Verletzung der Ehre, Spionage und Verletzungen des Patentrechts. Für die Polizeibehörden ergaben sich dadurch nicht nur Aufgaben des Aufbaus von Kompetenzen, sondern sie mussten das ganze Wissen zur Aufklärung dieser Straftaten, von der Spurensicherung bis hin zur Protokollierung, entwickeln. Dieser Prozess steht erst am Anfang.

Radikalismus und Terrorismus schliesslich stehen nicht erst seit den letzten Jahren auf den Agenden der Polizeikorps. Was sich jedoch verändert hat, sind der Umfang, die Herkunft und die Art der Bedrohungen, aber auch die Vorgehensweisen in der Überwachung und der Intervention. Die Wahrscheinlichkeit eines terroristischen Attentats wird für die Schweiz nach wie vor als erhöht eingeschätzt.⁹⁶ In den Fokus gerückt sind jedoch Einzeltäter und -täterinnen, die sich radikalisiert haben, ohne notwendigerweise mit extremistischen Gruppierungen im Kontakt zu stehen, sondern aufgrund von psychischen oder persönlichen Problemen handeln.

Als Resultat all dieser Faktoren sieht sich die Polizei heute vor eine grundsätzlich stetig anwachsende Gesamtfall- und Ereigniszahl, zunehmend komplexere Fälle und neue Tätigkeitsfelder gestellt. Aktuell wird dieser Mehraufwand durch Verzichtsplanungen (vor allem im Bereich der Holkriminalität), Fallrückstellungen und Priorisierungen abgedeckt, was sich jedoch bereits heute negativ auf die aktuelle Sicherheitslage auswirkt und auch für die Zukunft negative Konsequenzen nach sich ziehen wird. Die Erfahrungen aus dem Ausland lehren uns, dass die Bekämpfung etablierter krimineller Strukturen kaum noch effizient und wenn überhaupt, dann nur noch unter erschwerten Bedingungen und mit immensem Aufwand möglich ist. Dieser Entwicklung gilt es durch die Aufstockung des Polizeibestandes und der damit zusammenhängenden Infrastruktur rechtzeitig und vorausschauend zu begegnen.

21. Stellenbedarf

Um die Sicherheit im Kanton Basel-Landschaft gewährleisten zu können und den Problemfeldern entgegenzuwirken, ist eine Aufstockung des Bestandes der Polizei Basel-Landschaft zwingend notwendig.

Die untenstehende Abbildung 38 gewährt einen Überblick über den Stellenbedarf, aufgegliedert nach Grundversorgung, gerichtspolizeilicher Versorgung und Fachversorgung. Dabei wird im

⁹⁶ <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/themen/abstimmungen/terrorismusbekaempfung.html>.

Sinne gesamtbetrieblicher Überlegungen bewusst keine Aufgliederung nach den verschiedenen Organisationseinheiten vorgenommen, weil in den allermeisten Fällen in der Zeitspanne von der Sachverhaltsaufnahme bis zur kompletten Abarbeitung verschiedene Schnittstellen zwischen den Organisationseinheiten vorhanden sind, die es je nach Kriminalitätsaufkommen und Fallstruktur zu definieren gilt.

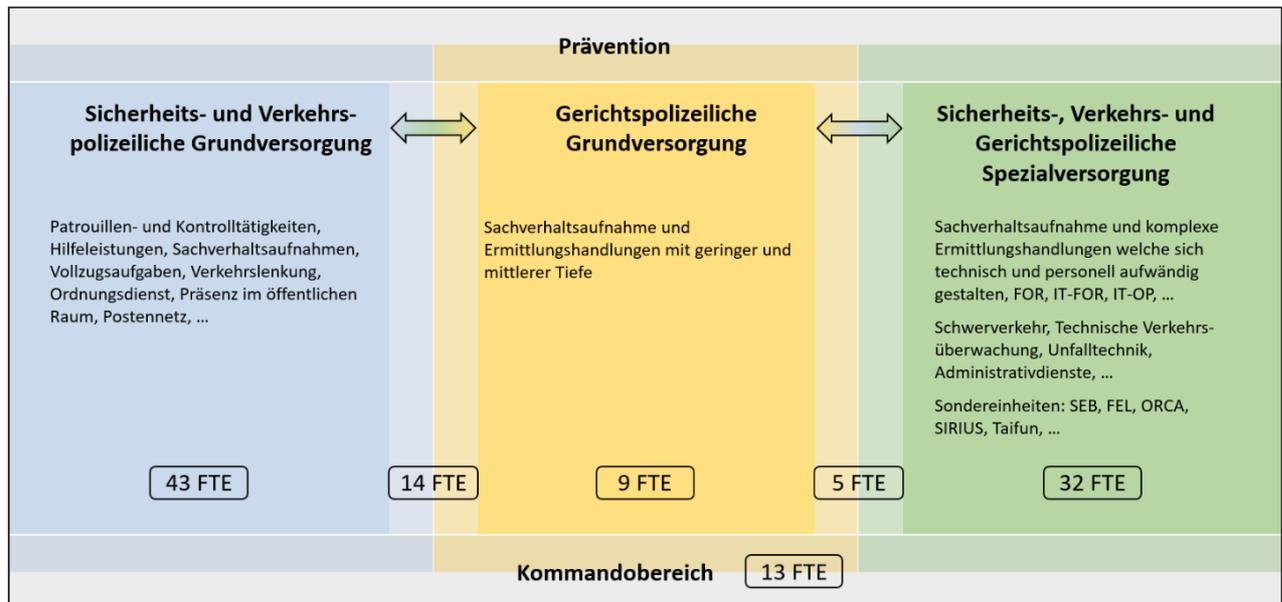


Abbildung 38: Aufschlüsselung nach Tätigkeitsbereich

Bei der Polizei Basel-Landschaft sind somit 116 neue Stellen notwendig, um die Sicherheit im Kanton Basel-Landschaft gewährleisten zu können. Es wird noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Stellenanzahl im Kontext zur dargelegten Sicherheitslage zu betrachten ist und die Polizei Basel-Landschaft selbst bei der Realisierung von 116 neuen Stellen immer noch um 50.5 Stellen unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegt.

Der Aufwuchs von 116 Stellen sollte mit 15 Stellen pro Jahr realisierbar und somit im Jahr 2032 abgeschlossen sein.

Die konkreten Stellen werden dann im üblichen Prozess mitsamt den Faktenblättern Jahr für Jahr in den jeweiligen AFP definiert. Auf den Beschrieb der einzelnen Jahreskontingente von 15 Stellen wird deshalb in diesem Bericht verzichtet, damit die Anpassung an die jeweilige Lage und die technologische Entwicklung entsprechend der betrieblichen Logik des Gesamtbetriebs der Polizei Basel-Landschaft erfolgen kann.

Abkürzungsverzeichnis

ABI	polizeiliches Vorgangsbearbeitungssystem
AED	Allgemeiner Ermittlungsdienst
AFP	Aufgaben- und Finanzplan
AJV	Amt für Justizvollzug
AK-47	Automat Kalaschnikow (Gewehr)
AR	Augmented Reality
BankG	Bundesgesetz vom 08.11.1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BAO	Besondere Aufbauorganisation
BEC	Business Email Compromise
BEHG	Bundesgesetz vom 24.03.1995 über die Börsen und den Effektenhandel (SR 954.1)
BKA	Bundeskriminalamt
BL	Basel-Landschaft
BMD	Betäubungsmitteldienst
BWIS	Bundesgesetz vom 21.03.1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (SR 120)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.04.1999 (SR 101)
CaaS	Container as a Service
CEO	Chief Executive Officer
CFO	Chief Financial Officer
CD	Compact Disc
COSI	Ständiger Ausschuss für die innere Sicherheit der Europäischen Union
CYC	Cybercrime DNA-Gesetz
DVA	Datenverarbeitungsanlage
EFUS	European Forum for Urban Security
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
ELZ	Einsatzleitzentrale
EMPACT	European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats
EU Intcen	EU Intelligence Analysis Centre
EpG	Epidemiengesetz (SR 818.101)
FAD	Fahndungs- und Aktionsdienst

FTE	Full Time Equivalent
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
HG	Häusliche Gewalt
IDG	Informations- und Datenschutzgesetz (SGS 162)
IoT	Internet of Things
IST	Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt
IT	Informationstechnik
IT-FOR	It-Forensik
JStPO	Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung (SR 312.1)
KBM	Kantonales Bedrohungsmanagement
Kfz	Kraftfahrzeug
KI	Künstliche Intelligenz
KIGA	Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
KKPKS	Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz
LaaS	Money Laundering-as-a-Service
L&A	Lage und Analyse
LAFIS	Lage-, Führungs- und Informationssystem
LEX	Linksextreme
MDMA	3,4-Methylenedioxy-N-methylamphetamin
MEX	gewalttätiger monothematischer Extremismus
ML	Maschinelles Lernen
MR	Mixed Reality
NAP	Nationaler Aktionsplan
NRW	Nordrhein-Westfalen
OD	Ordnungsdienst
OK	Organisierte Kriminalität
OMCGs	Outlaw Motorcycle Criminal Groups

PCSC-Abkommen	Preventing and Combating Serious Crime, Abkommen vom 12.12.2012 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerer Straftaten (0.360.336.2))
PICSEL	Online Serial Crime Information Plattform
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
POL	Polizei
PolG	Polizeigesetz (SGS 700)
RaaS	Ransomware as a Service
REX	Rechtsextreme
SEM	Staatssekretariat für Migration
SKMR	Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
Stawa	Staatsanwaltschaft
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (SR 311.0)
StPO	Schweizerischen Strafprozessordnung (SR 312.0)
SVS	Sicherheitsverbund Schweiz
VR	Virtual Reality
WEF	World Economic Forum
ZHAW	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Literaturverzeichnis

Analyse kantonales Bedrohungsmanagement / Konzept Gewaltprävention vom 30.09.2022

Bestandsaufnahme der behördlichen Instrumente zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Schweiz, fedpol, Juli 2023

Häusliche Gewalt: Roadmap von Bund und Kantonen, 30.04.2021.

Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, 04.12.2017.

Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom 15.11.2000

Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom 15.11.2000

Zusatzprotokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom 15.11.2000

Internet-Quellen

[Aktivisten besetzen Cheddite-Areal in Liestal erneut | Baseljetzt](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

[Arbeitsmarkt: Immer mehr Arbeitnehmer von Armut bedroht | ZEIT ONLINE](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

[ARE \(2022\): Kosten der Überlastung der Transportinfrastruktur \(KÜTI\) Grundlagenstudie. Aktualisierung der Berechnungen durch das ARE, Bern, , online im Internet, Stand 12.12.2023.](#)

[ARE \(2022\): Verkehrsperspektiven 2050, Bern, online im Internet, Stand 12.12.2023.](#)

[ASTRA \(2023\): Verkehrsentwicklung und Verkehrsfluss 2022, Bern, online im Internet, Stand 12.12.2023.](#)

[Austauschtreffen zu Medikamenten\(misch\)konsum bei Jugendlichen \(infodrog.ch\)](#), online im Internet, Stand 01.12.2023.

Baier D., Staatsverweigerer in der Schweiz, ZHAW, 2023, online im Internet: [Staatsverweigerer in der Schweiz – eine empirische Annäherung \(zhaw.ch\)](#), Stand 23.05.2023.

[Basler Morde von 1992 waren Mafia-Abrechnungen \(aargauerzeitung.ch\)](#), online im Internet, Stand 09.06.2023.

[BFS / ARE \(2023\): Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2021, Neuchâtel und Bern, online im Internet, Stand 12.12.2023](#)

[BKA - Lagebilder](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

[Blutsbande – Clans in Berlin: Parallelgesellschaft - ZDFmediathek, lagebild-clankriminalitaet-berlin-2022.pdf](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

[Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit \(Prümer Zusammenarbeit\), des Eurodac-Protokolls zwischen der Schweiz und der EU, des Abkommens mit den Vereinigten Staaten über die Verhinderung und Bekämpfung schwerer Straftaten sowie zu deren Umsetzung \(Anpassung des Strafgesetzbuchs, des DNA-Profil-Gesetzes, des Asylgesetzes und des Ausländer- und Integrationsgesetzes\) und über einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung des Programms Prüm Plus \(admin.ch\)](#), online im Internet, Stand 09.06.2023.

Bürgerwehr: <https://www.luzernerzeitung.ch/basel/baselland/burgerwehr-ahnliche-mobilisierung-anwohner-wollen-psychiatrische-wohngruppe-nicht-im-quartier-id.1500514>, online im Internet, Stand 05.12.2023.

Bürgerwehr, <https://www.bazonline.ch/svp-will-druck-auf-migrationspolitik-erhoehen-490503837304>, online im Internet, Stand 05.12.2023.

Bürgerwehr, <https://www.bzbasel.ch/basel/baselland/autoeinbrueche-viele-autoeinbrueche-gemeinde-aesch-und-kantonspolizei-werden-jetzt-aktiv-id.2484725>, online im Internet, Stand 05.12.2023.

[Comparison of Criminalities between Netherlands and Germany - The Organized Crime Index \(ocindex.net\)](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

Crime Survey 2022 – Grosses Vertrauen in die Polizei Basel-Landschaft — baselland.ch, online im Internet, Stand 05.12.2023.

Crime Survey 2022, <https://www.kkpks.ch/de/meldungen/crime-survey-2022-hohes-vertrauen-in-die-polizei-%E2%80%93-erstmal-zahlen-zu-hate-crime-292>, online im Internet, Stand 05.12.2023.

Data Consilium Europa, [pdf \(europa.eu\)](#), online im Internet, Stand 03.10.2023.

Digitale Kriminalität | Bundesamt für Statistik (admin.ch), online im Internet, Stand 24.01.2024.

<https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/themen/abstimmungen/terrorismusbekaempfung.html>, online im Internet, Stand 09.06.2023.

EMPACT fighting crime together (europa.eu), online im Internet, Stand 03.10.2023.

Eptingen BL - Tierschutz-AktivistInnen besetzen Hühnerstall – 14 werden angezeigt (bzbasel.ch) online im Internet, Stand 03.10.2023.

EU INTCEN Factsheet-PUBLIC-UE-05022015 (statewatch.org), online im Internet, Stand 09.06.2023.

EUR-Lex - internal security committee - DE - EUR-Lex (europa.eu), online im Internet, Stand 09.06.2023.

European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats, EMPACT fighting crime together (europa.eu), online im Internet, Stand 03.10.2023.

Gewalt — baselland.ch, online im Internet, Stand 03.07.2023.

Heroin gestützte Behandlung | MonAM | BAG (admin.ch), online im Internet, Stand 03.10.2023.

Home - European Forum for Urban Security (efus.eu), online im Internet, Stand 09.06.2023.

<https://fedpol.report/de/organisierte-kriminalitaet/getarnter-mord>, online im Internet, Stand 09.06.2023.

Kanton BL Standardbrief BB (baselland.ch), online im Internet, Stand 09.06.2023.

Lagebericht organisierte Kriminalität, Fedpol 2021, online im Internet, Stand 09.06.2023.

Mafia in der Schweiz: Wenn alte Mordfälle wieder auftauchen - SWI swissinfo.ch, online im Internet, Stand 09.06.2023.

Nationaler Aktionsplan des Bundesrats gegen Menschenhandel 2023 – 2027, nap-2023-2027-d.pdf, online im Internet, Stand 09.06.2023.

NDB-Lagebericht 2023, NDB-Lagebericht-2023-d.pdf, online im Internet, Stand 03.10.2023.

Organisierte Kriminalität: 20100755_002605556.pdf (uzh.ch), online im Internet, Stand 09.06.2023.

Pieth Mark, «wir sind eine gekaufte Demokratie», Gesprächsreihe im Sissacher Cheesmeyer: «Wir sind eine gekaufte Demokratie» | Basler Zeitung (bazonline.ch), online im Internet, Stand 03.10.2023.

[21.027 | Prümer Abkommen. Genehmigung des Eurodac-Protokolls zwischen der Schweiz und der EU und des Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika sowie deren Umsetzung | Amtliches Bulletin | Das Schweizer Parlament, online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[«Reichsbürger» und «Selbstverwalter» \(verfassungsschutz.de\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Reichsbürger in Hölstein BL: Beim Leuenberg entsteht ein Seminarzentrum - 20 Minuten, online im Internet, Stand 03.10.2023.](#)

[Schulden, drugs, risicjongeren: deze gemeenten zijn het kwetsbaarst voor zware criminelen | RTL Nieuws, online im Internet, Stand 03.10.2023.](#)

[Schweiz – Polizeibestand und -dichte nach Kantonen 2022 | KKPKS, online im Internet, Stand 07.12.2023.](#)

[Schweiz - Häufigkeit von Straftaten je Kanton 2022 | Statista, online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte \(SKMR\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Strafgesetzbuch \(StGB\): Gewaltstraftaten und beschuldigte Personen - 2009-2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Strafgesetzbuch \(StGB\): Gewaltstraftaten und geschädigte Personen - 2009-2022 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Strategie Kriminalitätsbekämpfung 2020-2023 \(admin.ch\), online im Internet, Stand 03.10.2023.](#)

[Szenarien zur Bevölkerung - Bundesamt für Statistik \(admin.ch\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone der Schweiz 2020-2050 - Ständige Wohnbevölkerung nach Kanton gemäss 3 Szenarien - 2020-2050 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone der Schweiz 2020-2050 - Anzahl der Personen nach Altersklassen und Kantonen gemäss 3 Szenarien - 2020-2050 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Überprüfung des Personalbestands der Kantonspolizei Bern - Bericht des Regierungsrates in Erfüllung der Motion 138-2016 Wüthrich \(Huttwil, SP\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[Verkehrsunfallstatistik 2021.pdf \(baselland.ch\), online im Internet, Stand 09.06.2023.](#)

[20 Minuten: Aesch: «Fälleler» verängstigen Bevölkerung – jetzt handelt die Gemeinde - 20 Minuten, online im Internet, Stand 06.07.2023.](#)

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Gesetzliche Veränderungen 2018 – 2022.
- Abbildung 2: Übersicht künftige Änderungen der Gesetzeslage und staatsvertragliche Verpflichtungen.
- Abbildung 3: Polizeibestand – und Dichte in der Schweiz nach Kantonen am 01.01.2022.
- Abbildung 4: Länderübersicht Polizeiangehörige / 1'000 Einwohner.
- Abbildung 5: Polizeibestand und –dichte alle Mitarbeitenden Polizei Kanton Basel-Landschaft im Vergleich zum Schweizerischen Durchschnitt.
- Abbildung 6: Häufigkeitszahl von Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB) in der Schweiz nach Kantonen im Jahr 2022 (Straftaten auf 1.000 Einwohner).
- Abbildung 7: Entwicklung der Notrufe 2018 – 2022, Quelle: ELZ.
- Abbildung 8: Entwicklung der Notrufe nach Monaten, Quelle: ELZ.
- Abbildung 9: Entwicklung der Notrufe nach Stunden, Quelle ELZ.
- Abbildung 10: Mehrjahresvergleich Straftaten StGB. Quelle: PKS.
- Abbildung 11: Übersicht Fallentwicklung AED, Quelle: AED, GKPOL.
- Abbildung 12: Übersicht Fallentwicklung Pikettfälle AED, Quelle: AED, GKPOL.
- Abbildung 13: Übersicht Auftragsentwicklung Stawa – AED, Quelle: AED, GKPOL.
- Abbildung 14: Entwicklung Vermögensdelikte, Quelle: PKS.
- Abbildung 15: Details Anstieg Vermögensdelikte, Quelle: PKS.
- Abbildung 16: Entwicklung originäre Cybercrime-Straftaten 2015 – 2022, Quelle: IT-Erm.
- Abbildung 17: Überblick über die italienische Mafia in der Schweiz 1970 – 1980.
- Abbildung 18: Überblick über die italienische Mafia in der Schweiz 1980 – 1990.
- Abbildung 19: Überblick über die italienische Mafia in der Schweiz 2010 – 2020.
- Abbildung 20: Entwicklung im Bereich der Gewaltdelikte, Quelle: PKS.
- Abbildung 21: Entwicklungen im Bereich Betäubungsmitteldelikte (Übertretungen, Vergehen und Verbrechen), Quelle: PKS.
- Abbildung 22: Vergehen und Verbrechen (ohne Übertretungen) im Bereich Betäubungsmitteldelikte. Quelle: PKS.
- Abbildung 23: Entwicklung Delikte gegen die sexuelle Integrität, Quelle: PKS.
- Abbildung 24: Entwicklung illegale Pornografie, Quelle: PKS.
- Abbildung 25: Entwicklung Vergewaltigung, Quelle: PKS.
- Abbildung 26: Entwicklung häusliche Gewalt, Quelle: PKS.
- Abbildung 27: Entwicklung Straftaten im Bereich der Jugendkriminalität, Quelle: PKS.
- Abbildung 28: Anzahl Straftaten, begangen durch Jugendliche, Quelle: PKS.
- Abbildung 29: Übersicht der am stärksten steigenden Straftatbestände im Bereich Leib und Leben. Quelle: ABI3.

- Abbildung 30: Entwicklung Präventionseinsätze, Quelle: Jugenddienst.
- Abbildung 31: Tageszeitliche Verteilung des Verkehrs, Quelle BFS / ARE.
- Abbildung 32: Anzahl der im Verkehr getöteten und schwerverletzten Personen pro Jahr, Quelle Verkehrsunfallstatistik Basel-Landschaft.
- Abbildung 33: Ausgestellte Ordnungsbussen pro Jahr, Quelle: HA Verkehr.
- Abbildung 34: Kennzahlen Verkehrssicherheit, Quelle HA Verkehr.
- Abbildung 35: Entwicklung Anzahl beschuldigter Personen pro Straftat, Quelle: ABI.
- Abbildung 36: Pareto Chart - Anteil Fälle zu Anteil Beschuldigte über alle StGB Artikel, Quelle: L&A.
- Abbildung 37: Entwicklung Haftfälle AED, Quelle: AED.
- Abbildung 38: Aufschlüsselung nach Tätigkeitsbereich.